Nr. 146. 30. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 13. Juni 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Das brüskierte Volk und die verschnupften Dreiklassenmänner.

Das neue Dreiklassenhaus ist am Donnerstag eröffnet worden. Die Einberufung des neugewählten Hauses ist durch die Verfassung vorgeschrieben. Auch hat man bekanntlich die Neuwahlen so früh angesetzt, damit das Regierungsjubiläum Wilhelms II. nicht in eine parlamentslose Zeit fiele. So ist denn die neugewählte Junkerkammer rasch noch etliche Tage vor dem großen Jubiläumstag zusammengetrommelt worden. Aber nicht etwa zu dem Zwecke, um alle getreuen Parlamentarier als Gäste um den Thron zu scharen, sondern um ein Präsidium zu wählen, das dem jubilierenden König seine allerfubmisseste Aufwartung machen und ihm seine in Ehrfurcht ersterbende Huldigung vor die Füße legen darf.

Namentlich die Herren Nationalliberalen hat solche Behandlung tief geschmerzt. Reidich schwelgte ihre Presse in der Erinnerung an das Jubiläum der Wettiner, bei dem gerade die Herren Volksvertreter als der andere Körper der gesetzgebenden Gewalt als unentbehrlichste Staffage betrachtet worden seien: inmitten seiner lieben Parlamentarier habe der sächsische König sein Jubiläum begangen. In Preußen sei das Parlament gerade gut genug, um seine Präsidenten zur Gratulationscour zu schicken. Nicht einmal soviel Rücksicht nehme man auf das Empfinden der Abgeordneten, daß man das Haus unmittelbar nach der Präsidentenwahl wieder vertagen wolle, noch vor dem 16. Juni selbst.

So bittere Kränkung loyaler Gemüter sprach aus diesen Schmerzensergüssen der Herren Nationalliberalen, daß die hohe Regierung ein menschliches Erbarmen verspürt hat. Die Seligkeit freilich, zur Feier selbst geladen zu werden, werden unsere Nationalliberalen nicht zu kosten bekommen. Aber das „hohe Haus" wird wenigstens nicht vor dem Jubiläumstage selbst nach Hause geschickt werden. Erst nach dem 16. Juni soll die Vertagung eintreten. Die Herren Volksvertreter können sich ehrfurchtsvoll vor den Türen des Schlosses herumdrücken, um einen Blick der heißersehnten Herrlichkeiten zu erhaschen. Der nationalliberale Männerstolz vor Fürstenthronen braucht sich nicht mehr aufzubäumen und die Vernunftmonarchisten um Friedberg können sich — welches Glück! — die Revision ihrer monarchischen Gesinnung ersparen.

Immerhin: sehr stimmungsvoll ist der Eröffnungsakt nicht gewesen. Nur die „erlauchten und edlen" Herren, die von ihrer Residenz an der Leipziger Straße nach der Prinz-Albrecht-Straße herübergekommen waren, um dem gemeinsamen Eröffnungsakt durch ihre Gegenwart die höhere Weihe zu geben, hatten sich in den feierlichen Frack geworfen; die „geehrten Herren" der Dreiklassenkammer hatten sich mit dem schwarzen Gehrock begnügt, ja viele waren sogar im Straßenanzug erschienen. Die Verstimmung war offenbar doch nicht ganz gewichen. Und sie wurde auch nicht verscheucht durch die Ansprache, die der Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg dann verlas: eine ziemlich frostige Begrüßung der Herren Gesetzgeber und eine vorweggenommene Jubiläumshuldigung an den Träger der Krone, die der langweiligste Oberlehrer nicht öder und trivialer hätte stilisieren können. Herrn v. Bethmann Hollwegs Opus (das diesmal die erst bei der Wiedereröffnung im Herbst zu erwartende Thronrede ersetzen mußte), lautete:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtags!

Seine Majestät der Kaiser und König haben mich zu beauftragen geruht, den nach Auflösung des Hauses der Abgeordneten gemäß Artikel 51 der Verfassung versammelten Landtag zu eröffnen.

Indem ich Sie im Auftrage Seiner Majestät hiernach willkommen heiße, gebe ich der Hoffnung Ausdruck, daß es uns beschieden sein möge, auch in der neuen Legislaturperiode in gemeinsamer, fruchtbringender Arbeit dem Vaterlande zu dienen.

Ihr Eintritt in einen neuen Abschnitt parlamentarischer Tätigkeit vollzieht sich in einer Zeit, die großen Erinnerungen geweiht ist. Mögen die idealen Kräfte, die vor einem Jahrhundert in Preußen lebendig waren, und die es in fester Gemeinschaft von König und Volk aus tiefer Zerrüttung zu ruhmvollem Aufschwung führten, auch unsere Zeit durchdringen und in uns allen wirksam werden zur Erfüllung der Pflichten der Gegenwart und der Aufgaben, welche die Zukunft bringt. Wie wir mit Stolz und Freude jener Schicksalswende unseres Volkes gedenken, so rüsten wir uns mit dankerfülltem Herzen zur Feier des Tages, der unserm Allergnädigsten Kaiser und König die Vollendung einer fünfundzwanzigjährigen Regierungszeit bringen wird.

Als Seine Majestät vor 25 Jahren zum ersten Male den Landtag der Monarchie begrüßte, sprach Er die Zuversicht aus,

„daß es uns auch in Zukunft gelingen werde, in gemeinschaftlicher, von gegenseitigem Vertrauen getragener und durch die Verschiedenheit prinzipieller Grundanschauungen nicht gestörter Arbeit die Wohlfahrt des Landes zu fördern".

Diese Hoffnung hat sich in reichem Maße erfüllt. Unter dem Schutze des von Seiner Majestät mit starker Hand gewahrten Friedens sind während dieser 25 Jahre im Reiche und in Preußen die wirtschaftlichen und die geistigen Güter der Nation durch die weitblickende Vorsorge des Kaisers und Königs und die rastlose Arbeit des gesamten Volkes gemehrt und gefördert worden.

Mit dem Danke dafür, daß Seiner Majestät Lebensweg bisher so reich gesegnet wurde, verbindet sich die Bitte, daß Gottes Gnade Ihm noch lange vergönnen möge, einem treuen und vertrauenden Volke voranzuschreiten auf den Bahnen aufsteigender staatlicher Entwickelung.

Auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich den Landtag der Monarchie für eröffnet.

Hatten schon so loyale Gemüter, wie unsere preußischen Nationalliberalen Anlaß, sich zurückgesetzt zu fühlen, um wieviel mehr muß sich dann erst das Volk brüskiert fühlen! Denn von dem Volke ist in der ganzen Stilübung mit keinem Worte die Rede — von dem Volke wenigstens, das wirklich diesen Namen verdient, von dem Volke der Arbeit, das Deutschland groß und reich gemacht, um selbst arm zu bleiben, darbend und rechtlos! Was der Ministerpräsident unter Volk versteht, ist ja nur die privilegierte Bourgeoisie, sind bestenfalls die Kreise, deren patriotisch entflammte Weiblichkeit bis vor kurzem dem Abgeordnetenhause gegenüber die Kleider zerriß, um sich an der brautlichen Toilettenherrlichkeit einer Prinzessin zu weiden!

Dem Volke, das wir meinen, dem wahren Volke, der Masse, sind die Jubiläumsfeierlichkeiten herzlich gleichgültig. Es begreift aber vollends nicht, wie die Begrüßungsansprache an ein neugewähltes Parlament nichts anderes enthalten kann, als ein paar hohle Festphrasen. Das Volk begreift das umso weniger, als doch ein Parlament zu ernster Arbeit berufen ist, als doch vor allen Dingen noch das feierliche Wort einer Thronrede einzulösen ist, jene Verheißung, daß endlich eine Reform des preußischen Wahlrechts durchgeführt werden solle, eines Wahlrechts, das schon am ersten Tage seiner Geltung eine beispiellose Brüskierung des Volkes war!

So wirken denn die Worte des Kanzlers nur als Provokation. Das Jubiläum einer Regierung soll gefeiert werden, unter der die Rechtlosigkeit des Volkes erhalten, wo der einzige schwache Versuch seiner Milderung sofort aufgegeben worden ist, als die Junker ihr Veto einlegten? Nein und abermals nein! Die Wahlreform ist die wichtigste Aufgabe der Gegenwart und einer Regierung, die für diese Aufgabe keine Lösung gefunden hat, steht es schlecht an, Feste zu feiern, statt ihre Pflicht zu tun und feierlich gegebene Versprechen einzulösen. Kein Hoch dem König, sondern Heraus mit der Wahlreform, das ist der Ruf, mit dem das preußische Volk diesen Landtag seiner Entrechtung und Entwürdigung begrüßt.

Die Ermordung des Großwesirs.

Aus Konstantinopel werden allerlei Einzelheiten über das Attentat auf Mahmud Schewket Pascha gemeldet, über die inneren Ursachen des politisch so bedeutsamen Anschlages erfährt man aber, jedenfalls infolge einer strengen Depeschenzensur, sehr wenig. Nichtsdestoweniger bleibt das Attentat ein Beweis für die tiefgehende Zerrüttung im politischen Leben der Türkei, damit werden auch die Erwartungen auf eine Gesundung der Türkei in Frage gestellt. Man glaubte, daß die Türkei jetzt an die Hebung ihrer asiatischen Besitzungen herangehen und damit ihr Staatsgebäude wieder fester zusammenfügen könne. Die Tatsache aber, daß man gerade in diesem Augenblick den mächtigsten und einflußreichsten Staatsmann aus dem Wege räumte, eröffnet wenig gute Aussichten auf eine vernünftige und einheitliche Politik in Kleinasien. Da aber einflußreiche kapitalistische und imperialistische Kreise in den einzelnen Großstaaten schon ein begehrliches Auge auf die kleinasiatischen Gebiete geworfen haben, birgt die fortschritende Zersetzung der türkischen Regierung eine internationale Gefahr in sich.

Nach dem Attentat.

Konstantinopel, 12. Juni. Nach einer Bekanntmachung des Militärgouverneurs ist der Großwesir eine Stunde nach dem Attentat gestorben. Es werden noch weitere Teilnehmer des Attentats gesucht, die, während Topal Tewfik verhaftet wurde, in einem bereitgehaltenen Automobil entflohen sein sollen. Die Ruhe des Landes sei durch die Maßnahmen der Regierung gesichert; auf die bereits bekanntgemachten Anordnungen wird noch einmal hingewiesen; bei dem geringsten Zwischenfall soll energisch eingeschritten werden.

Wahrscheinlich wird Marineminister Mahmud Pascha zum Kriegsminister ernannt werden. — Es wird bestätigt, daß ein zweiter Urheber des Attentats, namens Kadri, verhaftet worden ist.

Dschewad Bei, ein Vetter von dem Besitzer des Automobils, und anscheinend Teilnehmer an dem Attentat, ist verhaftet worden und hat ein Geständnis abgelegt; das Automobil ist in Tschichli bei Pera aufgefunden worden.

Das Begräbnis des Ermordeten.

Konstantinopel, 12. Juni. An der Beisetzung Mahmud Schewket Paschas, die heute nachmittag auf dem Freiheitshügel vor den Toren Peras, wo ein Denkmal zur Erinnerung an die Eroberung Konstantinopels durch Mahmud Schewket errichtet ist, stattfindet, nehmen alle Botschafter teil. Der deutsche Botschafter wird von dem Ersten Dragoman Dr. Weber und dem Militärattaché v. Strempel begleitet sein.

Die Beisetzung ist ohne Zwischenfall verlaufen; es ist alles ruhig.

Die mutmaßlichen Hintermänner des Attentats.

Konstantinopel, 12. Juni. Wie aus gut unterrichteter Quelle verlautet, scheint es, als ob die Mörder Mahmud Schewket Paschas von Parteigängern des Prinzen Sabaheddin gedungen seien; auf Grund dieses Untersuchungsergebnisses steht deren Verhaftung unmittelbar bevor.

Einer, der nicht schuld sein will.

Paris, 12. Juni. General Scherif Pascha bittet die Agence Havas, den Gerüchten entgegenzutreten, nach denen er den Anschlag gegen Mahmud Schewket in die Wege geleitet haben soll. Scherif Pascha fügt hinzu, daß Tewfik Pertew Bei, dessen Namen man ebenfalls mit dem Attentat in Verbindung bringt, sich seit einigen Tagen in Paris befindet.

Die richtige Antwort.

Am Mittwoch hatte sich der Kanzler des Deutschen Reiches — wie es schien: aus Versehen! — in den Reichstag verlaufen, und da er einmal da war und fragende Gesichter auf sich gerichtet sah, auch eine Rede gehalten. „Unvorbereitet wie ick mir habe" und aufgeregt, wie ihm durch den unerwarteten Besuch des Reichstags und der dort verhandelten wichtigen Angelegenheiten augenscheinlich zumute war, pfefferte er der verblüfften bürgerlichen Mehrheit des Reichstags einige kauderwelsche pythische Orakelsprüche um die Ohren und stapfte sodann mit langen Beinen wieder von dannen. Zwar ist der Reichstag auch sonst gerade keine besonders respektvolle Behandlung von dem treuen Diener seines Herrn gewohnt. Aber was sich der Herr Bethmann Hollweg am Mittwoch geleistet hat, bewegte sich so völlig jenseits der Grenzen politischer Logik und parlamentarischer Höflichkeit, daß hüben wie drüben erstaunt gefragt wurde: Was soll denn das eigentlich? Nur daß man hüben diese Frage mit lachendem Gesicht stellte, während es drüben verdutzte Mienen gab.

Am gestrigen Donnerstag hat der Reichskanzler Bethmann Hollweg eine Antwort auf seine improvisierte Rede, zugleich aber auch auf die Reden, die er dem Reichstag schuldig geblieben ist, erhalten. Genosse Ledebour hatte diese dankbare Aufgabe zu erfüllen, und mit all der rhetorischen Schlagfertigkeit und dem blitzenden Sarkasmus, wodurch Ledebour Freund wie Feind zu fesseln weiß, hat er sie bis auf den letzten Rest erfüllt.

Ledebour stellte zunächst ganz allgemein die bejammernswürdige Dürftigkeit und Inhaltlosigkeit der Ausführungen des Reichskanzlers, womit er bisher die ungeheuerlichste aller Militärvorlagen vor dem Volke zu rechtfertigen versucht hat, an den Pranger. Außer einigen platten Allgemeinheiten hat er noch nichts zu sagen gewußt, kein wirklich stichhaltiges Argument für die Notwendigkeit der gewaltigen Opfer, die dem deutschen Volke erneut auf die belasteten Schultern gelegt werden sollen, hat der einzige Reichsbeamte, der dem deutschen Reichstage verantwortlich ist, anzuführen gewußt. In der gegenwärtigen Situation aber, in der es darauf angekommen wäre, Stellung zu den Wünschen des Reichstages für eine Demokratisierung des Heeres zu nehmen und in der vom Standpunkte der Regierung aus ein energisches Wort an diejenigen am Platze gewesen wäre, die abermals durch parlamentarische Ränke und Winkelzüge sich die neuen Lasten vom Halse halten wollen, da faucht der Reichskanzler noch in einer völlig unverständlichen Weise die bewilligungsfrommen Parteien an.

Ledebour suchte dieses sonderbare Verhalten des Reichskanzlers zu erklären, er sah eine Erklärung in dem geheimen Wunsche des Reichskanzlers, durch eine Brüskierung des Reichstages eine Auflösung herbeizuführen und dadurch zu einer bequemeren Parteigruppierung zu gelangen. Diese Annahme gab unserem Redner eine vortreffliche Gelegenheit, sich zu den Drohungen mit einer etwaigen Reichstagsauflösung auszusprechen. Unter lebhafter Zustimmung unserer Fraktion erklärte er, daß wir Sozialdemokraten mit Freuden zu einer solchen Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten bereit sind, daß wir gar nichts Besseres wünschen können, als wenn dem deutschen Volke Gelegenheit geboten wird, durch die allgemeine Volksabstimmung der Reichstagswahlen seine Meinung zu der Milliardenvorlage auszusprechen. Ob wir dabei infolge des irreführenden Stichwahlprinzips unter Umständen einige Mandate einbüßen, spielt keine Rolle. Unsere Stimmenzahl wird wachsen und noch mehr die durch den Wahlkampf beförderte politische Einsicht der Massen.

Ledebours besondere Aufgabe neben unserem ersten Redner, der mehr die militärische Seite der neuen Vorlage zu behandeln gehabt hatte, war die Erörterung der auswärtigen Politik, soweit sie für die Begründung der neuesten Aufrüstung Deutschlands von der Regierung und den bürgerlichen Parteien als Beweismaterial herangezogen worden war. Ledebour kennzeichnete mit scharfen Strichen die Lage in Frankreich, Rußland und auf dem Balkan und zog daraus die unbestreitbare Schlußfolgerung, daß sie in keiner Weise die deutsche Heeresvorlage rechtfertige, heute noch weniger als vor Wochen und Monaten.

Zum Schluß wandte sich Ledebour dem spaßigen Versuche des Staatssekretärs Delbrück zu, dem Reichstage die Kompetenz abzusprechen, über die preußischen Angelegenheiten, besonders über das erbärmliche Wahlrecht und

das uneingelöste Königsversprechen sein Urteil zu sprechen. Zwar suchte der wegen seiner physischen und intellektuellen Schwerhörigkeit beklagenswerte Greis, der während der ganzen Rede Ledebours zitternd und lauernd vor seinem Präsidentenstuhle stand, das Wort vom „nicht eingelösten Königswort“ als unparlamentarisch zu verhindern. Aber er konnte den Redner nicht daran hindern, das Königswort selbst zu verlesen und es dann jedem einzelnen zu überlassen, daraus die Schlußfolgerungen abzuleiten. Die Rechte des Hauses vermochte sich dem starken Eindrucke dieser aufreizenden Feststellungen so wenig zu entziehen, daß sie nicht einmal den üblichen Lärm vollführte, als Ledebour die kläglichen Ausreden mit der verunglückten Wahlreform durch die scharfe Bemerkung erledigte: „Das ist nicht die Art, wie ein Mann zu seinem Worte steht, die wichtigste Aufgabe der Gegenwart zu erfüllen“. Und als auch Ledebour, wie neulich schon Noske, auf den politischen Massenstreik und das belgische Beispiel hinwies, stimmte ihm die Fraktion stürmisch zu.

Vor und nach unserem Redner sprach der Kriegsminister. Der Mann hat es weniger leicht und macht es sich weniger leicht als der Reichskanzler. Seit Monaten steht der Kriegsminister v. Heeringen im Kreuzfeuer der öffentlichen Erörterung. Im allgemeinen verliert er eine gewisse soldatische Ruhe nicht, nur wenn es sich um die Sozialdemokraten handelt, verläßt ihn sein guter Geist, und er gerät ins Stolpern und Holpern. Er riskierte eine Lanze gegen das Milizsystem und sah sie im gleichen Augenblick zersplittert am Boden. Er erklärte, daß die neuen Heeresforderungen sich nicht gegen den inneren Feind richteten, daß überhaupt das Heer nicht zum Kampf gegen den inneren Feind da sei, und im nämlichen Augenblick erklärte er das Eingreifen der militärischen Macht in die Lohnkämpfe der Arbeiter als eine Notwendigkeit. Er bestritt, daß er vom Militärkabinett des Kaisers Befehle zu empfangen habe, gab aber zugleich zu, daß er sie vom Kaiser selbst natürlich entgegenzunehmen habe. Als ob er damit nicht den überwiegenden Einfluß des Militärkabinetts offenbarte!

Eine heitere, aber für den Reichstag nicht gerade ehrenvolle Abwechselung brachte der Präsident Kaempf während der Rede Ledebours in das Haus.

Das Erbrecht des Staates.

Die Budgetkommission des Reichtags setzte am Donnerstag die Beratung des Gesetzentwurfs über das Erbrecht des Staates fort. Die Abstimmung über den § 1 des Entwurfs, der bestimmt, wenn der Fiskus mangels eines Testamentes gesetzlicher Erbe wird, war am Dienstag ausgesetzt worden. Gegen die Stimmen des Zentrums und der Konservativen wurde der § 1 in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. Zentrum und Konservative versuchten, in den § 4 die Bestimmung hineinzubringen, daß der Fiskus kein Erbrecht hat, wenn neben den Großeltern des Erblassers noch Abkömmlinge von den Großeltern in der Seitenlinie zur Erbschaft berufen sind. Diese Forderung wurde abgelehnt gegen die Stimmen der Schwarz-Blauen. Weiter regelt der § 4, welche Haushaltungsgegenstände und daß solche des persönlichen Gebrauchs den Miterben vom Fiskus überlassen werden müssen, worunter auch Schriftstücke und Familienbilder fallen. Unter Ablehnung der Regierungsfassung wurde nach einem Antrage der Volksparteiler beschlossen: „Bei der Auseinandersetzung des übrigen Nachlasses muß sich der Fiskus die Abfindung für einen Erbteil in Geld gefallen lassen. Der Wert von Grundstücken ist hierbei auf 80 Hundertteile des gemeinen Wertes anzunehmen. Daneben steht den Großeltern in Ansehung von Grundstücken und von Geschäftsbetrieben ein Vorkaufsrecht zu.“

Nach der Regierungsvorlage sollte der Wert des Grundstücks auf 90 Hundertteile des Ertragswertes berechnet werden, wobei das Fünfundzwanzigfache des Reinertrags als Ertragswert gelten sollte. Das Zentrum hatte beantragt, gar nur das Zwanzigfache des Reinertrags in Anrechnung zu bringen. Es fand aber keine Mehrheit. Bemerkenswert ist, daß die Nationalliberalen bei diesem Entwurf für die Berechnung landwirtschaftlicher Grundstücke nach dem gemeinen Wert stimmten, während bei dem Gesetz über den Wehrbeitrag die Nationalliberalen sich mit dem Zentrum und den Konservativen dafür entschieden, daß landwirtschaftliche Grundstücke nicht nach dem gemeinen Wert, sondern nach dem zwanzigfachen Betrage des Reinertrags zum Wehrbeitrag veranlagt werden, wodurch den Agrariern eine Begünstigung zuteil wurde, die auf 30—50 Millionen geschätzt werden kann. Die veränderte Haltung der Nationalliberalen in der Kommission ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß an Stelle des agrarischen Herrn Paasche Herr Junck in die Kommission eingetreten ist.

Beim § 6 setzte die Opposition der Konservativen und des Zentrums noch einmal in voller Schärfe ein. Der springende Punkt ist folgende Bestimmung im Regierungsentwurf: „Ist in Fällen, in denen eine Verfügung von Todes wegen infolge Mangels in der Form nichtig ist, anzunehmen, daß die Verfügung des letzten Willen des Erblassers tatsächlich entspricht, so ist nach näherer Bestimmung des Bundesrats der infolge der Nichtigkeit des Fiskus als gesetzlichen Erben zugefallene Erwerb ganz oder teilweise denjenigen zuzuwenden, an die der Erwerb im Falle der Giltigkeit der Verfügung gelangt sein würde.“ — Der Bundesrat soll auch darüber bestimmen, inwieweit der Nachlaß eines Erblassers den durch dieses Gesetz ausgeschlossenen Erben zugewendet ist, wenn der Erblasser nicht in der Lage war, ein Testament zu errichten.

Die Volksparteiler beantragten, diese letztere Bestimmung zu streichen und folgenden neuen Paragraph einzufügen: „Ist der Erblasser verstorben, bevor er das 21. Lebensjahr vollendet hat oder ist er vom vollendeten 16. Lebensjahre an bis zu seinem Tode testierunfähig gewesen, so tritt das Erbrecht des Fiskus nicht ein. Der Bundesrat trifft nähere Bestimmungen darüber, inwieweit in anderen Fällen der Nachlaß eines Erblassers den durch dieses Gesetz von der Erbfolge ausgeschlossenen Erben aus Gründen der Billigkeit zuzuwenden ist, insbesondere wenn der Erblasser zeitweise testierunfähig war oder plötzlich verstorben ist.“

Das Zentrum stellte diese Anträge: „Die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die gesetzliche Erbfolge der Verwandten bleiben unberührt, wenn der Erblasser nicht fähig war, ein Testament zu errichten oder wenn das vom Erblasser errichtete Testament infolge Mangels der Form nichtig ist; ebenso wenn die Zuwendung an eine juristische Person erfolgen soll, die nach landesgesetzlicher Vorschrift für den Erwerb durch die juristische Person erforderliche staatliche Genehmigung aber verweigert wird.“

Die volksparteilichen Anträge fanden Annahme, die des Zentrums wurden abgelehnt.

Das Zentrum griff nun zu einem neuen taktischen Schachzug, um das Gesetz zu Fall zu bringen. Es beantragte, in den Ausführungsbestimmungen zum Bürgerlichen Gesetzbuch die Bestimmung zu streichen, wonach Zuwendungen durch Testament an juristische Personen, Stiftungen, Kirchen usw., wenn sie den Betrag von 5000 M. übersteigen, der Genehmigung des Fiskus bedürfen. Die Sozialdemokraten erklärten, daß sie prinzipiell dem Zentrumsantrage zustimmen, weil das Genehmigungsrecht des Fiskus zu bekämpfen ist und abgeschafft werden sollte. Weil aber das Zentrum im vorliegenden Falle mit seinem Antrage nur beabsichtige, durch die Aufnahme einer solchen Bestimmung das Gesetz über das Erbrecht des Staates zu Fall zu bringen, werden sie gegen den Antrag stimmen, vorbehaltlich der endgiltigen Entscheidung in der zweiten Lesung. Mit 14 gegen 13 Stimmen wurde der Antrag des Zentrums abgelehnt.

Nach der Regierungsfassung sollen von der aus dem Erbrecht des Fiskus erzielten Reineinnahme das Reich 75 vom Hundert, der Bundesstaat, dessen Fiskus Erbe ist, 25 vom Hundert erhalten. Die Sozialdemokraten beantragten: „Von der aus dem Erbrecht des Fiskus erzielten Reineinnahme erhält das Reich 60 vom Hundert, der Bundesstaat, dessen Fiskus Erbe ist, als Vergütung für die Kosten der allgemeinen Verwaltung 30 vom Hundert, die Gemeinde von dem in ihrem Gemeindebezirk befindlichen Erbgut 10 vom Hundert. Die den Gemeinden zu gewährende Vergütung ist aus der dem Bundesstaate zukommenden Vergütung zu bestreiten. Der den Gemeinden zufallende Anteil darf nicht für Pflichtaufgaben der Gemeinden verwendet werden. Was als Reineinnahme anzusehen ist, bestimmt der Bundesrat.“

Gegen die Stimmen der Konservativen wurde der sozialdemokratische Antrag angenommen, der, falls die Vorlage Gesetz werden sollte, den Gemeinden zur Erfüllung sozialpolitischer Aufgaben Mittel zuführen wird. — Abgelehnt wurde die Regierungsforderung, daß der Fiskus als Erbe von dem Stempelabgaben befreit sein soll. — Abgelehnt wurde auch folgender Antrag des Zentrums: „Die aus der Verwertung der Nachlaßgegenstände erlangten Gelder sind vom Fiskus zu Stiftungen für die Aufgaben der Fürsorgeerziehung und der Armenpflege zu verwenden.“ Die Annahme dieses Antrags würde dem Reich keine Mittel bringen, womit der Zweck des Gesetzes vereitelt wäre.

Damit war die erste Lesung beendet.

Politische Uebersicht.

Die Kulissenarbeit.

Ueber die Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteiführern im Reichstage, wegen einer Verständigung in der Steuerfrage, berichtet der „Berliner Lokal-Anzeiger“ vom Donnerstagabend:

„Die Verständigung ist gesichert. Bei den Kompromißverhandlungen haben sich die beteiligten Parteiführer nicht nur auf die neuen Steuervorlagen beschränkt, sondern auch die letzte Steuerreform noch einer Prüfung unterzogen mit dem Ergebnis, daß man sich entschloß, die Wertzuwachssteuer, die so viel Verdruß und Aerger und so wenig Nutzen brachte, aufzuheben und den Besitzwechselstempel auf die Hälfte herabzusetzen. Ueber eine Aufhebung des Scheckstempels, wie sie von den Liberalen gewünscht wird, schweben noch die Verhandlungen. Auch die Regierungsvorlage über die Vermögenszuwachssteuer, den Eckstein des ganzen Kompromisses, hat man einer durchgreifenden Aenderung unterzogen: auf der einen Seite hat man, wie wir hören, die Grenze — die Vorlage sieht 2000 M. vor — erheblich hinaufgesetzt, auch die von der Regierung vorgeschlagenen Steuersätze höher gestaffelt, andererseits hat man aber auch manche Erleichterung beschlossen. Bezüglich des Wehrbeitrags dürfte an den in erster Linie in der Kommission geschaffenen Bestimmungen nicht mehr viel geändert werden, wohl aber hat man sich dahin geeinigt, für den Fall, daß nach den beiden ersten Raten ersichtlich ist, daß eine höhere Summe als eine Milliarde herauskommt, die letzte Rate entsprechend herabzusetzen.

In seiner gestrigen Fraktionssitzung hat das Zentrum sich zustimmend zu den Kompromißvorschlägen geäußert, von den Freisinnigen hören wir das gleiche. Die Nationalliberalen hielten heute früh eine Sitzung ab, auch sie sind entschlossen, für das Kompromiß einzutreten. Da dieses aber in seinen sämtlichen Einzelheiten noch nicht feststeht, so können endgültige Beschlüsse natürlich noch nicht gefaßt werden. Im Laufe des heutigen Tages dürfte aber auch hierüber eine Einigkeit erzielt werden. Am Abend finden wieder Fraktionssitzungen statt.“

Die Nachricht, daß der Abschluß des Kompromisses gesichert sei, ist mindestens verfrüht, aber daß der Kuhhandel schließlich perfekt wird, ist ziemlich wahrscheinlich.

Faule Ausreden.

Um die Nationalliberalen für ein Kompromiß in der Besitzsteuerfrage zu gewinnen und sie von der Einbringung der Erbschaftssteuer abzuhalten, verbreiten konservative und klerikale Blätter die Nachricht, die Nationalliberalen könnten gar nicht für eine Erbschaftssteuer stimmen, an der die Sozialdemokratie mitgewirkt habe. Denn die Sozialdemokratie würde so scharfe, konfiskatorische Bestimmungen in das Gesetz hineinbringen, daß die Nationalliberalen zuletzt das Gesetz unannehmbar finden würden.

Die guten Leutchen vergessen nur das eine: die Sozialdemokratie hat gar kein Interesse daran, mehr Steuern zu bewilligen, als gerade notwendig sind. Und diesen Bedarf würde auch eine Erbschaftssteuer decken, deren Bestimmungen noch lange nicht unannehmbar wären, selbst wenn man die nationalliberale Scheu vor weitergehender Besitzbesteuerung recht hoch einschätzt.

Die Fraktionen des preußischen Dreiklassenparlaments.

Nach dem soeben herausgegebenen Verzeichnis der Mitglieder und der Fraktionen des preußischen Abgeordnetenhauses zählt die konservative Partei 147 Mitglieder, darunter 16 Mitglieder des Reichstages, die freikonservative 54 (4), die nationalliberale 73 (2), die fortschrittliche Volkspartei 40 (6), die Zentrumspartei 103 (14), die Polen 12 (3), die Sozialdemokraten 10 (1). Dazu kommen noch der Litauer Pfarrer Gaigalat, der christlichsoziale Abgeordnete Wallbaum und die beiden Dänen.

Die Stichwahl im Wahlkreis Waldeck-Pyrmont

zwischen Friedrich Naumann und dem Antisemiten Dietmayer ist auf den 19. Juni angesetzt.

Auch die Schwarzen protestieren.

Der Kriegervereinshetze gegen das Gerhardt Hauptmannsche Jahrhundertfestspiel haben haben sich nunmehr auch, wie bei der treuen Bundesbrüderschaft nicht verwunderlich, auch die Zentrumsleute angeschlossen, angeblich, weil in dem Festspiel die Interessen der Klerikalen verletzt worden sein sollen. In einer am Mittwoch Abend in Breslau stattgefundenen Zentrums-Wahlmännerversammlung wurde folgende „Protestresolution“ einstimmig angenommen:

„Die heutige, zahlreich besuchte Versammlung der Wahlmänner der Breslauer Zentrumspartei bedauert lebhaft, daß zur Jahrhundertfeier von Gerhart Hauptmann ein Festspiel verfaßt worden ist, das ihrer Ansicht nach dem Geiste der Jahrhundertfeier in keiner Weise entspricht. Besonders bedauert sie, daß in dem Festspiel, durch das doch vor allem die Erinnerung an die große Zeit vor hundert Jahren wachgerufen werden sollte, der so naheliegenden, glanzvollen schlesischen und Breslauer Ereignisse nicht in gebührender Weise gedacht wird. Die Versammlung schließt sich den Stimmen an, die in dem Festspiel eine, wenn vielleicht auch nicht gewollte, so tatsächlich doch nicht abzustreitende Verherrlichung Napoleons erblicken. Die Versammlung spricht ferner ihr tiefstes Bedauern darüber aus, daß in diesem Festspiel die Gefühle der Katholiken so gröblich verletzt werden, und dieses Bedauern wird um so größer angesichts der Tatsache, daß der hierfür verantwortliche Magistrat der Stadt Breslau keinerlei Schritte unternommen hat, um dem katholischen Volksteil diese schwere Beleidigung zu ersparen. Die Versammlung legt aufs schärfste Verwahrung ein gegen diese Behandlung, die den Katholiken in einem Jahre nationalen Gedenkens zuteil geworden ist und die sie in keiner Weise verdient haben, da der katholische Volksteil Deutschlands genau so wie der evangelische vor hundert Jahren für die Befreiung des Vaterlandes vom Joche der Fremdherrschaft Gut und Blut hingegeben hat.“

Gleichzeitig veröffentlichen einige geadelte und ungeadelte Agrarier-Fabrikbesitzer aus dem blau-schwarzen Lager eine Boykottnotiz gegen das Festspiel, das sie als ein Hohn auf den Patriotismus bezeichnen. Bezeichnend für die Gegnerschaft der Blauschwarzen gegen das Festspiel ist es ferner, daß eine Anzahl konservativer Blätter schon, bevor der Inhalt bekannt war, eine absprechende Kritik bei einem Breslauer Korrespondenzbureau bestellte. Die patriotische Entrüstung war also schon zur Siedehitze gediehen, ehe der Inhalt des Stückes überhaupt bekannt war und ehe es eine Uraufführung erlebte.

Wahlpraktiken des Zentrums.

Mit welchen Mitteln das Zentrum arbeitete, zeigt die folgende Aufforderung auf der ersten Seite des Straßburger Zentrumsblattes am Tage vor der Wahl von Brumath, über die wir kürzlich berichteten:

An die Frauen des Wahlkreises Brumath!

Trennung von Kirche und Staat, Abschaffung der christlichen Volksschule verlangt das Programm des fortschrittlichen Gegenkandidaten. Ihr wollt sicherlich die religiösen Interessen wahren. Ihr wollt vor allem, daß Eure Kinder eine religiöse Erziehung erhalten.

Ihr könnt dazu beitragen, wenn Ihr dafür sorget, daß Eure Männer zur Wahl gehen, wenn Ihr verhütet, daß sie etwa wegen der Straßburger Ausstellung ihre Wahlpflicht versäumen.

Handelt als christliche Frauen und christliche Mütter.

Drohender Dalles?

Die endgültigen Ergebnisse der Einnahmen aus den Zöllen und Steuern für das Jahr 1912/13 weisen gegenüber dem vorigen Rechnungsjahre erhebliche Minderbeträge auf. Der Ueberschuß der tatsächlichen Einnahmen aus den Zöllen, Steuern und Gebühren gegenüber dem Etatsanschlag erhöht sich damit auf 46,5 Millionen Mark gegen 193,1 Millionen Mark im Etatsjahre 1911. Hierzu kommt noch eine Mehreinnahme von 12,2 Millionen Mark aus der Reichspostverwaltung und der Reichseisenbahnenverwaltung, womit sich der Gesamtüberschuß aus diesen wichtigsten Einnahmequellen des Reiches auf 58,7 Millionen Mark stellt. Im Vorjahr erreichte die Mehreinnahme aus diesen Quellen eine Höhe von 227 Millionen Mark.

Von den Steuern und Gebühren brachten Mindereinnahmen gegenüber dem Etatsanschlag: die Branntweinsteuer 8,0 Millionen Mark, der Grundstücksübertragungsstempel 2,7 Millionen Mark, die Erbschaftssteuer 2,2 Millionen Mark, die Tabaksteuer 1,5 Millionen Mark, die Schaumweinsteuer 0,7 Millionen Mark und der Scheckstempel 0,1 Millionen Mark. Erhebliche Ueberschüsse kamen ein: aus den Zöllen 27,7 Millionen Mark, der Zigarettensteuer 5,6 Millionen Mark, der Brausteuer und Uebergangsabgabe 5,5 Millionen Mark, der Zuckersteuer 4,8 Millionen Mark, der Leuchtmittelsteuer 2,8 Millionen Mark, der Zündwarensteuer 2,6 Millionen Mark, dem Lotterielosstempel 2,2 Millionen Mark, der Zuwachssteuer 2,0 Millionen Mark, dem Spielkartenstempel 2,0 Millionen Mark, der Salzsteuer 1,0 Millionen Mark und dem Wechselstempel 1,5 Millionen Mark. Alle übrigen Steuern und Gebühren haben einen geringeren Ueberschuß als 1,5 Millionen Mark gebracht oder den Etatsanschlag auch nur erreicht.

Die Erfurter Handelskammer über die Lebensmittelteuerung.

Der soeben erschienene Jahresbericht der Erfurter Handelskammer für 1912 stimmt über den Einfluß der Teuerung das folgende Klagelied an:

Die Kaufkraft des großen Publikums war infolge der noch immer herrschenden Teuerung wichtiger Lebensmittel, insbesondere des Fleisches, beschränkt. Zugunsten höherer Aufwendungen für den notwendigen Lebensbedarf verhinderte 1. die Nachfrage nach entbehrlichen Bedarfsartikeln und Luxusgegenständen, und auch in der Anschaffung täglicher Gebrauchsgegenstände legte man sich größere Zurückhaltung auf; davon wurden vornehmlich die Stapelartikel getroffen, Textilerzeugnisse, Möbel, Kurzwaren, Schuhwaren, Eisenwaren, Tabakfabrikate u. a. Die Maßnahmen, welche unter dem Drucke der Verhältnisse von Staats wegen zur Erleichterung der Vieh- und Fleischeinfuhr getroffen wurden, waren ungenügend und konnten eine wirklich durchgreifende Besserung nicht herbeiführen.... Wenn daher die deutsche Landwirtschaft in der nächsten Zukunft nicht in der Lage sein sollte, der ständig steigenden Bevölkerung Fleisch und Brot wieder zu billigeren Preisen zu schaffen, kann eine Zurücknahme der Einfuhrerleichterungen und Tarifermäßigungen nicht gebilligt werden, es muß vielmehr eine weitere Erleichterung insbesondere der Fleischeinfuhr gefordert werden....

Das hört sich ganz vernünftig an. Aber gerade die Erfurter Handelskammer treibt von jeher eine scharfe Hetze gegen die Gewerkschaften, die doch die Folgen der Teuerung durch Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen bekämpfen wollen. Gerade sie ruft bei jeder Gelegenheit nach „kräftigeren Arbeitswilligenschutz“, um die so notwendige Tätigkeit der Arbeiterorganisationen lahm zu legen.

Der „auffallende“ Soldat.

Der Unteroffizier Reinhardt von der 8. Kompagnie 95. Infanterieregiments in Hildburghausen stand am Freitag vor dem Kriegsgericht der 38. Division in Erfurt, weil er dem Musketier Hermann Rudolf aus geringfügiger Ursache eine Ohrfeige gegeben hatte. Rudolf hätte dadurch den Zorn des Vorgesetzten erregt, daß er fortwährend im Dienst „auffiel“. Wie nun von einem ärztlichen Sachverständigen in der Verhandlung festgestellt wurde, ist der Vater des „auffallenden“ Soldaten in einer Nervenheilanstalt gestorben, mehrere andere Familienglieder der väterlichen Linie waren schwer nervenleidend,

Rudolf selbst mied ängstlich die Gesellschaft seiner Kameraden und beging auch sonst mancherlei Handlungen, die darauf schließen ließen, daß er geistig nicht normal sei. Der Unteroffizier, der diesen „auffallenden" Menschen durch Ohrfeigen erziehen wollte, erhielt fünf Tage gelinden Arrest.

Dann wurden die Rollen vertauscht. Der geschlagene Soldat Rudolf nahm auf der Anklagebank Platz. Er hatte infolge des oben geschilderten Vorfalles den Entschluß gefaßt, zu desertieren. Um sich Reisegeld zu verschaffen, stahl er in der Kantine einen Betrag von etwa 15 M., teilte diesen mit einem Kameraden, beide desertierten, wurden aber bald wieder ergriffen. Nun standen sie wegen Fahnenflucht vor Gericht, das aber die Verhandlung aussetzte, um den Angeklagten Rudolf erst auf seinen Geisteszustand zu beobachten.

Wir meinen, das von Anfang an auffällige Verhalten des Soldaten Rudolf hätte Anlaß zu einer möglichst präzisen Untersuchung seines geistigen Zustandes geben müssen.

Billiges Fleisch fürs Militär.

In der bayerischen Rheinpfalz haben die Fleischer dem Militärfiskus Fleischangebote zu einem Preise gemacht, der mit den Ladenverkaufspreisen pro Kilo um ca. 70 Pf. differiert. In Germersheim wurde dem 1. Bataillon des 17. Infanterieregiments das Kilogramm Ochsenfleisch zum Preise von 1,58—1,65 M. von den dortigen Fleischermeistern offeriert. Für Schweinefleisch betrugen die Preise 1,48—1,58 M., Kuhfleisch 1,30 M.

In Landau wurde Ochsenfleisch zu 1,85—1,88 M., Kalbfleisch zu 1,50—1,52 M., Schweinefleisch zu 1,88—1,95 M. und Schweinebraten zu 1,40—1,42 M. dem Militärfiskus angeboten. Aehnlich liegen die Preisverhältnisse in Zweibrücken.

Es ist selbstverständlich, daß die Fleischer bei diesen regelmäßigen und großen Lieferungen das einzelne Kilo wesentlich billiger abgeben können als im Kleinverkauf. Aber, wenn man das auch gelten läßt, so ist die Differenz in den Ladenpreisen doch entschieden zu hoch. Den Gemeindeverwaltungen der genannten Orte müßte es ein Leichtes sein, durch Errichtung städtischer Schlächtereien die Massen mit billigem Fleisch zu versorgen.

Betrübte Kreuzritter.

Genosse Adelung-Mainz schreibt uns: Die „Kreuzzeitung" schreibt in ihrer Sonntagsnummer, daß der ehemalige Mainzer Beigeordnete und jetzige Berliner Stadtrat Berndt mein Kind aus der Taufe gehoben habe. Diese „Fraternisierung mit der Umsturzpartei" habe zur Folge gehabt, daß bei der letzten Reichstagswahl der „Sozialist Dr. David zum erstenmal im ersten Wahlgang das Mandat davontrug". Bei genauerer Betrachtung stellt sich die Sache eigentlich noch weit schlimmer dar. Man denke nur: Mein Söhnchen, das sich übrigens bereits im fünften Lebensjahr befindet und prächtig gedeiht — ist überhaupt nicht getauft. Trotzdem also der Junge nicht getauft ist, mithin Herr Berndt dabei nicht mitwirken konnte, hat Dr. David im ersten Wahlgang gesiegt. Da erscheint es begreiflich, wenn sich der „Kreuzzeitung" die Sinne verwirren.

Die neue Balkankrise.

Der Zar als Vermittler.

Petersburg, 12. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Kaiser hat an den König von Bulgarien und an den König von Serbien am 8. Juni aus Moskau folgendes Telegramm gesandt: „Der Plan einer Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der vier verbündeten Staaten in Saloniki, der sich sodann eine Zusammenkunft in Petersburg anschließen könnte, erfüllte mich mit der größten Freude, da diese Absicht den Wunsch der Balkanstaaten anzuzeigen schien, daß sie sich verständigen und das Bündnis befestigen wollten, das bis jetzt die glänzendsten Erfolge gezeitigt hat. Mit peinlichen Empfindungen erfahre ich, daß dieser Beschluß noch nicht zur Ausführung gelangt ist, und daß die Balkanstaaten sich anscheinend auf einen Bruderkrieg vorbereiten, der geeignet ist, den Ruhm, den sie gemeinsam erworben haben, zu trüben. In einem so ernsten Augenblick wende ich mich direkt an Eure Majestät, wozu mich mein Recht und meine Pflicht in gleichem Maße nötigen; denn das bulgarische und das serbische Volk haben durch ihren Bündnisvertrag die Entscheidung jeder Meinungsverschiedenheit über die Ausführung der Bestimmungen des Vertrages und der Verabredungen, die sich darauf beziehen, Rußland übertragen. Ich bitte deshalb Eure Majestät, den übernommenen Verpflichtungen treu zu bleiben und die Beilegung der gegenwärtigen Meinungsverschiedenheit zwischen Bulgarien und Serbien der Entscheidung Rußlands zu überlassen. Da ich das Amt des Schiedsrichters nicht als ein Vorrecht, sondern als meine ernste Pflicht betrachte, der ich mich nicht entziehen könnte, so glaube ich Eurer Majestät mitteilen zu müssen, daß ein Krieg zwischen den Verbündeten mich nicht teilnahmslos lassen könnte. Ich stelle ausdrücklich fest, daß der Staat, der diesen Krieg beginnen würde, dafür der slawischen Sache gegenüber verantwortlich wäre, und ich behalte mir jede Freiheit für die Haltung vor, die Rußland gegenüber dem Ausgang eines so verbrecherischen Kampfes einnehmen wird."

Serbien und Bulgarien fügen sich.

London, 12. Juni. Wie das Reutersche Bureau aus Petersburg erfährt, haben Bulgarien und Serbien das russische Schiedsgericht angenommen.

Eine ernste Mahnung Greys.

London, 12. Juni. In der heutigen Sitzung des Unterhauses teilte Staatssekretär Grey in Beantwortung einer Frage betreffend die Balkanlage die vom Kaiser von Rußland an die Könige von Bulgarien und Serbien gerichtete Warnung und Aufforderung mit und erklärte: Es ist aufs ernstlichste zu hoffen, daß der so gegebene Rat angenommen wird. Es ist unmöglich, die Gefühle der Enttäuschung und Mißbilligung scharf genug auszudrücken, mit welchen der Ausbruch eines Krieges zwischen den verbündeten Ländern von der öffentlichen Meinung betrachtet werden würde. Er würde alle Sympathien in Europa ihnen entfremden, welche bisher einen Faktor darstellten, der zur Sicherung der Neutralität beitrug. Die Balkanstaaten müssen sich selbst dessen bewußt sein, daß, wenn sie miteinander um die Früchte ihres Sieges kämpften, sie Gefahr laufen würden, das zu verlieren, was sie bisher im Kriege mit der Türkei gewonnen hatten.

Demobilisierungsvorschlag Serbiens.

Belgrad, 12. Juni. Die serbische Regierung hat heute an die bulgarische Regierung eine Note gerichtet, in der sie den Vorschlag macht, um die Streitigkeiten an der zukünftigen Grenze und auf dem strittigen Gebiete zu mildern, die gegenwärtigen Effektivbestände auf ein Viertel zu verringern. Diese Demobilisierung würde eine freundliche und friedliche Lösung der Streitfragen herbeiführen.

Die Botschafterkonferenz.

London, 11. Juni. Die Botschaftervereinigung beriet heute über die Südgrenze Albaniens und über das Schicksal der Aegäischen Inseln. Die Botschafter legten jeder den Standpunkt seiner Regierung dar. Eine Entscheidung wurde nicht getroffen.

Vertagung der Balkankommission.

Paris, 12. Juni. Da mehrere Delegierte noch keine Instruktionen erhalten haben, ist die Zusammenkunft der Balkankommission, die morgen stattfinden sollte, auf den 16. Juni verschoben worden.

Ungarn.

Das Programm des Gewaltmenschen.

Budapest, 12. Juni. Im Abgeordnetenhause hielt Ministerpräsident Graf Tisza heute seine Programmrede, in der er zugleich das Arbeitsprogramm des Abgeordnetenhauses entwarf. Er äußerte sich über alle möglichen Fragen der inneren und äußeren Politik, nur über die Wahlrechtsfrage schwieg er sich aus. Die Oppositionellen waren der Sitzung ferngeblieben.

Frankreich.

Opposition der Beamten.

Paris, 12. Juni. Der Ausschuß des Nationalen Verbandes der Beamtenschaft faßte einen Beschlußantrag, der gegen die Disziplinarverfolgung der Beamtengruppen protestiert, die öffentlich ihre Ansicht über die dreijährige Dienstzeit geäußert haben.

Eine politische Maßregelung.

Paris, 12. Juni. Ein Arzt in Sens, Dr. Serfaty, der sich in einem Briefe an Hervé zu dessen antimilitaristischen (?) Ideen bekannt hat, wurde von dem Präfekten seiner Stellung als Arzt der Findelanstalt enthoben und außerdem, da er Stabsarzt der Reserve ist, vor das militärische Disziplinargericht gestellt, das seine Entscheidung dem Kriegsministerium übermittelt hat.

Bestrafte Demonstranten.

Bourges, 12. Juni. Das Kriegsgericht verhandelte heute gegen die Militärpersonen des 134. Infanterieregiments in Macon, die am 20. Mai an den Kundgebungen gegen das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit teilgenommen hatten. Ein Soldat wurde wegen Gehorsamsverweigerung zu einem Jahr Gefängnis und ein Unteroffizier wegen des Versuches, Mannschaften ihren Pflichten abspenstig zu machen, zu achtzehn Monaten Gefängnis und hundert Frank Geldstrafe verurteilt.

Spanien.

Die Ministerkrise.

Madrid, 12. Juni. König Alfons, der hier eingetroffen ist, hat den Grafen Romanones von neuem mit der Kabinettsbildung betraut. Das Kabinett wird heute nachmittag dem König vorgestellt werden.

Holland.

Provinzialwahlen.

Amsterdam, 11. Juni. (Eig. Ber.) Mitten in der Wahlkampagne für das Parlament fallen die Wahlen für die Provinzialvertretungen. Am Dienstag fand die erste dieser Wahlen in der Provinz Overyssel statt. Sie brachte unserer Partei einen großen Stimmenzuwachs, der zu den schönsten Hoffnungen für die Parlamentswahlen berechtigt. So stiegen unsere Stimmen im Wahlkreise Enschede seit drei Jahren von 3072 auf 4722, im Wahlkreise Almelo von 626 auf 1848, im Wahlkreise Zwolle von 421 auf 1192; in den Kreisen Deventer und Oldenzaal, wo wir 1910 noch zu schwach waren, um Kandidaten aufzustellen, erhielt die Partei jetzt 753 und 539 Stimmen. Am Donnerstag finden die Provinzialwahlen in Friesland statt, am Freitag in den Provinzen Nord- und Süd-Holland, Gelderland, Groningen, Utrecht usw.

Dänemark.

Demission des Kabinetts.

Kopenhagen, 12. Juni. Der Ministerpräsident wurde heute vom König in Audienz empfangen, in deren Verlauf er die Demission des Kabinetts überreichte, die vom König angenommen wurde. Der König bat das Ministerium, die Geschäfte vorläufig weiter zu führen. Wie Rithaus Bureau erfährt, wird der König schon heute mit den Parteiführern des Folkethings konferieren.

Norwegen.

Annahme des Frauenwahlrechts.

Kristiania, 11. Juni. Das Storthing hat heute abend einstimmig die Erweiterung des politischen Wahlrechts beschlossen, wonach den Frauen das Wahlrecht in gleichem Umfange verliehen wird wie den Männern. Die Zahl der Wahlberechtigten erhöht sich dadurch um rund 225 000.

Aus der Partei.

Besteuerung eines sozialdemokratischen Wahlvereins.

Am 22. Oktober 1911 ist in Ahlen i. W. ein sozialdemokratischer Verein für den münsterländischen Wahlkreis Beckum-Lüdinghausen-Warendorf gegründet worden. Das Kgl. Stempelsteueramt entdeckte nun, daß der Verein keine Stempelsteuer bezahlt hat und machte daher dem Bürgermeisteramt in Ahlen durch Protokollauszug von der stattgehabten Revision Mitteilung mit der Aufgabe, daß der Vorsitzende des Vereins, Genosse Jordan in Ahlen, aufzufordern ist, den „Nachweis für richtige Versteuerung der Satzungen" zu erbringen oder, falls dies nicht möglich ist, nachträglich die Steuer in Höhe von 5 M. zu zahlen. Das Bürgermeisteramt forderte daraufhin den Genossen Jordan auf, die 5 M. zu zahlen, damit „diesseits" der Stempel entwertet werden könne. Natürlich wird der Genosse Jordan die 5 M. zur „richtigen Versteuerung der Satzungen" nicht zahlen.

Parteiliteratur.

Kommunale Kunstpflege von Hugo Hillig. Als 14. Heft der von Paul Hirsch herausgegebenen kommunalpolitischen Abhandlungen „Sozialdemokratische Gemeindepolitik" behandelt diese Arbeit Fragen von nicht zu unterschätzendem Kulturwerte in klarer, ausführlicher und vorurteilsfreier Weise. Die Reichhaltigkeit des Stoffes geht schon aus dem Inhaltsverzeichnis hervor, das folgende Kapitel aufweist: I. Die Stadt und die Kunst. II. Das Bild der Stadt. III. Das Kunstleben der Stadt. IV. Die Kunstschätze der Stadt. V. Die Kunsterziehung der Stadt. VI. Das Kunstgewerbe der Stadt. VII. Stadt und Land. Anhang: Ausgaben der Städte für Kulturstätten. — Literatur über künstlerischen Städtebau.

Das Heft erscheint wie alle Hefte der „Sozialdemokratischen Gemeindepolitik" im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 1 M. Vereinsausgabe 50 Pf.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Sankt Militarismus.

Etwa im November 1910 ließ Genosse A. Winnig-Hamburg im Vorwärtsverlage seine bekannten Soldatengeschichten „Preußischer Kommiß" erscheinen.

Im März dieses Jahres druckte die Danziger „Volkswacht" den Abschnitt „Zwei Beschwerden" ab und veröffentlichte in Fortsetzungen das ganze Buch. Daraufhin stellte der Kriegsminister gegen den Redakteur Genossen H. Lorenz und den Genossen Winnig Strafantrag wegen Beleidigung sämtlicher Unteroffiziere und Offiziere des preußischen Heeres. Der Strafantrag war in Vertretung von dem Generalleutnant v. Wachs unterzeichnet und trug in besonderer Weise der „Gefährlichkeit" des Tatortes Rechnung.

Gegen Winnig wurde das Verfahren wegen Verjährung eingestellt. Der Redakteur Lorenz mußte sich am 10. Juni vor der Danziger Strafkammer verantworten. Das Gericht lehnte die Ladung Winnigs als Zeugen ab.

Der Staatsanwalt Schneider forderte mit ausdrücklicher Berufung auf den Bestrafungsbefehl des Kriegsministers 3 Monate Gefängnis. Er nannte die Darstellung gemein und gemeingefährlich! Schon die Tatsache, daß das Buch von anderen sozialdemokratischen Zeitungen nachgedruckt wurde, hätte den Angeklagten auf seine beleidigende Tendenz aufmerksam machen müssen.

Rechtsanwalt Rosenbaum wies die Forderung des Kriegsministers nach strenger Ahndung als schweren Eingriff in die Unabhängigkeit der Richter zurück. Er bemängelte die formelle und materielle Gültigkeit des Strafantrages. Der Angeklagte mußte gerade aus der bisherigen Straflosigkeit des Buches die Ueberzeugung schöpfen, daß auch er es anstandslos nachdrucken könne.

Das Gericht verurteilte Lorenz zu 300 Mark Geldstrafe oder 30 Tage Gefängnis. In der Begründung heißt es, die Darstellung verallgemeinere so sehr, daß es gar nicht darauf ankomme, ob der Verfasser ähnliches erlebt habe. Die Tendenz des Artikels sei durchaus verwerflich. Es sollte dadurch den Soldaten und Rekruten, die in das Heer einträten, Widerwille gegen die Vorgesetzten eingeflößt werden. Eine solche Tendenz erforderte eine energische Ahndung. Nur mit Rücksicht darauf, daß das Buch bisher straffrei geblieben, sei auf eine Geldstrafe erkannt.

Letzte Nachrichten.

Die Botschafterkonferenz und die Lage auf dem Balkan.

London, 12. Juni. (W. T. B.) Wie das Reutersche Bureau erfährt, hält man allgemein dafür, daß die Botschaftervereinigung über die in Beratung stehenden Punkte erst dann endgültige Entscheidungen werde treffen können, wenn sich die Lage hinsichtlich der Beziehungen unter den Verbündeten und der Haltung Griechenlands klarer gestaltet hat. Die Botschafter halten es nicht für angängig, in diesem Augenblick die Fassung von Entschlüssen zu forcieren, bei denen nach Aenderung der Umstände der gewünschte Erfolg ausbleiben könnte. Was Epirus, Albanien und die Aegäischen Inseln angeht, so haben die drei letzten Botschaftervereinigungen mehr in einem Austausch der Meinungen, als im Suchen nach einer Lösung bestanden. Eine Aenderung in der Lage ist nicht eingetreten; indessen zeigte sich auch keine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit, bestimmte Tatsachen lassen vielmehr darauf schließen, daß ein Ausgleich zustande kommen wird.

Die französische Wahlreform.

Paris, 12. Juni. (W. T. B.) Der radikale Deputierte Besuard kündigte an, er werde, entsprechend der Geschäftsordnung der Kammer, die Einsetzung des interparlamentarischen Ausschusses beantragen, damit in der Wahlreformfrage eine möglichst rasche Verständigung zwischen Kammer und Senat erzielt werde.

Der Mörder Schewket Paschas.

Konstantinopel, 12. Juni. (W. T. B.) Der Mörder Mahmuds, Topal Tewfik, soll 28 Jahre alt, lahm und von häßlicher, hagerer Gestalt sein und das Aussehen eines Apachen haben. Es wird erzählt, Topal Tewfik habe auf der Flucht nach der Mordtat auf die ihn verfolgenden Wachleute geschossen und sich dann in einem in der Nähe befindlichen Hotel versteckt. Hier wurde er in einem Klosett entdeckt, wo er gleiche Patronen weggeworfen hatte, wie die waren, von denen der Großwesir getroffen wurde. In der Hotelküche und unter der Treppe wurden zwei Revolver und ein Messer gefunden. Topal Tewfik stellte jede Täterschaft in Abrede, wurde aber von einer türkischen Frau als einer derjenigen erkannt, die auf den Großwesir Schüsse abgegeben haben. Auf dem Transport nach dem Gefängnisse des Kriegsgerichts wäre er von der erbitterten Menge beinahe gelyncht worden. Gendarmen und Wachleute nahmen ihn in Schutz. Der in dem wiederaufgefundenen Automobil verhaftete Chauffeurgehilfe hatte eine frische Brandwunde. Er behauptet, daß er sie auf der rasend schnellen Flucht vom Orte des Verbrechens beim Manövrieren mit dem Automobil erlitten habe, als er außerhalb der Mauern Stambuls durch das Tal und die Hügel der süßen Wässer Europas nach Pera hinaufzulenken. Die vier Personen, die sich in dem Automobil befunden hatten, sind bisher nicht eruiert worden. Man glaubt, daß die Urheber des Anschlages nur die Werkzeuge unbekannter Anstifter sind. Man will in dem davonfahrenden Automobil einen ehemaligen Füsilier des früheren Sultans, namens Zia, gesehen haben. Eigentümer des Automobils soll ein gewisser Nazim sein.

Es scheint sicher, daß der verhaftete Attentäter Topal Tewfik und seine Genossen einer gedungenen Mörderbande angehörten. Tewfik habe in einem Kaffeehause am Tatort die Ankunft des Großwesirs den Mördern durch Zeichen avisiert. Die erste Kugel habe ein Bein des Großwesirs, die zweite das Gehirn durchbohrt.

Es verlautet, daß **weitere vier Urheber des Attentates auf den Großwesir verhaftet** worden seien, einer von ihnen heißt **Tscherkeß Abdurrahmann.** Es sollen noch weitere Personen verhaftet worden sein, die Untersuchung wird streng geheim geführt.

Der Nachfolger Mahmud Schewket Paschas.

Konstantinopel, 12. Juni. (W. T. B.) Prinz Said Halim ist endgültig zum Großwesir ernannt worden.

Harte Strafen gegen demonstrierende Soldaten.

Bourges, 12. Juni. Bei der heutigen Kriegsgerichtsverhandlung wurde weiterhin ein Soldat, der in Macon an den Kundgebungen gegen die dreijährige Dienstzeit teilgenommen und einen Zivilisten, der sich für das Gesetz erklärte, mißhandelt hatte, zu **einem Jahr Gefängnis** verurteilt.

Eine Niederlage der Spanier in Marokko.

Tetuan, 12. Juni. (W. T. B.) Die militärischen Operationen wurden gestern früh wieder aufgenommen. Oberst Garcia Moreno besetzte die Brücke bei Busfeja, die zehn Kilometer westlich der Stadt über den Fluß Khmis führt. Die Beduinendörfer Menkai und Amsal wurden mit Geschützen beschossen, Infanterieabteilungen entwickelten sich auf den spanischen Befestigungen bei Dersa. Der Kampf um den Besitz der Brücke war sehr heftig und wurde sehr verlustreich; er dauerte von 1 Uhr mittags bis ½10 Uhr abends. **Die Spanier verloren insgesamt sechs Tote und fünfzehn Verwundete, die Riffschützen hatten sechs Tote und zwanzig Verwundete.** Das Gros der Truppen, die ermüdet waren, zog sich unter dem Schutz der Kavallerie in ihr Lager zurück. Ein Bataillon ist mit der Befestigung der Brücke beschäftigt.

Riffpiraten überfallen ein Kanonenboot.

Paris, 12. Juni. (W. T. B.) Nach einer Blättermeldung aus Madrid wurde das bei Ahucemas gestrandete Kanonenboot „General Concha" von einer großen Anzahl von Riffleuten angefallen. **Der Kapitän des Schiffes und sieben Matrosen wurden** getötet, zwei Offiziere und 20 Mann verwundet. Das Kanonenboot „Laurea" nahm die Verwundeten auf.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 13. Juni 1913.

Anfang 6½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Festvorstellung. Götterdämmerung.

Anfang 7½ Uhr.

Prater. Das Bummelmädchen.

Anfang 7½ Uhr.

Königl. Schauspielhaus. Volksvorstellung. 1812.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Von Meran zum Ortler.
Neues Opern (Kroll). Tannhäuser.
Lessing. Alt-Wien.
Deutsches. Der lebende Leichnam.
Kammerspiele. Die Einnahme von Berg-op-Zoom.
Berliner. Filmzauber.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Schiller O. Moral.
Schiller - Charlottenburg. Zwei Wappen.
Montis Operetten. Der lachende Ehemann.
Deutsches Schauspielhaus. Der Dieb.
Kleines. Professor Bernhardi.
Deutsches Opernhaus. Der Mikado.
Komödienhaus. Hochherrschaftliche Wohnungen.
Thalia. Puppchen.
Metropol. Die Kino-Königin.

Anfang 8¼ Uhr.

Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Das Farmermädchen.
Lustspielhaus. Der lustige Kakadu.
Rose. Der Traum ein Leben.
Luisen. Die Allwördens.
Folies Caprice. Ein Pechvogel. Die Krampfsache.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. König Krause.
Theater am Nollendorfplatz. Der Mann mit der grünen Maske.

Anfang 9 Uhr.

Admiralspalast. Eisballett: Flirt in St. Moritz.

Sternwarte, Invalidenstr. 57—62.

Berliner Theater.
8 Uhr: **Filmzauber.**

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr:
Die fünf Frankfurter.

Theater am Nollendorfplatz
Allabendlich 8½ Uhr:
Der Mann mit der grünen Maske.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Moral.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Moral.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Prinz Friedrich von Homburg.
Ein Verkauf von Karten zu dieser Sonntagsvorstellung findet **nicht** statt.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zwei Wappen.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Freiwild.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Zopf und Schwert.
Ein Verkauf von Karten zu dieser Sonntagsvorstellung findet **nicht** statt.

Kroll-Oper
8 Uhr:
Tannhäuser.
Sonnabend: Tristan und Isolde.
Sonntag: Der Trompeter von Säkingen. Montag: Tannhäuser.

Montis Operetten-Theater
(fr. **Neues Theater**). Amt Norden 1141.
Sommerpreise. **Gastsp. Jul. Spielmann.**
8 Uhr: **Der lachende Ehemann.**

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8¼ Uhr.
Der Traum ein Leben.
Auf der Gartenbühne:
Achtung! Es geht los!
Große Posse. Anfang 4½ Uhr.

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten von Jul. Freund und G. Okonkowski.
Musik von **Jean Gilbert.**
In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schultz.

Passage-Panoptikum
Die **3** Schwestern Liliput
die kleinst. Schwest. der Welt.
Der weltberühmte amerikanische
Negerboxer
Andrea Johnson
bei seinem Training.
Aga, **die schwebende Jungfrau!**
Alles lebend!
Alles ohne Extra-Entree!

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: **Der Dieb.**

Volksgarten-Theater.
Badstr. 8. Bellermannstr. 20/25.
Täglich: Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Heute: **In lauschiger Nacht.**
Originalposse in 2 Akt. v. W. Gehricke.
Dazu das Riesen-Spezialitäten-Progr., u. a. **The Original 4 Darnetts.**

Brauerei Friedrichshain.
Heute Freitag, 13. Juni, abds. 8½ Uhr:
Volks-Sinfonie-Konzert
des **Blüthner-Orchesters**
Dirigent: **Guido v. Fuchs.**
Solist: **Alfred Ernst** (Harfe).
Aus dem Programm: Haydn: Sinf. G-dur Nr. 13. Parish-Alvars: Serenade. Hasselmann: Mazurka B-moll für Harfe solo.
Karten à **30 Pf.** bei A. Wertheim, Leipziger Straße; P. Horsch, Engelufer 15; allen Verkaufsstellen der Neuen freien Volksbühne; den Konsumgeschäften d. Konsumgenossenschaft Berlin u. Umgegend; Verb. für Theatervergünstig., Linkstr. 42; Orchesterbureau, Lützowstr. 76u. Abendkasse

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
„Stucke's Pfingstfahrt"
Berliner Burleske von **Meysel.**
Anfang **8** Uhr.

ZOO
LOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark,
von 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte

Admiralspalast — Eis-Arena
Angenehm kühler Aufenthalt.
Allabendlich
das gr. erfolgreiche Eisballett
Flirt in St. Moritz.
Bis 6 Uhr und von 10½ Uhr **halbe** Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.
Wein- und Bier-Abteilung.

Voigt-Theater
Badstraße 58.
Freitag, den 13. Juni 1913:
Nur noch wenige Male:
Auf nach Amerika!
Auftreten von Spezialitäten allerersten Ranges.
Kassenöffnung 2 Uhr. Anfang 4½ Uhr.

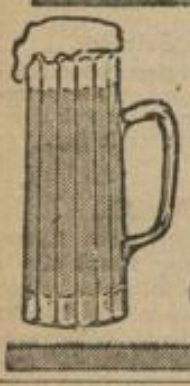
Neue Welt
A. Scholz. Hasenheide 108-114
Täglich
Großes Konzert und Vorstellung.
Anf. **5** Uhr. Entree **25** Pf.

Hausarzt-Verein Norden.
Sonnabend, den 14. Juni, im **Voigt-Theater,** Badstraße Nr. 58:
Großes Sommerfest
bestehend in
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf. Kinder frei.
Im Saale **Tanz.** Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Jedes Kind erhält an der Kasse einen Bon für eine Stocklaterne und drei Rutschbahnfahrten gratis.
Mitgliederaufnahmen für den Verein werden vollzogen bei Hermann Münchow, Lüderitzstr. 3 Q. III, Theodor Getzner, Pankow, Nordbahnstr. 3, Paul Berger, Naugarder Straße 44 vorn IV, Otto Wölke, Brunnenstr. 84 S. I. 286/10

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor. Gek.: **Ernst Liebing.**
Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:
Kaffee-Frei-Vorstellung
der **Norddeutschen** und **Apollo-Sänger**
bei freiem Entree. Freitags: **Frei-Konzert.**

Putze mit Henkel's Bleich-Soda.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2. 5—7. Sonntags 10—12.

Engelhardt

Special hell
Ein Qualitätsbräu

Ziehung bereits 18. Juni 1913.
Lose nur **50** Pfg.
11 Lose aus verschied. Tous. **5** M.
Porto und Liste 30 Pfg. extra
empfiehlt u. versendet
General-Debit
Gust. Pfordte
Essen-Ruhr
Westfälische Automobil- u. Pferde-**Lotterie**
4563 Gewinne im Werte von Mk.
50000
1. Hauptgewinn: 1 Automobil im Mk.
10000
2. Hauptgewinn: 1 Zweispänner im Mk.
5000 u. s. w.
und alle durch Plakate kenntl. Verkaufsstellen.

Rheingold-Sänger, Quartett. Alwin Rhein, Neukölln, Hobrechtstraße 8.

Jeischeck-Ensemble, Schlager auf Schlager! Bornholmerstraße 9a.

Blendol
putzt einzig in seiner Art, so dass man Zeit u. Mühe spart!

In Glas u. Blechflaschen überall erhältlich. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Oeffentliche politische Versammlungen.

Achtung!
Alle in der Schiffahrt tätigen Personen!
Sonntag, den 15. Juni 1913, nachmittags 4 Uhr,
in Kellers Neuer Philharmonie, Berlin, Köpenicker Str. 96/97,
Ecke Neue Jakobstraße:
Große öffentliche Schiffer-Versammlung.
Tagesordnung:
Kapitalismus oder Sozialismus. Referent: Reichstagsabgeordneter **O. Büchner.** Diskussion. 196/16
Der Einberufer: R. Herbst, Berlin, Lettestraße 7.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.

Wegen des Umzuges ist das Bureau Engel-Ufer 14 am **19. Juni geschlossen.**

Vom **20. Juni ab** befindet sich das **Bureau** und der **Arbeitsnachweis des Verbandes** im

Gebäude des Holzarbeiter-Verbandes, Rungestraße 30, parterre und 1 Treppe.

Die **arbeitslosen Kollegen,** die am Donnerstag, d. 19. Juni, **Unterstützung** zu bekommen hätten, erhalten dieselbe am **Freitag, d. 20. Juni.**

Möbeltischler, Bez. Neukölln.
Montag, d. 16. Juni, abends 5½ Uhr, bei **Kutzner,** Weichselstraße 8:
Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Pappe** vom Hauptvorstand über: **„Gewerkschaftliche Zeit- und Streitfragen."**
2. Bericht von der letzten Generalversammlung.

Modell- und Fabriktischler.
Montag, den 16. Juni, pünktlich 8 Uhr:
Branchen-Versammlung
im **„Rosenthaler Hof",** Rosenthaler Straße 11—12.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Franz Kißner: „Die Presse als Kampfmittel".**
2. Bericht von der letzten Generalversammlung.
3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

84/12 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstr. 83-85.
Verwaltung: Telephon: Amt Norden 1987. **Kassierer:** Amt Norden 185. **Arbeitsnachweis:** Amt Norden 1239, 9714

Sonntag, den 15. Juni 1913, vormittags 10 Uhr:
Branchenversammlung aller Wickelei- und Isolationsarbeiter u. -arbeiterinnen
im **Voigt-Theater,** Badstraße 58.
Fortsetzung der Tagesordnung vom 1. Juni.
In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller dringend notwendig.

Montag, den 16. Juni 1913:
Bezirks-Versammlungen
für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin
in folgenden Lokalen:

Norden: **Pharussäle, Müllerstr. 142,** abends 8½ Uhr.
Norden: **Obiglos Festsäle, Schwedter Straße 23,** abends 8½ Uhr.
Norden: **Frankes Festsäle, Badstr. 19,** abends 8½ Uhr. **Die Volksfürsorge.** Referent: Kollege **Rudolf Wissell.**
Tegel: Restaurant **Müller, Berliner Str. 84,** abends **6** Uhr.
Westen und Schöneberg: **Vereinshaus, Schöneberg, Hauptstr. 5,** abends 8½ Uhr.
Osten: **Comeniussäle, Memeler Straße 67,** abends 8½ Uhr. **Vortrag.**
Lichtenberg: **Restaurant J. Ertelt, Pfarrstraße 74,** abends 8½ Uhr.
Stralau-Rummelsburg: **Blumes Restaurant, Alt-Borhagen 56,** abends 8½ Uhr.
Weißensee: **Peukerts Festsäle, Berliner Allee 251,** abends 5½ Uhr.
Südenbezirke: **Gewerkschaftshaus,** Engelufer 15, Saal 4, abends 8½ Uhr. **Vortrag des Reichstagsabgeordneten Davidsohn über: „Deutscher Humor".**
Neukölln: **Bartschs Festsäle, Hermannstr. 48/49,** abends 8½ Uhr. **Vortrag des Kollegen Barth über: „Ein Blick in die Reichsversicherungsordnung".**
Steglitz: Restaurant **Schellhase, Ahornstr. 15,** abends 8½ Uhr.
Köpenick u. Friedrichshagen: **„Zum goldenen Hirsch", Köpenick, Friedrichshagener Straße 1,** abends 8½ Uhr. **Vortrag des Genossen Dr. Moses über: „Der Geburtenrückgang im Deutschen Reiche".** Die Kollegen werden ersucht, auch die Frauen zu dieser Versammlung mitzubringen.
Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannisthal u. Umg.: **Prochowski,** Rathausstr. 13 (gegenüber der Post), abends 8½ Uhr. **Vortrag.**
Spandau: **Mardetzki, Bismarckstr. 8,** abends 8½ Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
Bericht von der Generalversammlung.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Die Vertrauensmänner-Konferenz der Schleifer und Galvaniseure findet diesen Monat nicht statt.

119/17 **Die Ortsverwaltung.**

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

160. Sitzung. Donnerstag, den 12. Juni 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Heeringen, Delbrück.

Die

zweite Beratung der Wehrvorlage

wird fortgesetzt.

Kriegsminister v. Heeringen: Die Behauptung im Prospekt der Atlaswerke, sie hätten bereits Bestellungen von Kriegsmaterial zugesichert erhalten, kann nicht auf irgendeiner Zusicherung seitens der Militärverwaltung beruhen; weder vom Kriegsministerium noch von irgendeinem anderen Organ der Heeresverwaltung sind Zusicherungen dieser Art gegeben. — Die Vorwürfe des Abg. Noske, daß die Intendantur in Südwestafrika völlig versagt habe, sind unberechtigt. Die heimische Intendantur hat damit nichts zu tun; in Südwestafrika stand die Intendantur vor ganz besonders schwierigen Verhältnissen, sie hat aber durchaus gut funktioniert. — Das sehr bedauerliche Vorkommnis auf dem Truppenübungsplatz Arys und der Tod von 5 Soldaten zufolge von Marschanstrengungen ist von dem Abg. Noske zur Sprache gekommen. Gepäckerleichterungen waren den Marschkolonnen anheim gestellt. Wegen der Anstrengungen am vorigen Tage waren die Truppen erst um 1/2 6 Uhr morgens ausgerückt. Sie mußten durch einen Waldstreifen von 900 Meter. Jeder, der Märsche durch Wald auf ostpreußischem Sandboden kennt, weiß, was das bei großer Hitze bedeutet. Als die Brigade aus dem Wald heraus war, wurde die Uebung abgebrochen, Kolonnen zum Wasserholen wurden ausgesandt, Kaffee wurde herangebracht, das Gelände wurde abgesucht, um den zusammengebrochenen Leuten zu helfen. Die Erkrankten — es handelte sich um leicht Erkrankte — wurden zu Wagen nach Arys gebracht. Bei dem Rückmarsch wurden reichliche Marschpausen eingehalten. Erst im Quartier traten Ohnmachtsanfälle ein, fünf dieser Leute starben — sie waren während der Uebung gar nicht krank gewesen. Gerade die ehrgeizigsten Soldaten, die bravsten, marschieren so lange, sie können, wenn aber ihr Herz versagt, erkranken sie gleich so schwer, daß ihnen kaum noch zu helfen ist. Die ärztliche Hilfe reichte aus, niemand trifft ein Verschulden. Schuld ist der Waldstreifen und die Gewitterschwüle mittags, die Temperatursteigerung von 17 auf 30 Grad. Die Marschleistung war nur 26 Kilometer, also nicht zu viel. Wir alle beklagen den Tod dieser braven Soldaten für das Vaterland. (Bravo! rechts.)

Dem Abg. Müller erwidere ich, daß der österreichische Oberst Redl irgendwelche Geheimnisse der deutschen Heeresverwaltung nicht verraten konnte, weil er gar keine in die Finger bekam. Die Vorwürfe, daß ich mich zu sehr auf die Kommandogewalt des Kaisers berief, weise ich mit Hinsicht auf die dem Kaiser verfassungsmäßig gesicherten Rechte zurück. Gerade die direkten Beziehungen des Offizierkorps zum König und Kaiser erhalten dessen richtigen Geist und sichern das Fortbestehen der Armee als festes Instrument zur Erhaltung der Sicherheit des Vaterlandes in der Hand des allerhöchsten Kriegsherrn. (Bravo! rechts.) — Vom Militärkabinett empfange ich keine Befehle, sondern nur vom König von Preußen. Eine systematische Bevorzugung adliger Offiziere für angenehme Garnisonen findet nicht statt. Der Kriegsminister fordert nun die drei gestrichenen Reiterregimenter, da Rußland uns an Reiterei überlegen sei und der Grenzschutz diese Truppenkörper dringend erfordere. Die Kavallerie wird immer ihre große Rolle behalten, die von der Witterung abhängigen Luftschiffe können sie niemals ersetzen. Höfische Rücksichten leiten uns nicht; beim Ueberwiegen politischer Rücksichten kommen militärische Notwendigkeiten oft zu kurz. Abg. Noske irrt, wenn er sagt, ich hätte mich mit drei neuen Kavallerieregimentern begnügt, im Gegenteil, ich habe dringend gebeten, uns mindestens diese sechs Regimenter zu bewilligen; ich wiederhole diese Bitte hier. Natürlich, die weiteren drei Regimenter, die die Konservativen beantragen, wären uns recht. Aber bewilligen Sie wenigstens das Minimum, das wir fordern. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Herzog (wirtsch. Vg.): Erfreulicherweise hat sich gezeigt, daß alle bürgerlichen Parteien der Wehrvorlage zustimmen. Auf dem Heere beruht Deutschlands Zukunft, und wir begrüßen es, daß die Ableistung der Dienstpflicht auf weitere Kreise wehrfähiger junger Leute ausgedehnt wird. Bedauerlich ist, daß die Kommission drei Kavallerieregimenter gestrichen hat; hoffentlich tritt das Plenum diesem Beschlusse nicht bei. Das Maß des Notwendigen muß die Heeresverwaltung bestimmen.

Abg. Ledebour (Soz.):

Ich habe zunächst meinem Befremden darüber Ausdruck zu geben, in welch eigenartiger Weise der Reichskanzler und seine Gehilfen diese Vorlage vertreten, die nach der eigenen Behauptung des Reichskanzlers für das Wohl und Wehe des Reiches unbedingt erforderlich ist, von der Deutschlands Zukunft abhängt usw. Wir haben im Laufe der Plenar- und der Kommissionsverhandlungen von dem Reichskanzler Ausführungen gehört, die man etwa in den Raum einer halben Stunde hineinpressen könnte, und der geistige Inhalt dieser kanzlerischen Ausführungen entsprach etwa der eben gehörten Rede des Herrn Herzog, sie enthielt durchaus kanzlerischen Geist, das war das Niveau staatsmännischer Darlegungen, mit dem der erste Beamte des Reichs diese nach seiner Behauptung so notwendige Vorlage vertreten hat. Der Kriegsminister ist ja in der Kommission etwas ausführlicher gewesen, im Plenum hat auch er sich einer Kürze befleißigt, die den Gedanken aufkommen ließ, daß er sich sagte: ich will nur ja nicht zu viel reden, ich lege mich sonst doch nur hinein. (Heiterkeit.) Bei diesem

Mangel an geistiger Anstrengung,

die der Reichskanzler sich zugemutet hat, war um so erstaunlicher der Ton, den er gestern anzuschlagen beliebte. Gründe für die Vorlage hat er nicht vorgebracht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Am ersten Tage war er überhaupt nicht anwesend, wahrscheinlich weil er wußte, es spricht zuerst ein Sozialdemokrat. Auch jetzt ist er nicht anwesend, wohl aus demselben Grunde. Ich verarge ihm die Abneigung gegen uns nicht, ich verstehe sie durchaus. Was ich aber nicht verstehe, ist, daß der leitende Beamte eines angeblich konstitutionellen Staates sich der Pflicht, die Forderungen und Bestrebungen seiner Regierung gerade der Opposition gegenüber mit durchschlagenden Argumenten zu vertreten, nicht bewußt ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Kaempf rügt es als unzulässig, dem Reichskanzler vorzuwerfen, er sei sich seiner Pflicht nicht bewußt.

Abg. Ledebour (fortfahrend):

Auf mich macht es diesen Eindruck: wenn der Herr Präsident einen anderen hat, ist er eben optimistischer. Also in auffälligem Gegensatz zu dem Mangel an geistiger Anstrengung sieht der Ton, den der am zweiten Tage der Beratung plötzlich auftauchende Reichskanzler anzuschlagen beliebte, und zwar nicht etwa gegen die ausgesprochene Opposition seiner Vorlage, sondern gegen deren Freunde. Wie soll man sich das erklären. Ohne Gründe anzugeben, hat der Reichskanzler die bewilligungsfreudige Mehrheit ganz allgemein vor den Kopf gestoßen, was bezweckt er damit? Sein unmittelbarer Vorredner, Herr Müller-Meiningen, war darauf nicht gefaßt gewesen, denn in geradezu flehentlichen Worten hat er den Reichskanzler gebeten, das entgegenzunehmen, was bewilligt wird, dann aber diese bittere Pille dem Volke doch wenigstens dadurch zu versüßen, daß er den 24 Resolutionen der bürgerlichen Parteien ein wohlgeneigtes Ohr leihe. — Herr Müller glaubte mir einen Vorwurf daraus machen zu können, daß ich in der Kommission diese Methode, Resolutionen bei Gelegenheit großer Forderungen bei der Regierung einzubringen, wo man an die Bewilligung der Forderungen selbst Forderungen knüpfen kann, daß ich diese Methode als eine der lauen Limonaden bezeichnet habe. Der Reichskanzler hat mir ja durchaus recht gegeben durch die Art, wie er Herrn Müller abfertigte. Als Herr Müller ihm mit seinem Glase lauer Limonade zuprostete (Heiterkeit), hat der Reichskanzler ihm das Glas aus der Hand geschlagen, daß die Limonade ihm um die Ohren spritzte. (Große Heiterkeit.) Das war doch der Sinn der Ausführungen. Er hat ihn angefaucht.

„Wir sprechen von der Armee, meine oberste Pflicht gegenüber der Armee ist dafür zu sorgen, daß sie in der Treue zum Kaiser und in der festen Disziplin und in einer unbeugsamen Organisation, die durch nichts Fremdes durchbrochen wird, aufrecht erhalten werde“. Meine Herren von der freisinnigen Partei, ich frage Sie, was Sie denn dabei für Empfindungen gehabt haben? Ist dadurch Ihr Bewilligungseifer gestärkt worden? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Natürlich!) Haben Sie sich nicht gesagt, es ist doch unerhört, wie der Mann uns behandelt? (Zurufe bei der Volkspartei: Nein!) Nicht. (Große Heiterkeit.) Dann muß ich gestehen, dann hat der Kanzler Sie tiefer eingeschätzt als ich, dann muß er wirklich geglaubt haben, daß wenn er Sie an die Wand drückt, daß Sie quietschen, Sie

dauernd in einen molluskenartigen Zustand geraten.

(Große Heiterkeit.) Es ist noch in keinem Parlament in der Welt dagewesen, daß ein Minister, der für so unerwartete riesige Forderungen eine große Majorität gefunden hat, die sich nur noch über nebensächliche Einzelheiten streitet und darüber, auf welche Weise die Gelder aufgebracht werden sollen, dieser bewilligungsfrohen Majorität derart ins Gesicht schlägt. Und da man auch bei dem Reichskanzler für das, was er tut, nach Gründen suchen muß, so frage ich, was will denn der Mann damit erreichen? Mir erscheint die einzige Möglichkeit, daß sich der Reichskanzler nicht bloß sagt, wir wollen die Vorlage, wir wollen sie in der Form haben, wie sie uns am besten paßt, sondern daß er sich sagt, wir wollen sie auch von einem neuen Reichstag haben, und wir wollen den jetzigen Reichstag so brüskieren, das Zentrum sowohl wie die Freisinnigen, daß es ihnen unmöglich wird, uns weitere Konzessionen zu machen, damit wir irgendeinen

Vorwand zur Reichstagsauflösung

haben. Das ist die einzig denkbare, vernünftige Erklärung für das Verfahren des Reichskanzlers. Wollte der Reichskanzler bei den maßgebenden Parteien Stimmung erzeugen für die folgenden Abstimmungen, so wäre sein Verfahren unmöglich. Er will eben entweder bei der Deckungsfrage oder bei den Kavallerieregimentern die Auflösung haben. Das ging ja aus dem ganzen Tenor seiner Rede hervor. Niemals wird klar gesagt, welche Forderungen für ihn eigentlich das Entscheidende sind, es wird nur gesagt, wir fordern da etwas, wir gehen bis zu Ende, wir ziehen alle Konsequenzen.

Ich verstehe vollkommen, daß der Reichskanzler einen Reichstag zu haben wünscht, der Bethmännischer gesinnt ist, als der jetzige, und die Konservativen stimmen da jedenfalls mit ihm überein. Von unserem Standpunkt aus möchte ich erklären, daß wir einer solchen Auflösung im Reichstage mit Freude entgegensehen. (Lachen rechts und im Zentrum. Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie (nach rechts und zum Zentrum) denken nur immer an Ihre Mandate. Uns ist ein Reichstagswahlkampf das beste Mittel, um unsere Ideen tiefer ins Volk zu bringen. Mag sie kommen, aus welchem Anlaß immer, uns hat noch keine Reichstagsauflösung in der Beziehung einen Nachteil gebracht. (Zuruf rechts: 1907!) Auch die Auflösung 1907 brachte uns einen Zuwachs von einer viertel Million Stimmen. Wie würden Sie sich alle zehn Finger lecken, wenn Sie das zuwege brächten. (Große Heiterkeit.) Wenn eine solche Auflösung uns in der Zahl der Mandate auch nicht immer das gibt, was wir nach der Zahl der Stimmen haben müßten, für die Zukunft arbeitet eine solche Reichstagsauflösung immer uns vor. Von diesem größeren weiten Gesichtspunkte aus sind wir Sozialdemokraten bereit, alle zwei Jahre den Reichstag auflösen zu lassen. (Widerspruch rechts.) Nicht mit unserer Zustimmung ist die Legislaturperiode von 3 auf 5 Jahre verlängert worden, das geschah von denen, die Angst haben vor einem Wahlkampf. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Wenn es nach Ihnen ginge, würden Sie die Legislaturperiode auf 7 Jahre verlängern. Uns kann eine Wahlbewegung nicht oft genug kommen, und sie müßte kommen bei einem so bedeutenden Anlaß. Bei der letzten Wahlbewegung hütete die Regierung sich sehr wohl, mit solchen Plänen herauszukommen. Wenn eine solche kolossale Schröpfung des Volkes kommen soll, muß man das Volk fragen, und da wir die Einrichtung des Plebiszits nicht haben, ist die einzige Möglichkeit der

Appell an das Urteil des Volkes

durch die Wahl. Deshalb wäre es geboten, daß über diese Frage allgemeine Neuwahlen stattfinden. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dann muß die Regierung freilich mit besseren Gründen herauskommen als bisher.

Abg. Müller-Meiningen hat es gestern für zweckmäßig gehalten, unsere Partei wegen ihres Verhaltens in der Kommission zu loben, und zwar in einer Art und Weise, die uns schrecklich diskreditieren müßte, wenn seine Worte einen nachhaltigen, der Wahrheit entsprechenden Sinn hätten. Er sagte gegenüber meinem Parteifreund Noske — ich zitiere nach dem „Vorwärts“, denn der Bericht des „Berliner Tageblatts“ enthält die Stelle nicht, die Herren haben sich wohl selbst dieser Ausführungen geschämt. (Abg. Müller-Meiningen: Wir haben auf das „Tageblatt“ keinen Einfluß!) Worauf haben Sie denn überhaupt noch Einfluß? (Stürmische Heiterkeit.) Herr Müller hat erklärt, die Haltung der Sozialdemokraten in der Budgetkommission wäre eine ganz andere gewesen, als hier im Plenum; wir wären dort so milde, so bürgerlich gemäßigt gewesen, und hätten teilweise ganz verständige Reden gehalten. Daß wir verständige Reden gehalten, bestreiten wir nicht, das tun wir immer. (Große Heiterkeit.) „Bürgerlich gemäßigt“ aber waren wir nicht. Im Anschluß an meinen Parteigenossen Noske will ich auch meinerseits, ich glaube, im Namen sämtlicher Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion, erklären, daß wir durchaus zu den Ausführungen stehen, die unsere Vertreter in der Budgetkommission gemacht haben und die durchaus im Einklang standen mit unserem Auftreten hier in der öffentlichen Plenarsitzung und mit den Fraktionsbeschlüssen. (Allgemeine Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Aeußerungen, auf die Dr. Müller-Meiningen anspielte, sind durchaus kein Beweis dagegen, weil die betreffenden Aeußerungen in sogenannten vertraulichen Sitzungen getan wurden. Wir Sozialdemokraten stehen allen vertraulichen Kommissionssitzungen und Parteibesprechungen mit dem größten Mißtrauen gegenüber und würden sie, wenn wir sie hindern könnten, überhaupt nicht zulassen. In diesen vertraulichen Sitzungen wird meistens doch nur mitgeteilt, was jedermann ohnehin schon weiß. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nun fordere ich Herrn Dr. Müller-Meiningen auf, wenn er dazu imstande ist, außerhalb derjenigen Ausführungen zu vertraulichen Mitteilungen Aeußerungen irgend eines meiner Parteigenossen vorzubringen, die seine Behauptungen beweisen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Er ist den Beweis für seine Behauptungen schuldig, die wir als

blauer Dunst ohne Grundlage

nicht widerlegen können. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn er aber zu einer Beweisführung nicht imstande ist, dann fordere ich ihn weiter auf, hier um Entschuldigung zu bitten (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Lachen bei den bürgerlichen Parteien), dafür, daß er in derartig ungehöriger Weise Vorgänge aus vertraulichen Sitzungen besprochen (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Und auf den Kopf gestellt hat!), um das Ansehen einer anderen Partei zu schädigen! Der Zweck solcher vertraulichen Sitzungen ist, einmal der Regierung Gelegenheit zur Erstattung von Mitteilungen, die sie sonst nicht machen will, zu geben, dann aber auch den Abgeordneten zu ermöglichen, durch ein inquisitorisches Verfahren aus den Regierungsvertretern Aufklärung über bestimmte Dinge herauszubekommen, die sonst nicht zu erlangen ist. Danach richtet sich natürlich das Verhalten der Abgeordneten. Ich habe mich selbst einmal sehr bemühen müssen — ich glaube, sechsmal mußte ich ansetzen (Große Heiterkeit) —, um aus Herrn v. Tirpitz herauszubringen, daß das von dem englischen Marineminister Churchill angeregte Verhältnis von 10 : 16 auch von ihm akzeptiert werden würde. Und der Staatssekretär v. Jagow mußte in der Budgetkommission noch ganz anders behandelt werden. Wenn man von ihm etwas wissen wollte, so mußte man so operieren, als ob man mit einem alten Korkzieher einen fest eingetriebenen Kork aus einem Flaschenhals herausziehen müßte. (Stürmische Heiterkeit. — Präsident Kaempf greift nach der Glocke, was die Heiterkeit noch erhöht und erklärt dann diesen Vergleich als parlamentarisch nicht zulässig. — Schallende Heiterkeit.)

Der Kollege Gothein wird das bestätigen können, er hat auch mitgearbeitet, als ich den Pfropfenzieher ansetzte. (Erneute Heiterkeit. — Präsident Kaempf bittet, diesen ungehörigen Vergleich nicht auch noch zu wiederholen. Heiterer Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ich habe doch den Herrn Staatssekretär gar nicht mit dem Kork, sondern mit dem Flaschenhals verglichen! (Erneute allgemeine Heiterkeit.) Bei diesen Operationen nun kommt es natürlich vor, daß auch wir einmal Ausführungen machen, die auch ein Abgeordneter einer anderen Partei hätte ebensogut machen können. Es kann also sehr wohl eine Sitzung hingehen, in der auch Sozialdemokraten sprechen, ohne daß sie hierbei gerade speziell sozialdemokratische oder revolutionäre Reden gehalten haben. Aber daraus ist uns doch kein Vorwurf zu machen. Ich habe z. B. einmal mit Genugtuung festgestellt, daß der Reichskanzler über das Verhältnis zu England Ausführungen machte, die der Politik entsprachen, die wir schon vor Jahren gefordert hatten. Da erklärte irgendein Abgeordneter, ich fiele ganz aus der sozialdemokratischen Auffassung heraus! (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich wünsche nur, daß die Regierung und die anderen Parteien uns recht häufig Gelegenheit gäben, unsere Freude über von ihnen geäußerte gute und vernünftige Ansichten auszusprechen. Niemand bedauert mehr wie wir, daß wir dazu so selten in der Lage sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn der Reichskanzler darauf hinarbeitet, eine Auflösung des Reichstages zu erzielen, dann ist eine recht gründliche Erörterung dieser Fragen umso notwendiger, denn danach, was hier gesprochen wird, muß bei den eventuellen Neuwahlen die Haltung der Parteien und der Regierung zu den Wehr- und Steuervorlagen festgestellt werden. Wenn der Reichskanzler deshalb aus Gründen, die ja in seiner Person liegen, sich nicht fähig gezeigt hat, seine Politik mit ausreichenden Gründen hier zu vertreten, so ist es um so mehr nötig, darauf einzugehen, wie die Regierung ihre Vorlage begründet und sich dabei in vollkommen unzulänglicher Weise unterrichtet gezeigt hat über die weltpolitischen Verhältnisse, auf denen sie ihre Vorlage aufgebaut hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Regierung verweist darauf, daß die Verschiebung der europäischen Machtverhältnisse durch die Ereignisse auf dem Balkan einen so starken Schutz der deutschen Grenzen notwendig machen, wie er unserer Volkskraft entspricht. Das soll sich offenbar auf die von dem Reichskanzler mit so wenig Erfolg seinerzeit behauptete slawische Gefahr beziehen; es sollen sich slawische Balkanreiche herausgebildet haben, die bei einem eventuellen europäischen Kriege gegen Deutschland seinen Bundesgenossen angreifen könnten — eine Macht, mit der bisher nicht zu rechnen war. Wir internationalen Sozialdemokraten haben auf unseren internationalen Kongressen die

Schaffung eines wirtschaftlichen Balkanbundes

aufs wärmste befürwortet, und wenn es nach uns ginge, dann sollten sich auch Albanien, Rumänien usw. mit den übrigen Balkanstaaten zu einem Zollverein oder dergleichen zusammenschließen und gemeinsame Einrichtungen in weitestem Maße ausgestalten. Wir sind fest überzeugt, daß ein solcher Bund gar keine aggressive Tendenz, insbesondere nicht gegen Oesterreich und Deutschland, entwickeln könnte, weil für eine aggressive auswärtige Politik die Interessen dieser sechs Balkanstaaten viel zu sehr gegeneinander arbeiten, nur die rassentheoretischen Phrasen der alldeutschen Phantasiepolitik konnten den Reichskanzler verleiten anzunehmen, daß der Balkanbund eine slawische Großmacht sei. Das ist schon deshalb unmöglich, weil noch nicht die Hälfte der Völker der Balkanstaaten Slawen sind. Es ist überhaupt nur eine Ausgeburt der seit Jahren in Deutschland durch die alldeutsche Rassentheorie angerichteten Begriffsverwirrung, als ob Völker von gemeinsamer Abstammung und gemeinsamer Sprache sich notwendigerweise gegen andere Völker und Staaten zusammenschließen müßten. Wer könnte den gewaltigen historischen Gegensatz zwischen den slawischen Russen und Polen übersehen, und die jetzige Kriegsgefahr wegen Mazedonien wird doch sogar dem Herrn Reichskanzler begreifen lassen, daß zwischen Serben und Bulgaren trotz der nahen Verwandtschaft tiefgehende politische Gegensätze bestehen, wenn es natürlich auch nur die eroberungssüchtige Bourgeoisie ist, die wegen Mazedonien einen neuen Krieg anführen wollte.

So erkennen wir den ganzen

Widersinn der Begründung

der deutschen Heeresvorlage. Die geschichtlichen Ereignisse haben diese Ereignisse in Fetzen zerrissen und deshalb hat der Reichskanzler, als er neulich hier sprach, sorgfältig vermieden, auf diese Fragen wieder einzugehen. Er hätte sich ja sonst selbst seinen Hals abschneiden müssen, natürlich meine ich das nur moralisch (Heiterkeit), also seinen politischen Hals hätte er sich abschneiden müssen. (Große Heiterkeit.) Leute, die sich auf dem Gebiete der auswärtigen Politik so unfähig erwiesen haben wie Herr v. Bethmann Hollweg, bleiben dennoch an der Spitze der Regierung — wenn sie nur im Sinne der Agrarier regieren! (Sehr wahr! links.)

Der Reichskanzler selber hat nicht weiter versucht, diese unglückliche Entgleisung wieder gut zu machen, aber da ist ihm als Helfer Herr Erzberger beigesprungen. Da sich die Sache mit dem Balkangespenst absolut nicht mehr begründen ließ, führt Herr Erzberger das französische Schreckgespenst vor und nimmt Bezug auf alle möglichen chauvinistischen Strömungen in Frankreich, die uns natürlich wohlbekannt sind und die unsere Freunde dort in der energischsten Weise bekämpfen. Daß die französische Militärverwaltung ihre Rüstungen gern vergrößert hätte, das ist doch kein Wunder, das ist ihr Geschäft, und jede Militärverwaltung lauert nur auf die günstige Gelegenheit, Rüstungsverstärkungen durchsetzen zu können. Wer nur Herrn Erzberger gehört hat, und die Geschichte der letzten Jahre nicht kennt, der müßte glauben,

die Franzosen wären das Karnickel gewesen, das angefangen hat. (Abg. Erzberger: Jawohl!) Das glauben Sie jetzt noch? (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Herr Erzberger hat sich auf zwei Autoritäten berufen, mit denen ich ihn jetzt selbst totschlagen kann (Heiterkeit), ich meine natürlich seine Argumente. (Heiterkeit.) Er hat sich berufen darauf, daß mein Parteigenosse Wendel in der „Neuen Zeit" von einer allgemeinen Kriegsgefahr gesprochen hat. Gewiß, diese Gefahr hat lange bestanden, aber das ist doch kein Beweis dafür, daß man das Heer verstärken müsse! Weiter hat Herr Erzberger einen Artikel unseres französischen Parteigenossen, des Deputierten Albert Thomas, zitiert. Ich zitiere daraus nur zwei Stellen. (Abg. Erzberger: Warum nicht mehr?) Weil das ausreicht. (Große Heiterkeit.) Thomas führte zunächst den Nachweis, wie schon in früherer Zeit der Chauvinismus in Frankreich bestanden hat, wie er aber jetzt wieder ins Leben gerufen wurde und dann zeigt er, wie die französische Regierung die Möglichkeit und den Mut zu ihrer Militärvorlage gefunden hat. Er spricht zunächst von der Wirkung des Ereignisses von Agadir auf Frankreich und sagt: „Es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, daß Herr v. Kiderlen-Wächter durch seine Geste die große Erneuerung des französischen Chauvinismus verursacht hat. Es wäre nur gerecht, wenn Herr Déroulède ihm auf der Place de la Concorde ein Denkmal setzen und ihm zu Ehren alljährlich eine Feier veranstalten würde. Er, Kiderlen, ist zum größten Teil verantwortlich für die Bewegung, die wir jetzt miterleben." (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Thomas bespricht weiter die Haltung Millerands, des ehemaligen Sozialisten und jetzigen Reaktionärs. (Lachen und Zurufe rechts.) Ja, so etwas kommt vor, daß aber Reaktionäre Sozialisten werden, das kommt nie vor, dazu reicht es bei ihnen nicht aus. (Große Heiterkeit.) Aber es kommt vor, daß Leute, die vorübergehend sozialistische Ansichten gehabt haben, sich zu Reaktionären entwickeln. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Miquel!) (Gegenrufe rechts.) Das glaube ich, daß Sie solche Männer gebrauchen können! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Thomas erzählt also, wie Millerand versucht hat, den Militarismus durch musikalische Zapfenstreiche und sonstige Kindermädchen-Begeisterungsmanöver hochzubringen. (Große Heiterkeit) und schreibt dann: „Als die deutsche Regierung ihre neue Militärvorlage einbrachte, fiel die ganze chauvinistische, arbeiterfeindliche Presse mit Wonne darüber her. Sie suchte eine Panik zu entfesseln, sie riß die Regierung mit sich fort; die Vorlage der dreijährigen Dienstzeit wurde eingebracht." (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. — Abg. Erzberger: Aber vor unserer Vorlage!) Der Inhalt der deutschen Militärvorlage war aber schon vollkommen bekannt. Kein Mensch, der französische Zeitungen liest und die französischen Verhältnisse kennt, kann daran zweifeln, daß das Bekanntwerden der deutschen Militärvorlage der französischen Heeresverwaltung erst die Möglichkeit gegeben hat, die dreijährige Dienstzeit zu beantragen. Machen Sie einmal das Exempel. Lehnen Sie die deutsche Heeresvorlage ab, dann wird es gar nicht möglich sein, wenn es überhaupt noch versucht werden sollte, in Frankreich die dreijährige Dienstzeit durchzuführen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man ist sich auch in Frankreich darüber klar, daß jene Vorlage

ein Verzweiflungsmanöver

und daher eine kolossale Dummheit ist, weil man mit Verzweiflungsmanövern nie erreichen kann, was man damit zu erreichen beabsichtigt.

Herr Erzberger hat behauptet, daß wir gar nicht darauf hinarbeiten, unsere französischen Genossen zu einem unserem Vorstoß gegen den Militarismus entsprechenden gleichen Vorstoß zu bewegen. Ich verweise darauf, daß die Anträge unserer französischen Genossen viel weiter gehen, als unsere Anträge. Herr Erzberger meinte, daß bei Einführung der Miliz die Heeresstärke beider Länder zu einander in dem Verhältnis der Volkskraft stehen müßte. Zur Klarstellung ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß Volkskraft nicht identisch ist mit Volkszahl. Bei der bedeutend geringeren Geburtenzahl sind die unteren Altersstufen in Frankreich verhältnismäßig viel geringer, an Zahl, als die mittleren und oberen, und deshalb ist prozentual die Zahl der wehrfähigen Männer in Frankreich viel größer als in Deutschland. Aber eine zahlenmäßige Proportion ist gar nicht nötig, denn das System der allgemeinen Volksbewaffnung fordert, daß jeder waffenfähige Mann, nicht einer mehr, nicht einer weniger, in Kriegszeiten unter die Waffen gerufen wird. So stellt sich der Proporz automatisch her! (Abg. Erzberger: Aber die Präsenz!) Die Präsenz tut bei der allgemeinen Volksbewaffnung gar nichts zur Sache, das ist eine Schaumschlägerei von Ihnen! (Präsident Kaempf ersucht, solche beleidigenden Ausdrücke zu unterlassen.)

Dem Abg. Dr. Müller-Meiningen erwidere ich, daß wir natürlich niemals die Möglichkeit eines Krieges nach zwei Fronten bestritten haben. (Abg. Dr. Müller: Na also!) Ja, was ziehen Sie denn Argumente daraus? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Sie begründen Ihre Zustimmung zur Vorlage gegen uns, indem Sie uns einen Standpunkt unterschieben, den wir nie eingenommen haben! Wir bestreiten nur, daß selbst, wenn wir diese Möglichkeit ins Auge fassen, diese Heeresvorlage nötig ist, denn diese Möglichkeit besteht seit Jahrzehnten und ist doch nicht etwas Neues, was die Herren v. Bethmann oder v. Heeringen entdeckt haben. Das wäre allenfalls die einzige Entdeckung, die Sie machen könnten — etwas zu entdecken, was seit Jahrzehnten jedermann in Deutschland, Frankreich und Rußland weiß, und worauf doch der Dreibund und die Tripelentente beruhen! (Sehr wahr: bei den Sozialdemokraten.) Wo sind also eigentlich die Gründe für diese Militärvorlage? Die Verschiebungen auf dem Balkan haben sogar eine größere europäische Friedensbürgschaft geschaffen, und zwar zu unseren Gunsten, nämlich die Anbahnung der Verständigung mit England. Seit dem Balkankriege ist es ganz ruhig davon geworden, England als Schreckgespenst für uns und den Dreibund anzuführen, und der Reichskanzler rühmt sich, an der Herbeiführung eines guten Verhältnisses mit England mitgewirkt zu haben. Damit sägt er selbst wieder ein Bein von dem Stuhle ab, auf dem er mit dieser Vorlage sitzt. Wir Sozialdemokraten haben zuerst eine Verständigung mit England über die Seerüstungen beantragt, und mit aller Energie der Regierung und den anderen Parteien gesagt: Es ist absoluter Unsinn, mit den alldeutschen Redensarten zu behaupten, daß England und Deutschland natürliche Feinde seien! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der russische Popanz

wurde auch nach Noten ausgeschlachtet. Der Reichskanzler hat zuerst die russische Gefahr in ganz unverantwortlicher Weise übertrieben. Ist denn die große zahlenmäßige Stärke des russischen Heeres so zu bewerten, als ob es sich um das deutsche oder um das französische Heer handelte? Die geschichtliche Erfahrung lehrt, daß das russische Heer bei dem Fortschreiten der Kriegstechnik und bei der höheren kulturellen Entwickelung in allen europäischen Ländern sich seiner Aufgabe notwendigerweise von Jahr zu Jahr weniger gewachsen zeigen muß, weil durch die Versklavung des russischen Volkes auch seine militärische Macht immer mehr heruntergebracht wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nur so erklärt sich, daß das verhältnismäßig kleine und erst neuerdings in die moderne Kulturentwickelung eingetretene Japan das russische Heer trotz geringerer Zahl und aller mandschurischen Schwierigkeiten niederringen konnte. Es hat eine Zeit gegeben, wo das russische Heer der allgemeinen Kulturhöhe besser angepaßt war — die Zeit Suworoffs — aber das ist längst vorbei.

Gestern hat der Abg. v. Putlitz, mit dem ich mich sonst nicht beschäftige, für den ich bei seiner Harmlosigkeit das größte Wohlwollen habe (Große Heiterkeit), geglaubt, für das monarchische System eine Lanze brechen zu können. Er hat angedeutet, daß in nicht monarchischen Ländern die größte Korruption bestehe. Ja, Herr Abg. Gans Edler Herr zu Putlitz, kennen Sie Rußland? (Große Heiterkeit.) Rußland ist doch das staatliche Ideal der Konservativen, Oertels und Oldenburgs. Es gibt kein europäisches Land, wo das monarchische System in jeder Beziehung seine segensreichen Wirkungen auf Kultur, Zivilisation und Volkskraft so sehr hat ausüben können wie in Rußland, aber nirgends in der Welt gibt es eine so fürchterliche Korruption, und das nicht nur unter dem modernen Großkapitalismus, sondern schon unter der Naturalwirtschaft, unter Nikolaus I., der der ausländische Götze der preußischen Konservativen war und der gesagt hat: „In Rußland stiehlt alles außer mir!" (Große Heiterkeit.) Nikolaus II. kann dieses Wort seines Ahnen mit vollem Fug und Recht wiederholen — ich glaube, das einzige, was ich dem russischen Zaren an Gutem nachsagen kann, ist, daß er nicht stiehlt. (Erneute stürmische Heiterkeit. — Präsident Kaempf fordert den Redner unter der stürmischen Heiterkeit des Hauses auf, doch keine Beleidigungen gegen Souveräne und Herrscher vorzubringen.) Als die transsibirische Bahn gebaut wurde, ist der eine Schienenstrang gestohlen worden (Große Heiterkeit), und alle Augenblicke werden, wenn man so sagen darf, ähnliche Entgleisungen russischer Thronstützen bekannt. Besonders charakteristisch ist, daß auffälligerweise sehr viele russische Obersten und Regimentskommandeure sich mit aller Kraft gegen die Beförderung zum General und Brigadekommandeur gesträubt haben. Man würde da an eine hervorragende Uneigennützigkeit der russischen Obersten denken. Schließlich hat man die Erklärung gefunden: ein russischer Regimentskommandeur hat nämlich die Gelder des Regiments zu verwalten, er kann als Oberst viel mehr stehlen, denn als General, daher die Abneigung gegen die Beförderung. (Stürmische, allgemeine Heiterkeit.) Die Korruption in dem monarchischen Rußland hat also derartige Dimensionen angenommen, daß sie zweifellos die Schlagfertigkeit des russischen Heeres, die die deutsche Heeresvorlage mit begründen soll, gewaltig vermindert. Wir müssen das anführen, weil die angebliche Gefahr eines russischen Angriffs von den Freunden der Vorlage in ganz ungebührlicher Weise ausgeschlachtet worden ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Es liegen also in den gegenwärtigen Umständen keinerlei Gründe für diese Heeresvorlage vor. Es hat sich wirklich in dem Kräfteverhältnis in Europa in letzter Zeit nichts geändert, und wo sich etwas geändert hat, ist diese Aenderung sogar zu unseren Gunsten. Darauf kommt es an, das werden wir dem Volke beweisen durch all die Tatsachen, auf die ich bei der kurzen Zeit (Heiterkeit rechts) — ich halte es ja leider nicht so lange aus wie mein Freund Noske (Erneute Heiterkeit) — gar nicht erschöpfend hinweisen kann. Wir bestreiten natürlich nicht, daß leider heute noch Kriegsmöglichkeiten bestehen. Wie wir sie aus der Welt schaffen wollen, haben wir ja hinreichend gesagt. Wir wollen einerseits darauf hinwirken, daß durch eine

friedliche kulturelle, auswärtige und innere deutsche Politik

die Kriegsmöglichkeiten wenn nicht völlig beseitigt, so doch erheblich geschwächt werden. Wenn überhaupt noch Kriegsgefahr besteht, so liegt das zum guten Teil daran, daß der Reichskanzler und seine Helfer in der auswärtigen Politik es nicht verstanden haben, die Befürchtungen im Ausland zu beseitigen, daß einmal ein deutscher Angriff erfolgen könnte. Durch das Treiben unserer Kriegshetzer, der Keimlinge (Heiterkeit) ist eine ganze Anzahl unserer Nachbarstaaten in Unruhe versetzt worden. Gegenüber den belgischen Befürchtungen in dieser Richtung hat die Regierung zwar erklärt, sie erkenne die Neutralität Belgiens an, aber sie hat sich doch nicht dazu aufschwingen können, in der Oeffentlichkeit insbesondere Belgien gegenüber sich so einwandfrei auszudrücken, daß ein für allemal in Belgien derartige Befürchtungen zerstört wurden. Und weiter kann Deutschland dadurch die Kriegsgefahr erheblich abschwächen, daß Preußen seine Unterdrückungspolitik gegenüber den fremdsprachlichen Volksbestandteilen, den Polen und Dänen gegenüber aufgibt. Durch die bisherige preußische Polenpolitik wird eine künstliche Erbitterung erzeugt bei den Polen auch in Oesterreich und Rußland. Diese niedrig geschätzt 12 Millionen Polen außerhalb Deutschlands sind doch ein nicht zu unterschätzendes Moment.

Auf diese Weise treibt die deutsche Regierung die Polen geradezu in die Gefolgschaft des russischen Zaren. Mit dieser

verbrecherischen Politik der Unterdrückung fremdsprachlicher Völker

muß gebrochen werden. Wir vertreten den Grundsatz der Nationalitäten-Toleranz (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) nach dem Beispiel der Schweiz. Würde diese Politik bei uns betrieben, das würde sofort die Wirkung haben, daß alle unterdrückten Nationalitäten in Rußland, nicht nur die Polen, auch die Letten, Finnen, Ruthenen usw. die Hoffnung schöpfen könnten, entweder außerhalb oder innerhalb des russischen Reiches ihre Selbständigkeit zu erlangen. Unter solchen Umständen würden es der russische Zar und seine Helfershelfer nicht im entferntesten mehr wagen können, etwa mit Frankreich zusammen einen Angriff gegen Deutschland zu unternehmen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), weil man sich sonst der Gefahr aussetzt, die jetzt die Türkei zugrunde gerichtet hat, daß sich große Bestandteile des Reiches gegen den Zaren erheben. So könnten wir durch unsere innere Politik eine vollständige Umwälzung in den Machtverhältnissen in Europa herbeiführen.

Folgt Oesterreich, das ja eine solche Politik notgedrungen treiben muß, unserem Beispiel, dann ist die Zeit des russischen Absolutismus vorbei. Das russische Industrieproletariat ist ja auch bereits so weit in seinem Emanzipationskampf fortgeschritten, daß es nach dem japanischen Krieg den russischen Thron ins Wanken bringen konnte. Wenn Rußland wirklich einen Weltkrieg versuchen wollte, so würde auch das russische Proletariat, vielleicht in Bundesgenossenschaft mit dem Proletariat der anderen unterjochten Völker, sich gegen den Zarismus erheben. Mit all diesen Möglichkeiten hat man zu rechnen. Deutschland gegen jedwede russische Gefahr zu sichern, das wäre die Aufgabe einer weitausschauenden deutschen auswärtigen und inneren Politik. Herr v. Bethmann Hollweg und seine Gehilfen sind natürlich für solche Erwägungen vollkommen unzugänglich. Wenn wir von unserem Standpunkt aus eine derartige Aenderung der deutschen Politik verlangen, so haben wir natürlich auch eine eigene Militärreform ins Auge gefaßt, deren Durchführung Deutschland gegen alle Angriffe besser sichern könnte, als irgend eine Heeresvermehrung. Das ist

die allgemeine Volksbewaffnung, das Milizsystem.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber die Regierung und die Parteien, die sie unterstützen, wollen dies System nicht, weil sie das Heer gebrauchen wollen gegen die Sozialdemokratie und zu Eroberungszwecken nach außen. Mit der Miliz läßt sich natürlich ein Eroberungskrieg nicht führen, aber in der Defensive wäre ein solches Volk absolut unüberwindlich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Anträge auf Verkürzung der Dienstzeit haben den ausgesprochenen Zweck, dies System allmählich vorzubereiten. Wir wollen Deutschland auch nicht vorübergehend etwa wehrunfähig machen oder geschwächt machen, deshalb schlagen wir zunächst die einjährige Dienstzeit vor und haben auch dafür einen Termin in Aussicht genommen, so daß ein Uebergang vom gegenwärtigen Zustand ermöglicht ist.

Nun noch einige Worte zu der vorhergegangenen Debatte. Mein Freund Liebknecht hat bei früherer Gelegenheit bekanntlich den direkten Beweis dafür erbracht, einen wie bedenklichen Umfang die Korruptionserscheinung bei den Militärlieferungen genommen hat. Es ist ja erklärlich, daß wo so kolossale Summen verdient werden können, wie bei der Heereslieferung, die Lieferanten alle Möglichkeiten auszukunden suchen, wie sie ihre Ware am besten unterbringen können. So haben sie ein ähnliches Spionagesystem ausgebildet, wie die Kriegsmächte untereinander. Die Ausführungen meines Freundes Noske über die sonderbare Alimentierung der Personen, die von der Heeresverwaltung zur Abnahme von Lieferungen bestellt sind durch die Firma Krupp, hat General Wandel nicht zu entkräften vermocht. Ob Offiziere oder Beamte im Offiziersrang dabei in Betracht kommen, ist ja ganz gleichgültig. Ueberraschend war seine Mitteilung, die Heeresverwaltung habe nichts davon gewußt. Was ist das für ein ahnungsloser Engel? (Heiterkeit.) Wenn die deutsche Heeresverwaltung, trotzdem die Sache seit langer Zeit spielt, davon gar nichts bemerkt hat, daß verschiedene dieser Herren mit jährlichen Zuwendungen von mehreren tausend Mark alimentiert worden sind, dann begreife ich vollkommen, daß die Heeresverwaltung sich von diesen Lieferanten nach allen Richtungen über den Löffel barbieren läßt (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), und daß, als die ersten Enthüllungen darüber gemacht wurden, der Kriegsminister es sogar fertig brachte, ein großes Loblied auf die Firma Krupp zu singen. Wir bedauern auf das lebhafteste, daß damals unser Antrag, eine Untersuchungskommission mit dem Recht zeugeneidlicher Vernehmung einzusetzen, nicht angenommen wurde. Nur so wäre es möglich, die Korruption vollständig aufzudecken. Die Gefahr, daß ein Fall Redl auch im deutschen Heere vorkommen könnte, gehört zweifellos nicht zu den Unmöglichkeiten. Die andere Enthüllung, die damals mein Freund Liebknecht machte, ist gar nicht genügend beachtet worden, die dahin ging, daß unsere Waffenlieferanten im intimsten Geschäftskonnex stehen mit auswärtigen Heereslieferanten, und daß alle Geheimnisse, welche die Handlanger der Firma Krupp und der anderen großen Waffenlieferanten hier ausbaldowern, den fremden Heereslieferanten **kontraktlich zur Verfügung stehen.** Dazu gehören zum Beispiel auch Zeichnungen und Dimensionstabellen, also Geschäftsgeheimnisse, auf deren Geheimhaltung die Heeresverwaltung von ihrem Standpunkt aus mit vollem Recht großen Wert legt. Hier hüllt sich die Heeresverwaltung in den Mantel vertraulicher Mitteilungen über Dinge, die wahrscheinlich im Ausland längst bekannt geworden sind. (Zuruf bei den Soz.: Wo bleibt die Untersuchung?) Ja, das muß man den Kriegsminister fragen. Ich hoffe, daß er seiner zündenden Ansprache von heute (Heiterkeit) noch eine kurze Ergänzung geben und sagen wird, wie es mit der Untersuchung dieser Sache bestellt ist. Gerade angesichts der Tatsache, daß hier

Milliarden den Waffenlieferanten in den Rachen gestopft

werden sollen, hat man das Recht zu fragen: Wie weit ist denn die Heeresverwaltung eigentlich mit ihren Bemühungen, diesen Augiasstall auszumisten? (Präsident Kaempf bemängelt unter großer Heiterkeit diesen Ausdruck.)

Ich wende mich dann zum Staatssekretär Delbrück. Er hat versucht, die Rechte des Reichstags zu beeinträchtigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mein Freund Noske hatte auf die unleugbare Tatsache hingewiesen, daß in dem nämlichen Augenblick, wo das deutsche Volk und dadurch auch das preußische ungeheure Opfer bringen sollen, dem preußischen Volke das gleiche politische Wahlrecht vorenthalten wird und hat gefragt: Wo bleibt die Gegenleistung für diese ungeheuren Opfer? Wo bleibt das uneingelöst gebliebene Königswort? (Glocke des Präsidenten, große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Kaempf: Wegen dieser Aeußerung ist bereits ein Ordnungsruf erteilt worden; ich bitte sie nicht zu wiederholen! (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lebedour (fortfahrend):

Ich war genötigt, auf die Tatsache hinzuweisen, weil sonst meine Polemik gegen den Staatssekretär unverständlich wäre. (Präsident Kaempf: Ich bitte trotzdem, die Aeußerung zu unterlassen! — Erneute große Unruhe bei den Sozialdemokraten. Zurufe: Redefreiheit!) Es ist ja auch gar nicht mehr nötig, weil jedermann innerhalb und außerhalb dieses Hauses die Tatsache bekannt ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich verlese jetzt das Königswort und Sie werden ja wissen, ob es eingelöst worden ist oder nicht. Das Königswort lautet:

„Es ist mein Wille, daß die Vorschriften über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwickelung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwickelung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erstarkung des staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entspricht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich erblicke darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart."

(Erneutes lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ist diese wichtigste Aufgabe der Gegenwart erfüllt? (Zurufe: Nein! nein! bei den Sozialdemokraten.) Zwei Jahre darauf ist eine Vorlage eingebracht worden. Das war doch nur der Anfang der Erfüllung (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), ganz abgesehen davon, daß sie den bescheidensten Ansprüchen nicht einmal entsprochen hat. Aber selbst diese bescheidene Vorlage ist ja nicht durchgeführt worden; der Landtag hat sie abgelehnt. (Zuruf rechts: Na also!) Aber was hat dann der König und was haben seine Ratgeber getan? (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Nichts!) Man sollte meinen, wenn eine Regierung, ein König, irgendeine Reform für die wichtigste Aufgabe der Gegenwart hält, dann dürften sie sich nicht damit begnügen, die Vorlage einmal einzubringen, und wenn sie dann abgelehnt wird, einfach die Hände in die Hosentaschen zu stecken. Das ist nicht die Art, wie ein Mann zu seinem Wort steht, die wichtigste Aufgabe der Gegenwart zu erfüllen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das preußische und das deutsche Volk wartet noch immer auf die Erfüllung dieser wichtigsten Aufgabe, und es wäre sehr töricht, wenn es darauf warten wollte, bis die Herren, die das Versprechen gegeben haben, sich an die Erfüllung heranmachen.

Sie muß erzwungen werden!

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das preußische Volk hat die Waffen dazu in der Hand. Es braucht nur danach zu greifen. Es braucht nur **dem Beispiel zu folgen, das unsere belgischen Genossen gegeben haben, es braucht nur zum politischen Massenstreik zu greifen.** (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten, Hört! hört! rechts.) Wir haben bei den Reichstagswahlen 4½ Millionen sozialdemokratischer Wähler gehabt, darunter sind etwa 2½ Millionen Preußen. Seien Sie versichert: Diese Waffe des wirtschaftlichen Kampfes, wenn sie zu politischen Zwecken von einem zum Aeußersten getriebenen Volke ergriffen wird, verfehlt niemals ihre Wirkung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn nicht bald die Herren, die das Versprechen gegeben haben, zu der Einsicht kommen, daß sie es ernstlich durchführen müssen, und zwar in einer besseren, gründlicheren, der kulturellen Entwickelung des preußischen Volkes entsprechenderen Weise als die kleinliche Vorlage, die sie damals gemacht haben (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), **dann hoffe und wünsche ich, und mit mir alle meine Parteigenossen, daß es gelingen wird, auf dem Wege, den ich angedeutet habe, die Regierung und die herrschenden Klassen in Preußen zu diesem Zugeständnis zu zwingen.** (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten, Zuruf rechts: Militärvorlage!) Jawohl, ich weise gerade darauf hin, daß in derselben Zeit, wo die Regierung dem Volke die kolossalen Opfer zumutet, das preußische Volk noch im Zustand der Unmündigkeit gehalten wird durch das elendeste und widersinnigste Wahlsystem, wie es selbst Ihr Heros des Jahrhunderts bezeichnet hat.

Staatssekretär Delbrück meinte, diese Frage gehöre gar nicht hierher. Sie gehört sehr wohl hierher, denn die deutsche Reichsverfassung verlangt dem Sinne nach gleichartige Verfassungen in Deutschland. Ich verweise auch auf die Tatsache, daß vor gar nicht langer Zeit im preußischen Abgeordnetenhause ein konservativer Abgeordneter verlangt hat, es möge ein Druck auf die preußische Regierung ausgeübt werden, damit sie Preußens Vertretung im Bundesrat in einem bestimmten Sinne instruiere. Ich halte das für durchaus gerechtfertigt nach meiner staatsrechtlichen Auffassung. Aber um so viel mehr hat dann auch der Deutsche Reichstag ein Interesse, darauf hinzuwirken, daß nicht Landtage bestehen, die in durchaus reaktionärem, volksfeindlichem Sinne zusammengesetzt sind auf Grund eines Wahlreglements, das in direktem Wider-

spruch steht zum Wortlaut und Geist der Reichsverfassung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Präsident Dr. Kaempf: Ich bitte zur Heeresvorlage zurückzukehren!) Erstens gehört das dazu, und zweitens bin ich zu diesen Ausführungen genötigt, weil der Staatssekretär Delbrück die Kompetenz des Reichstages, über diese Dinge zu sprechen, bestritten hat. Ich weiß nicht, ob dem Herrn Präsidenten das bekannt geworden ist. (Ironische Zurufe bei den Sozialdemokraten: Nein, nein!)

Präsident Dr. Kaempf: Ich bitte Sie nochmals, jetzt zur Heeresvorlage zurückzukehren. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ledebour (fortfahrend):

Ich muß das Recht haben, dem Staatssekretär Delbrück auf seine mit dem Geiste der Reichsverfassung unvereinbaren Ausführungen entgegenzutreten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls erwarten wir für die Zukunft, daß niemals wieder ein solcher Versuch gemacht wird, die Kompetenz des Reichstages in solchen Fragen zu bestreiten.

Wir begrüßen mit Freude die Berner Konferenz, an der die französischen Parlamentarier in großer Zahl teilgenommen haben. Es ist falsch, sie als quantité négligeable zu bezeichnen, wie Erzberger es tut. Es ist unrichtig, es so hinzustellen, als ob wir es mit der Feindschaft des gesamten Frankreich zu tun haben. Auch in Frankreich ist nur ein kleiner Teil der Bevölkerung chauvinistisch gesinnt, und unsere Aufgabe ist es, darauf hinzuarbeiten, daß dieser kleine Teil immer geringer wird. Das geschieht dadurch, daß wir alles aufbieten für eine

Politik der Freundschaft und Verständigung mit Frankreich.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Indem wir das tun, arbeiten wir besser für den Weltfrieden, als sie es durch alle Rüstungen tun können. Die Rüstungen erzeugen nur das gleiche Rüstungsfieber in Frankreich, die Rüstungstreibereien rufen auch bei anderen Völkern Rüstungstreibereien hervor, und es wird sich zeigen, daß die Parteien, die die Vorlage annehmen, eine Drachensaat säen, die das größte Unglück für Deutschland und Frankreich herbeiführen muß. Das zu verhüten, dazu werden wir alles, was wir können, an Macht und Volksbegeisterung aufbringen. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Kaempf: Der Abg. Ledebour hat gesagt, die Agrarier wollen nur solche Kanzler im Amte erhalten, die die agrarische Sache betreiben; mag alles drüber und drunter gehen, wenn nur die Agrarier ihren Geldsack füllen können. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine Beleidigung einer Partei dieses Hauses und des Reichskanzlers. Ich rufe den Abgeordneten Ledebour dafür zur Ordnung.

Kriegsminister von Heeringen: Der Abg. Ledebour hat auch wieder das Milizsystem als Ideal hingestellt. Ich glaube, kein sozialdemokratischer Arbeiter wird die Verteidigung seines Arbeitsplatzes dem losen Gefüge eines Milizheeres anvertrauen wollen. (Zustimmung rechts, Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Auch die Sozialdemokraten sagen, für die Verteidigung des Vaterlandes muß alles geschehen. Die Vorlage soll doch aber nur der Verteidigung des Vaterlandes dienen. An den inneren Feind ist bei dieser Vorlage nicht gedacht worden, gegen den inneren Feind genügt Polizei und Feuerwehr. (Zurufe: Mansfeld, Ruhrrevier.) Solche Ausnahmezustände bedauert niemand mehr als die Armee. Aber bei solchen Ausnahmezuständen genügen die Truppen, die wir jetzt haben. Auch im Ruhrrevier genügte ihr Erscheinen, um Ruhe und Ordnung herzustellen. Deutschland ist friedlich gesinnt, das beweisen die letzten 42 Jahre und das beweist auch diese Vorlage. Wenn Deutschland das Schwert zu ziehen genötigt wird, so dürfen wir den Feind nicht im Lande erwarten, sondern dann ist der Hieb die beste Verteidigung. Deshalb bedürfen wir auch der angeforderten Kavallerie, die in einem künftigen Kriege namentlich bei der Verfolgung eine große Rolle zu spielen hat. Die Resolutionen hat der Reichskanzler keineswegs als quantité négligeable bezeichnet; es wird sicherlich eingehend geprüft werden, wie weit den Wünschen des Reichstages entgegengekommen werden kann. (Bravo! rechts.)

Abg. Fischbeck (Vpt.): Die Sozialdemokraten haben kein Recht, uns bei der Bewilligung der Vorlage Vertretung kapitalistischer Geldsackinteressen vorzuwerfen. Wir bewilligen sie des deutschen Volkes und seiner Sicherheit halber. Verwunderlich allerdings war das gestrige Auftreten des Reichskanzlers. Der Kriegsminister sprach heute doch etwas anders. Wir verlangen Reformen für die Armee und der Reichskanzler betont als seine Aufgabe die Bewahrung der Disziplin und die Behütung der Organisation vor Fremdkörpern. Das mußte brüskierend und verletzend wirken. (Sehr richtig!) Wir wollen doch nicht die Organisation und Disziplin der Armee untergraben, sondern die Reformen sollen sie schützen; die Gerechtigkeit ist das Fundament des Staates und ebenso auch das Fundament der Armee. (Beifall bei der Volkspartei.) In der Tat liegen die Dinge in der Armee nicht so, wie sie sein sollten, der Adel wird in einer Weise bevorzugt, die nicht den allgemeinen Verfassungsgrundsätzen entspricht. Der Kriegsminister beruft sich auf die Kommandogewalt des Kaisers. Er soll uns doch sagen, welche unserer Resolutionen nicht in den verfassungsmäßigen Rechten des Reichstages begründet ist. An diesen Rechten findet auch die Kommandogewalt ihre Grenze. (Sehr richtig! links.) — Die Rechte verlangte eine Aeußerung der Regierung über die Deckung, und der Reichskanzler erklärte, das oberste Gesetz sei für ihn die rechtzeitige Fertigstellung der Vorlage. In diesem Sinne sind wir bereit, mitzuarbeiten, und daß wir etwa nicht bereit sind, auch sehr eifrig an der Beschaffung der Deckung mitzuarbeiten, wird niemand behaupten können, der die Verhandlungen der Kommission kennt. In der Art der Deckung kann es für uns keine Rückwärtskonzentrierung gegenüber unserer Stellung von 1909 geben. Wir verlangen eine allgemeine Besitzsteuer, die nur eine Vermögens- oder Erbschaftssteuer sein kann. Wir sind bereit, beide Wege zu gehen. Will die Regierung die Vermögenssteuer nicht, so bleibt der Weg der Erbschaftssteuer. Ueber die Form läßt sich sprechen. Ist für die Konservativen dieser Weg unerträglich, so werden sich hierbei ihre und unsere Wege trennen. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) Auf einem anderen Wege sind wir nicht in der Lage, die Mittel aufzubringen. Das Volk hat sich bei den Wahlen für diese Steuer ausgesprochen; wir würden das Vertrauen des Volkes verscherzen, wenn wir das opferten, was es bei den Wahlen gefordert hat.

Bezüglich der Kavallerieregimenter sind wir nicht überzeugt worden, daß die Kommission nicht das Richtige getroffen hat. Man darf nicht übersehen, daß wir bereits 102 Kavallerieregimenter haben. Auch ist in der Kavallerie die Bevorzugung des Adels am stärksten, und der Reichskanzler konnte durch seine schroffe Ablehnung unserer Wünsche nach Modernisierung der Armee seiner Forderung gewiß keine Freunde erwerben. (Sehr wahr! bei der Volkspartei.) Wir bewilligen die Vorlage im Rahmen der Kommissionsbeschlüsse, im Interesse der Sicherheit des Reiches, und unsere Forderung nach Gerechtigkeit innerhalb der Armee werden wir so lange erheben, bis sie schließlich erfüllt werden muß. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Abg. Erzberger (Z., persönlich): Gegenüber dem Abg. Ledebour bemerke ich, ich habe betont, daß die französischen Sozialisten nicht beantragt haben, die Präsenzstärke des französischen Heeres dem deutschen gegenüber entsprechend dem Bevölkerungsverhältnis von Frankreich und Deutschland zu gestalten.

Abg. Ledebour (Soz., persönlich): Das Milizsystem hat mit Präsenzstärken gar nichts zu tun, bei ihm wird eben jeder waffenfähige Mann eingezogen.

Nächste Sitzung: Freitag, 1 Uhr. (Einführung des Unterstützungswohnsitzgesetzes in Bayern; Fortsetzung der Wehrvorlage.)

Schluß ¾6 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Konkurrenzklausel.

Die Reichstagskommission, die sich mit dem Gesetzentwurf über die Konkurrenzklausel zu beschäftigen hat, trat am Donnerstag wieder zusammen, um die zweite Lesung der Kommissionsbeschlüsse aufzunehmen. Von den Beschlüssen der ersten Lesung erklärt die Regierung für unannehmbar vor allem 1. das Verbot der Konkurrenzklausel für Gehilfen mit einem Gehalt bis 3000 M.; 2. die Entschädigungsleistung durch den Prinzipal in Höhe des vollen Gehaltes unter teilweiser Anrechnung des anderweit erworbenen; 3. die einjährige Geltungsdauer der Konkurrenzklausel; 4. die Zahlung der Entschädigung auch für die Gehilfen mit mehr als 3000 M. Jahresgehalt und für die außerhalb Europas Beschäftigten; 5. die Nichtigkeit der „geheimen Konkurrenzklauseln" unter Haftung der Prinzipale für den dem Gehilfen daraus erwachsenden Schaden.

Die Regierung legte neue Richtlinien vor, die in manchen Streitfragen sich den Kommissionsbeschlüssen nähern, aber in den fünf Hauptfragen für die Zustimmung des Bundesrats folgende äußerste Grenze ziehen: 1. Verbot jeglicher Konkurrenzklausel bei Gehältern nur bis 1500 M.; 2. Entschädigung in Höhe von 33⅓ Proz. des Gehalts; für die Anrechnung kommt nur in Betracht, was der Gehilfe mehr verdient, als die Summe beträgt aus früherem Gehalt plus 10 Proz.; muß der Gehilfe den Wohnort wechseln, dann sollen sich diese nicht anrechnungsfähigen 10 Proz. auf 25 Proz. erhöhen; 3. zweijährige Geltungsdauer der Konkurrenzklausel; 4. aus der vereinbarten geheimen Konkurrenzklausel soll nicht geklagt werden können.

Nachdem die Regierungsvertreter eine Gehaltsgrenze von 2000 M. ebenfalls als unannehmbar und die Erhöhung der Entschädigung auf 50 Proz. des Gehalts als sehr bedenklich bezeichnet hatte, wurde die Sitzung abgebrochen, damit erst einmal die Parteien zu den Vorschlägen Stellung nehmen können. — Die sozialdemokratischen Mitglieder verlangten, daß trotz der Regierungserklärungen die Kommission schnell, möglichst durch tägliche Sitzungen, den Abschluß der zweiten Lesung herbeiführen müsse, um das Gesetz im Reichstage vor Schluß dieser Session noch zu verabschieden.

Ostpreußische Wahlen.

Der Agrarier Rogalla v. Bieberstein ist im Reichstagswahlkreise Sensburg-Ortelsburg mit über 3000 Stimmen Mehrheit gegen einen Nationalliberalen gewählt worden. Gegen diese Wahl ist Protest erhoben worden, der die Wahlprüfungskommission zwei Sitzungen hindurch beschäftigte. Die Prüfung ergab das übliche Bild ostelbischer Wahlen: Zigarrenkisten und Suppenschüssel dienten als Wahlurnen; Gutsbeamte führten ihre Arbeiter nach dem Wahllokal, steckten ihnen die konservativen Stimmzettel in die Wahlkuverts und beobachteten die Stimmabgabe. Teilweise wurden an solche Wähler sofort Trinkgelder verteilt. Weiter wird behauptet, daß der Wahlvorstand eines Ortes die Wahlkuverts geöffnet habe, um feststellen zu können, wie die einzelnen Wähler abgestimmt haben. In der Stadt Sensburg fuhren zwei Polizisten in einem Auto, das ein weithin sichtbares Plakat trug mit der Aufschrift: Wählt v. Bieberstein! In einem anderen Ort begleitete der Gendarm jeden einzelnen Wähler an die Wahlurne. Vielfach sind den Wählern die liberalen Stimmzettel abgenommen und durch konservative ersetzt worden. Bier, Schnaps und Grog ist den Wählern in zahlreichen Fällen von den konservativen Vertrauensleuten verabreicht worden. In einem Falle wird behauptet, daß dem Gemeindevorsteher eines Ortes 50 M. zur Bewirtung der Wähler aus der konservativen Wahlkasse übersandt worden sind. In zahlreichen Fällen sind von den konservativen Gutsbesitzern die Arbeiter mit Brotlosmachung bedroht worden. Der Landrat des Kreises Ortelsburg hat den konservativen Kandidaten stets auf seinen Agitationstouren begleitet und für ihn agitiert. Gegen die sozialdemokratischen, fortschrittlichen und polnischen Stimmen wurde diese Protestbehauptung als nicht genügend substantiiert erklärt. Da die für erheblich erachteten Protestpunkte die Mehrheit nicht erschüttern können, wurde die Wahl mit 8 gegen 6 Stimmen für gültig erklärt.

Verbandstag der Hutarbeiter.

Am Donnerstag stand zunächst die Frage der

Tarifverträge

auf der Tagesordnung. Der Verbandsvorsitzende Metzschke verwies in seinem Referat darauf, daß schon 1904 ein Passus im Verbandsstatut aufgenommen wurde, welcher die allgemeine Regelung der Arbeitsverhältnisse durch kollektive Arbeitsverträge als einen der Verbandszwecke bezeichnet. Obgleich sich hierdurch der Verbandstag schon vor 9 Jahren für den Abschluß von Tarifverträgen erklärt habe, herrsche in den Reihen der Mitglieder noch eine große Unklarheit über Wesen und Zweck der Tarifverträge. Diese Unklarheit äußere sich auch in einer lebhaften Opposition gegen den Abschluß von Tarifverträgen. Das sei ein unerträglicher Zustand. Es müsse versucht werden, Klarheit über diese Angelegenheit zu schaffen. — Bis jetzt beständen in der Hutindustrie fast keine kollektiven Tarifverträge. Aber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in allen Branchen der Industrie seien nicht derart, daß die Arbeiter auf Tarifverträge verzichten sollten. Die Arbeitszeit sei in den Industrieorten Deutschlands sehr ungleich und meist gar nicht geregelt. Die Löhne seien sehr verschieden sowohl in den einzelnen Orten wie in den Branchen und den Abteilungen der Betriebe. In den Hauptstationen der großen Fabriken seien die Löhne wohl geregelt, aber in den übrigen Stationen, wo die meisten Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt würden, fehle es an jeder Regelung der Löhne. Besonders treffe das zu für die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen. Niemand kümmere sich um ihre Löhne. Am schlimmsten seien die Verhältnisse in der Heimarbeit, die Tausende von Arbeiterinnen der Strohhutindustrie beschäftige. Solange sich der Verband diesem gegenüber neutral verhalte, könne keine Besserung der Verhältnisse der Heimarbeiterinnen eintreten. Wenn für die Branche Tarifverträge beständen, so würde das eine Einschränkung der Heimarbeit zur Folge haben. In anderen Branchen der Hutindustrie greife die Maschinenarbeit immer mehr um sich. Infolgedessen würden die alten Arbeiter entlassen und neue, billige Arbeitskräfte an die Maschinen gestellt. Es werde sich ja nicht vermeiden lassen, daß bei Einführung von Maschinen ein Teil der Arbeiter überflüssig werde, aber es könnte durch Tarifverträge erreicht werden, was die Buchdrucker bereits haben, nämlich daß die Maschinen mit den bisher im Betriebe beschäftigt gewesenen Arbeitern besetzt werden. Wie sich die Verhältnisse in der Hut- und Filzmarenindustrie entwickelt haben, sei die bisherige Taktik der Lohnbewegungen nicht mehr erfolgversprechend. Es müsse deshalb Bedacht darauf genommen werden, daß durch Abschluß von Tarifverträgen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse allgemein geregelt werden. Das sei kein Sprung ins Dunkle, denn die Tariffrage sei in den deutschen Gewerkschaften schon lange kein Streitpunkt mehr. In Deutschland beständen bereits 10 520 Tarifverträge für 183 000 Betriebe mit 1 600 000 organisierten Arbeitern. In der Hutindustrie beständen keine eigentlichen Tarifverträge, sondern nur einzelne Lohntarife, die teils nur mündlich vereinbart seien und sich nicht auf das ganze Arbeitsverhältnis erstrecken. Eine allgemeine vertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse müsse angestrebt werden. Es sei der Einwand gemacht worden, daß die Tarifpolitik des Verbandes die Unternehmer zu einer festen Organisation zusammenschweißen würde, die den Arbeitern den schärfsten Widerstand bei jeder Lohnbewegung entgegensetzen würde. Dieser Einwand sei hinfällig, denn die Unternehmer der Hutindustrie seien bereits fast ohne Ausnahme organisiert und hätten schon bei den früheren Lohnbewegungen als Organisation Widerstand geleistet. Wenn es bei einer allgemeinen Lohnbewegung schließlich einmal zu einem großen Kampf kommen sollte, so sei auch das nicht zu fürchten, denn die Erfahrungen hätten gezeigt, daß solche Kämpfe die Gewerkschaften nicht geschwächt haben. Da der Verband alle in der Hutindustrie Beschäftigten aufnimmt, müsse er auch dafür sorgen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für alle geregelt werden. Das könne nur durch Tarifverträge in befriedigender Weise geschehen. Der Verband werde ja nicht mit einem Ruck zum Zentral- oder Reichstarif kommen. Er werde schon zufrieden sein können, wenn er vorläufig Tarifverträge abschließen könne, welche die Arbeitszeit, das Ueberstundenwesen, den Einstellungslohn für alle Beschäftigten, vielleicht auch die Löhne der Stunden-, Tage- und Wochenlöhner regelt. Wenn auch die Arbeitsvermittelung durch Tarifvertrag geregelt werden könne, dann würde das schon ein größerer Vorteil sein. Wenn der Verband in dieser Richtung arbeite, dann werde es vorwärts gehen. (Beifall.)

Die Diskussionsredner erklärten sich meistenteils mit den Ausführungen des Referenten in der Hauptsache einverstanden. Eingehend wurden die Verhältnisse in einzelnen Orten und Branchen besprochen und die Möglichkeiten eines Tarifvertrages nach den verschiedensten Richtungen erörtert. Grundsätzliche Einwendungen gegen den Abschluß von Tarifverträgen wurden von keiner Seite erhoben. — Nach einem Schlußwort des Referenten wurde folgender Antrag des Verbandsvorstandes angenommen:

Die 11. ordentliche Generalversammlung erneuert den Beschluß der 9. ordentlichen Generalversammlung 1904 in Dresden betr. die Regelung der Arbeitsbedingungen durch kollektive Arbeitsverträge und verpflichtet die Mitglieder:

1. Auf Abschließung von Lohntarifen zu dringen, die in den Arbeitsräumen aushängen müssen oder jeder beschäftigten Person bei Arbeitsantritt auszuhändigen sind.

2. Gut organisierte Branchen resp. Betriebe haben Lokal- oder Firmentarifverträge abzuschließen. In den Saisonbranchen können die Verträge für eine Saison oder auf längere Dauer abgeschlossen werden. In den übrigen Branchen können Tarifverträge auf die Dauer von 2—3 Jahren abgeschlossen werden.

3. Die Verträge wie die bloßen Lohntarife sind abzuschließen zwischen den Vertretern unseres Verbandes und dem Einzelunternehmer oder den Unternehmerorganisationen.

Genosse Gustav Bauer hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherung „Volksfürsorge". Nachdem er den Aufbau und das Tätigkeitsgebiet derselben dargelegt hatte, ersuchte er um Unterstützung und Förderung dieses Unternehmens.

Das Wort wurde hierzu nicht gewünscht. Der Verbandsvorsitzende Metzschke stellte fest, daß die Kollegen im Sinne des Vortrages wirken werden.

Soziales.

Mißbrauch der „Fürsorgeerziehung".

Ein aufreizender Fall von Androhung der Fürsorgeerziehung aus politischen Gründen wird in der „Frankf. Ztg." mitgeteilt. Sie schreibt aus Dortmund:

„Der fünfzehnjährige Arbeiter P. in Brambauer, dessen Vater bei der großen Schlagwetterkatastrophe auf der Zeche „Achenbach" im Dezember v. J. mit ums Leben kam, trat auf Zeche „Achenbach" in Arbeit, ermöglichte es so, daß seine Mutter mit ihren Kindern in der Zechenwohnung bleiben konnte und unterstützt seine Mutter, so gut er kann. Da traf ihn wie ein Blitz aus heiterem Himmel die Eröffnung von der Obervormundschaft in Lünen a. d. L., daß er in Fürsorgeerziehung gebracht werden müsse, wenn er nicht — aus dem Arbeiterturnverein austrete. Ein darauf hinzielender Antrag war von seinem Vormund, dem Bergmann Gems, einem besonders frommen Mann, gestellt worden. Die Mutter des 15jährigen Arbeiters erklärte sich bereit, dafür zu sorgen, daß ihr Sohn aus dem Arbeiterturnverein austrete, lehnte es aber ab, ihn zum Eintritt in den Jünglingsverein zu bewegen. Der Sohn tat nach den Erklärungen der Mutter und bewahrte sich vor der Unterbringung in eine Fürsorgeanstalt."

Ein Amtsrichter und nationalliberaler Reichstags-Durchfallskandidat in der Umgegend von Hanau drohte im Jahre 1895 den Eltern, die ihre Kinder nicht zum Austritt aus dem Arbeiter-Turnverein bewegen, mit der Entziehung der Elternrechte. Er setzte dann seine Drohung in die Tat um. Das Landgericht bestätigte den jedem sittlichen Empfinden ins Gesicht schlagenden Beschluß. Erst das Oberlandesgericht Hamm setzte den Beschluß außer Kraft. Bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches wurde dieser Fall allgemein als ein ungeheuerlicher bezeichnet, leider aber abgelehnt, Schutzvorschriften gegen Wiederholungen zu treffen. Die Ablehnung wurde damit motiviert, daß ähnliche Fälle doch unmöglich wieder vorkommen dürften. Seitdem sind abermals solche Fälle vorgekommen. Auch bei der Beratung des Jugendgerichtsgesetzes wurde vor etwa acht Tagen ein Antrag abgelehnt, gegen solchen „Fürsorge"-Mißbrauch reichsgesetzlich vorzugehen. Abermals hieß es: Derartiges klinge so ungeheuerlich, daß es undenkbar vorkommen könne. Unmittelbar darauf dieser Fall, der an Deutlichkeit für die Notwendigkeit gesetzgeberischen Eingriffs nichts zu wünschen übrig läßt.

Wird die Obervormundschaft wegen Amtsmißbrauchs unter Anklage gestellt werden?

Niedrige Löhne.

Der frühere Wächter Kühnert klagte gestern beim hiesigen Gewerbegericht gegen die Berliner Nachtwachgesellschaft auf Auszahlung der einbehaltenen Kaution in Höhe von 50 Mk., Bezahlung von 8 Ueberstunden mit zusammen 2 M., auf Rückzahlung von 3,20 M. zuviel erhobener Krankenversicherungsbeiträge, auf Ersatz von 2,70 M. Fahrgeld, die er aufgewendet hatte, um seine Papiere zu erlangen, und auf Zahlung für 14 Tage Lohn wegen Nichteinhaltung der Kündigungsfrist. Von der beklagten Firma wurde behauptet, sie habe den Kläger entlassen, weil er dauernd seinen Dienst vernachlässigt habe. Der Kläger wendete dagegen ein, daß das Meldebuch ergeben würde, daß in der fraglichen Zeit bestimmte Vorkommnisse ihn am Stechen gehindert hätten. Die auf Antrag der beklagten Gesellschaft vernommenen Zeugen sagten durchweg aus, der Kläger habe nach ihrer Beobachtung seinen Dienst regelmäßig versehen, doch sei das Revier für einen Wächter entschieden zu groß. Bezüglich der Kündigungsfrist waren allerdings auf dem Vertragsformular 3 Tage angegeben. Der Kläger behauptet zwar, die Unvorsichtigkeit begangen zu haben, das Formular zu unterschreiben, ehe es ausgefüllt war und erst nachträglich sei die Kündigungsfrist hineingeschrieben worden. Das Gericht mußte ihn mit seiner über 3 Tage hinausgehenden Forderung abweisen, sprach ihm aber alles Uebrige zu. Hierbei hob der Vorsitzende, Magistratsrat Dr. Schultz, hervor, daß eine Firma, die für den anstrengenden Nachtwachtdienst nur 60 Mark im Monat zahle und beinahe ein volles Monatsgehalt — 50 M. — als Kaution einbehalte, von vornherein nur mit einer geringwertigen Arbeitsleistung rechne und deshalb auch aus der angeblichen Vernachlässigung des Dienstes durch den Kläger keinen berechtigten Grund zu einer sofortigen Entlassung, noch viel weniger aber das Recht für sich herleiten dürfe, die Kaution als verfallen mit Beschlag zu belegen.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 11. 6. cm	seit 10. 6. cm [1]	Wasserstand	am 11. 6. cm	seit 10. 6. cm [1]
Memel, Tilsit	124	−7	Saale, Grochlitz	96	−3
Pregel, Insterburg	−32	−5	Havel, Spandau [2]	28	+2
Weichsel, Thorn	136	0	„ Rathenow [2]	−6	−2
Oder, Ratibor	160	−14	Spree, Spremberg [2]	76	+2
„ Krossen	125	+7	„ Beeskow	80	+1
„ Frankfurt	111	+1	Weser, Münden	176	−4
Warthe, Schrimm	70	0	„ Minden	257	−5
„ Landsberg	12	+2	Rhein, Maximiliansau	470	−1
Netze, Vordamm	−20	−3	„ Kaub	249	−4
Elbe, Leitmeritz	−18	−14	„ Köln	244	−6
„ Dresden	−127	+7	Neckar, Heilbronn	65	−3
„ Barby	98	+3	Main, Hanau	147	−8
„ Magdeburg	88	+7	Mosel, Trier	50	−8

[1] + bedeutet Wachs, — Fall. — [2] Unterpegel.

A. Wertheim

Leipzigerstr. Königstr. Oranienstr. Rosenthalerstr.

Freitag u. Sonnabend, soweit vorhanden. * Artikel werden nicht zugesandt

Kolonialwaren

Java-Reis . Pfund 24, 30, 36 Pf.
Rangoon-Reis . . Pfund 18, 20 Pf.
Bruch-Reis . . . . Pfund 15, 16 Pf.
Reisgries, Reismehl Pfund 18 Pf.
Reisflocken . . . . . Pfund 28 Pf.
Weizengries . . . . . Pfund 19 Pf.
Hartgries . . . . . Pfund 22 Pf.
Hartgries I . . . . . Pfund 25 Pf
Maismehl . . . . . Pfund 23 Pf.
Maisgries . . . . . Pfund 15 Pf.
Kartoffelmehl . . Pfund 15, 18 Pf.

Wurstwaren

*Rotwurst . . . . . Pfd. 55, 85 Pf.
*Landleberwurst . . . . Pfd. 1.00
*Jagdwurst . . . . . Pfund 1.10
*Feine Leberwurst . . Pfund 1.20
Bauernmettwurst . . . Pfund 1.25
Westfäl. Kochmettwurst Pfd. 1.10
Zervelat- u. Salamiwurst Pfd. 1.30
Rollschinken ca. 6–8 Pfund schwer . . Pfund 1.50
Landschinken ca. 8–12 Pfd. schwer Pfd. 1.35, 1.45
Mausschinken ca. 2–3 Pfund schwer . Pfund 1.35
Schinkenspeck in Stücken von 1½–4 Pfd. Pfd. 1.20
Magerer Speck . . . . Pfund 90 Pf.
Fetter Speck . . . . . Pfund 80 Pf.
Delikatess - Würstchen
D. 6 od. 8 Paar 95 Pf., D. 12 Paar 1.85
Regensbg. Würstchen Dose 3 Paar 85 Pf.

Aus unserer eigenen Konditorei:

Obsttorten

mit Kirschen-, Äpfel-, Aprikosen- und Stachelbeeren-Füllung

Stück 90 Pf., 1.80

Ständiger Verkauf: **Touristen-Konserven**

Hausmannskost: 14 verschiedene Gerichte ½ Dose 80 Pf.

Marke „Perfekt"

	½ Dose	1/1 Dose
13 verschied. Gerichte	1.00	1.80

5 verschiedene Suppen . . . . . 65 Pf.

Konserven ohne Feuer zu erwärmen Dose 85, 95 Pf., 1.40

Halberstädter Würstchen (Spezialmarke)

Dose	4 Paar	10 Paar	30 Paar
	95 Pf.	1.75	4.75

Frankfurter Würstchen

Dose	2½	5	10	20 Paar
	90 Pf.	1.50	2.75	5.25

***Frisches Fleisch u. *Fische**

Schmorfleisch . . . . . Pfund 90 Pf.
Rinderkamm 75, -brust Pfd. 70 Pf.
Querrippe . . . . . Pfund 65 Pf.
Pökelzunge . . . . . Pfund 1.30
Hammelkeule und Rücken im Ganzen . . Pfund 90 Pf.
Dicke Rippe . . . . . Pfund 85 Pf.
Schinken 85, Schulterblatt 65 Pf.
Kamm und Schuft . . Pfund 90 Pf.

Rückenfett Pfund 55, Liesen 65 Pf.
Kalbskamm und Bug Pfund 85 Pf.
Kalbskeulen . . . . . Pfund 1.10
Kassler Rippespeer Pfd. 90 Pf. bis 1.05
Wildschweinkeule . . . Pfd. 1.00
-rücken Pfd. 90, -blätter 75 Pf.
Rehrücken . . . . Stück 4.80 b. 9.50
-keulen 4.50 b. 7.50, -blätter 1.60 b. 2.25

Kabeljau ohne Kopf, in ganzen Fischen Pfund 11 Pf.
Seelachs ohne Kopf, in ganzen Fischen Pfund 8 Pf.
Schellfisch 2–4 Pfd. schwer Pfund 12 Pf.

Aalquappen Pfd. 20, Lachs in ganzen Fisch. Pfd. 58 Pf.
Leb. Aale Pfd. 65, 80 Pf., 1.05, 1.25
Leb. Krebse . . Mdl. 60 Pf. bis 4.00

Konserven

Gemischte Marmelade mit mehr als 25 % Capillärsirup gefärbt Eimer ca. 5 Pfund 1.25, Eimer ca. 10 Pfund 2.40
Apfelmarmelade mit Capillärsirup . . . . Eimer ca. 5 Pfund 1.65
Pflaumen-Konfitüre Eimer ca 5 Pfund 1.65
Marmelade englische Art, nur Frucht u. Zucker, Himbeer, Aprikosen, Kirschen, Eimer ca. 5 Pfund . . . 2.75, Johannisbeeren . 2.65
Oelsardinen Spezialmarke ½ Dose 1.30, ¼ Dose 85 Pf.
Marke Branc annês sans aretes, (ohne Gräten) . . . . . ½ Dose flach 85 Pf.

Wein

Bordeaux-Wein

inkl. Flasche	½ Fl.	bei 10 Fl.
1909 Les Bessannes	90 Pf.	88 Pf.
1909 Crû du Marin	1.05	1.02
1905 Dignac Landureau	1.15	1.10
1907 Parempuyre	1.35	1.30
1905 Pomerol-Lalande	1.60	1.55
1906 Chât. Pichon-Longueville Grand vin Pauillac	2.10	2.00

Roter Tischwein

inkl. Flasche	½ Fl.	bei 10 Fl.
1909 Saint Mathieu	65 Pf.	63 Pf.
1909 Sainte Barbera	75 Pf.	73 Pf.
1909 Almando . . .	80 Pf.	78 Pf.

Apfelwein

inkl. Flasche	½ Fl.	bei 10 Fl.
Borsdorf. Apfelwein	30 Pf.	29 Pf.
Fein. Borsdorf. Apfelwein	36 Pf.	35 Pf.

*Räucherwaren

Kieler Schleibücklinge ³/₄ St. 20, ²/₄ St. 10 Pf.
Makrelen-Bücklinge 2 St. 10 Pf.
Flundern . . . . . Pfund 30 Pf.
Aale Pfd 1.10, stark 1.50, Bd. 38 Pf.
Lachsstör . . . . . Pfund 68 Pf.
Matjes-Heringe Stück 10, 15, 20 Pf.
Sardellen . . . . . Pfd. 75, 90 Pf.
Gewürzgurken . . 4 Liter-Dose 1.35

Bevor Sie Ihre diesjährige Dampferpartie unternehmen, besichtigen Sie erst **Voigts Krampenburg** und Sie werden finden, daß es der schönste und passendste Ausflugsort ist.
R. Voigt, Post Schmöckwitz, Fernsprecher: Köpenick 227.

Wo? ist der schönste Ausflugsort? Immer noch **Pichelswerder**, an der neuen Heerstraße beim **Alten Freund.**

Jeder **Arbeiter**, jeder **Handwerker**, jeder praktisch arbeitende **Mann**
der für seine **Arbeit**, für seinen **Beruf**, besonders vorteilhaft geeignete **Kleidung** nötig hat, kauft diese bei der bekannten Firma
Kohnen & Jöring, Berlin 49. **Arbeitskleidung - Berufskleidung.**
Größtes Spezialgeschäft dieser Art.
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 — Landsberger Allee 148 — Neukölln: Bergstr. 66.
Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Machart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Bettenstand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 12006R*

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Spottbilliger Bettenverkauf. Wäscheverkauf. Gardinenverkauf. Teppichverkauf. Goldwarenlager. Riesenauswahl Herrengarderobe. Sonntagsverkauf ebenfalls. *

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Katz, Weichselstraße 14. *

Monatsgarderobe, staunend billig Kleinmann, Rosenthalerstraße 59, kein Laden. 100/14*

Kinderwagen. Geschäftsaufgabe Klappwagen, Kinderbetten spottbillig. Kottbuserdamm 90. †58*

Wanderkarten und Bücher, Reiseführer, Kursbücher hält stets am Lager. Buchhandlung Vorwärts. Lindenstraße 69.

Kinderdrahtbett, Klappsportwagen, Joachim, Frankfurter Allee 128 III.

Teppiche, farbfehlerhafte, spottbillig, Gardinen, Portieren, Steppdecken, halben Preis. Vorwärtslesern 5 Prozent Extrarabatt. Teppich-Thomas, Oranienstraße 126. 6158R*

Leihhaus Moritzplatz 58a! kaufen Sie spottbillig von Kavalieren wenig getragene sowie im Versatz gewesene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide gearbeitet 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarderobe, enorm billig. Riesenposten Kleider, Kostüme, Mäntel, auf Seide gearbeitet, früher bis 150, jetzt 20—35 Mark. Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Uhren und Goldwaren enorm billig nur Moritzplatz 58a I. 1918*

Reichgestickte Tischdecken in Filztuch 1,35, Viktoriatuch 2,35, Plüsch 4,35, Kochelleinen 2,65. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. *

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer. Gebunden 3 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Nähmaschinen, gebrauchte, in allen Systemen billigst, schon von 10 Mark an. Bellmann, Gollnowstraße 26. 298R*

Teppiche, Farbenfehler, spottbillige Riesenposten, Portieren, Gardinen, Plüschtischdecken, Diwandecken, Möbelstoffe, Läuferstoffe. Potsdamerstr. 109, Conrad Fischer. Vorwärtsleser Extrarabatt. 618R*

Haus mit Garten, Laube, nahe am Bahnhof und Wald, ist zu verkaufen. Fürstenwalde (Spree), Lebuserstraße 1. †95

Geschäftsverkäufe.

Zigarrengeschäft mit Stube, Kammer, Küche, Miete 27 Mark, verkäuflich Neukölln, Glasowstraße 24.

Plättgeschäft sofort zu verkaufen Cantianstraße 19. †87*

Restaurant wegen Todesfalls billig zu verkaufen. Engel, Kolonistraße 137. †52

Ecklokal, gutgehend, mehrere Vereine, Zahlabend, ist krankheitswegen verkäuflich. Zu erfragen Spedition, Müllerstraße 34a. †123

Restaurant, große Brauereihilfe, Gartenverkehr, billig verkäuflich Brunnenstraße 165. †89

Markthalle, kleine, Gespann, Riesenumsatz, umständehalber. Lagerkarte 141, Postamt 19. 191/7

Parteilokal, nahe Berlin, krankheitshalber preiswert zu verkaufen oder verpachten. Offerten unter G. 2 an die Hauptexpedition des „Vorwärts". 1181b*

Schankgeschäft krankheitswegen, erforderlich 400,00, Ritterstraße 114.

Möbel.

Dreihundert Bettstellen, Matratzen von 5,—, Kleiderschränke, Vertikos 12,—, Kommoden, Küchenspinde, Waschkommoden, Spiegelspinde 10,—, Tische 3,—, Sofatische 7,50 an usw. Neue Möbel sehr billig. Möbelspeicher Prinzenstraße 71, Stargardt u. Zubeil. 665R*

Nußbaumwirtschaft, bildschöne Stube, herrliche Kücheneinrichtung, für jeden annehmbaren Preis verkäuflich. Händler verbeten. Bauer, Große Frankfurterstraße 85, eine Treppe. 100/3*

Zentrale für Arbeitermöbel liefert Reformeinrichtungen in gediegener Arbeit an Reelldenkende auch auf Teilzahlung und bittet Parteimitglieder um Besuch der großen Läger. Niedrige Anzahlung. Zinsvergütung. Gelegenheitskäufe in gebrauchten Möbeln. Verkaufsstelle Schatz, Brunnenstraße 160, Eingang Ankamerstraße.

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Wer Möbel reell und dabei billig kaufen will! Mein Spezialgeschäft für Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen bietet Ihnen Vorteile. Geschmackvolle Mustermöbelhaus, auch gute gebrauchte sowie zurückgesetzte Möbel. Bequeme Zahlweise gestattet. Kassapreis Zinsvergütung, kleine Anzahlung. Bekannte Rücksichtnahme bei Krankheit, Aussperrung usw. Tischlermeister Gabbert, Ackerstraße 54. 245/20*

Nußbaumwirtschaft, Stube, Küche, alles noch neu, fabelhaft billig. Rosenthalerstraße 57, vorn III rechts, Glas.

Sapelimahagoni-Salons! Kleiderschrank, entzückend ausgeführt, Umbau mit großem Kristallspiegel und 2 Seitenschränken, Tisch, Sofa, 2 Sessel, 2 Stühle komplett 550,00. Riesiges billiges Angebot. M. Hirschowitz, Skalitzerstraße 25, Hochbahn Kottbuserstor. 659R

Schlafzimmer-Einrichtung und großer Spiegel preiswert zu verkaufen Weinbergsweg 5, Quergebäude II links. †36

Bilder.

Bilder. Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 2218R

Fahrräder.

Gebrauchte Damenfahrräder, Herrenfahrräder, Rennräder, außerordentliche Gelegenheit, allerbilligst. Weinmeisterstraße nur Nr. 2, Chausseestraße 92, Große Frankfurterstraße 144, Neukölln, Hermannplatz 6, Bergstraße 4, bei Katz.

Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a, I. Etage. 798R*

Kaufgesuche.

Zahngebisse, Goldsachen, Silbersachen, Platinabfälle, sämtliche Metalle höchstzahlend. Schmelzerei Christiansen, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 59/1*

Goldschmelze kauft Silber, Platinabfälle, Zahngebisse, Quecksilber, Stanniol, alle Metalle, höchstzahlend Witwe Marie Nieper. Nur Köpenickerstraße 157. 479R*

Platinabfälle, alte Goldsachen, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Rehrgold, Goldwatten, Quecksilber, Stanniol sowie sämtliche Gold-, Silber-, platinhaltigen Rückstände kauft Broh, Edelmetallschmelze, Berlin, Köpenickerstraße 29. Telephon Moritzplatz 3476. 580R*

Platinabfälle, Gramm 5,70, Altgold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft höchstzahlend Blümel, Schmelzerei, Augustinstraße 19 III. †3*

Fahrräderankauf, auch defekte, allerhöchste Preiserzielung, Weberstraße 42. 99/15*

Briefmarken, Münzen kauft Grossmann, Spandauerbrücke 2. 99/1*

Zahngebisse, Platinabfälle, Goldeinkauf, Silber, Quecksilber, Stanniol höchstzahlend Schmelzerei Müller, Teltowerstraße 10. 1104b*

Unterricht.

Auto-Fachschule (Ingenieur Schapiro), staatlich konzessioniert, mit großer Reparatur-Werkstätte, Berlin-Wilmersdorf, Berlinerstraße 16. Tag- und Abendkurse. Honorar 100 Mark. 137K*

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Sminta-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 448R*

Verschiedenes.

Patentanwalt Seffel, Gitschinerstraße 94a.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Höchstbeleihend. Pfandleihe, Schwedterstraße 11. 248/8*

Aufpolsterung, Sofa, Matratzen, billig, im, außerm Hause. Chausseestraße 74, Schäfer. 100/16

Vermietungen.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, zwei Herren oder Damen. Waldemarstraße 16 IV, Retzier. †11

Schlafstelle, bessere, bei Frau Bredow, Markusstraße 39, vorn III.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Zigarren vorschußlos Herren in Großbetrieben kommissionsweise werden zum Weitervertrieb abgegeben. Offerten D 2 Hauptexpedition des „Vorwärts". 1175b

Flaschenspülerinnen verlangt. Offerten A. Z. Postamt 31. 753R

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Gewerkschaftliches.

Blutige Zusammenstöße zwischen Streikenden und Polizisten.

In Krefeld ist es zu blutigen Zusammenstößen der Polizei mit den Streikenden gekommen. Nach einer von vielen Tausenden besuchten Versammlung am Dienstag forderte die Polizei in der bekannten Weise die auf dem Heimwege befindlichen Arbeiter auf, „schneller zu laufen“. Da bei der großen Zahl der Menschen, sich die Masse nicht in dem von der Polizei gewünschten Tempo vorwärtsbewegen konnte, gab es die üblichen, bei der Polizei beliebten Stöße und Püffe. Die Versuche des Zentralvorstandsmitgliedes Rössel, die Polizei zu beruhigen, brachten Rössel gleichfalls derbe polizeiliche Zurechtweisungen ein. Als die Sache schließlich schon beigelegt schien, und die Massen sich verlaufen hatten, rückte aus einem nahen bestreikten Färbereigebäude Verstärkung der Polizeimacht an. Die Polizei ging mit gezogenem Säbel gegen die Arbeiter vor. Ein Färber, der einen Polizisten vom Schlagen abhalten wollte, bekam 10 Hiebe mit dem Säbel und stürzte auf der Straße zusammen. Die alte Mutter des Verletzten wollte ihren Sohn wegziehen. Ein Polizist schlug die alte Frau mit dem Säbel, so daß sie eine blutende Wunde am Arm davontrug. Als sie trotzdem blieb, um ihren Sohn vor weiteren Schlägen zu schützen, packte sie ein Polizist und schleuderte sie zur Erde. Der Vater des Verletzten, der gleichfalls hinzukam, um Mutter und Sohn vor der Polizeiwillkür zu retten — beiläufig bemerkt, ist der Vater ein 66 Jahre alter Invalide — erhielt gleichfalls Schläge mit dem Säbel über den Rücken und wurde auf die Erde geworfen. Dann ließen die Polizisten von dem Färber ab und wandten sich anderen des Weges kommenden Arbeitern zu. Eine Beschwerde beim Oberbürgermeister gegen diese Uebergriffe der Polizei wurde zurückgewiesen. Der Oberbürgermeister antwortete: die Beamten handelten den Vorschriften des Gesetzes entsprechend! Wer da glaube, daß ihm Unrecht geschähe, müsse sich beschweren. Es würden dann die Gerichte und die höheren Instanzen entscheiden. — So trägt die Polizei durch ihr schneidiges Vorgehen unnütze Schärfe und Erbitterung in diesen Kampf der Seidenfärber hinein.

Berlin und Umgegend.

Gewerkschaftsfeindliche Bestrebungen der Firma Peek u. Cloppenburg.

In einer gutbesuchten Versammlung der bei der Firma Peek u. Cloppenburg beschäftigten Konfektionsschneider wurden verschiedene Mißstände zur Sprache gebracht, welche sich bei dieser Firma in der letzten Zeit besonders auffällig bemerkbar machten.

Während des Streiks der Konfektionsschneider war es einem Angestellten der Firma, Herrn Roethig, gelungen, eine Anzahl Streikbrecher für die Hosen- und Westenabteilung zu gewinnen, wofür ihn Herr Cloppenburg gelegentlich einer Verhandlung vor den Vertretern des Verbandes der Schneider besonders belobte. Durch dieses Lob fühlt sich dieser sowohl als die anderen Angestellten angespornt, dafür zu sorgen, daß den organisierten Arbeitern das Leben recht sauer gemacht wird. In der Abteilung für Hosen und Westen sind in der letzten Zeit eine Anzahl organisierter Arbeiterinnen entlassen worden, weil sie nicht genügend leisten, obwohl sie bereits 10 bis 15 Jahre in dieser Branche arbeiten. Dafür sucht die Firma Arbeiterinnen zum Anlernen. Als besonders geeignet zum Anlernen erscheinen dem Meister Raabe jene Arbeiterinnen, welche sich früher als Streikbrecherinnen ausgezeichnet haben, oder zu einem Streikbrecher in einem Verwandtschaftsverhältnis stehen. Daß diese Leute nicht gerade als gute und leistungsfähige Arbeiter anzusehen sind, ist schon daraus zu entnehmen, daß die von den organisierten Arbeiterinnen geleistete Arbeit den Streikbrechern eingeschrieben wird. So wurde von den Arbeiterinnen, die im Wochenlohn beschäftigt sind, mitgeteilt, daß im Laufe der Zeit einzelnen Arbeiterinnen statt 50 und 52 Westen nur 44 in das Arbeitsbuch eingetragen wurden, wogegen den Streikbrechern statt 34—40 Westen eine entsprechende Anzahl mehr eingeschrieben wurde. Die Direktrice trägt nämlich in ein Buch die von den einzelnen Arbeiterinnen geleistete Arbeit ein, und steht es daher in ihrer Macht, welche Arbeiterin sie als „genügend leistungsfähig“ bezeichnen will oder nicht.

Auf diese Weise wird es natürlich den Arbeiterinnen nie gelingen, genügend zu leisten. Und aus den Büchern wird immer gegen sie bewiesen werden können, daß sie zu wenig gearbeitet haben. An diesen Dingen ist die Geschäftsleitung im wesentlichen schuld. So wurde in der Versammlung ausgeführt, daß Herr Osterkamp, der Mitinhaber des Geschäfts, dem Vertrauensmann der Arbeiter erklärte, er gebe ihm 50 Mark, wenn er seine Arbeit bei der Firma aufgebe. Neuerdings kommen die Zuschneider her und erklären den Arbeitern, daß sie während dem Streik das Arbeiten verlernt hätten und nicht mehr zu gebrauchen seien. Demgegenüber wurde in der Versammlung allgemein erklärt, daß die Schnitte der Zuschneider zurzeit so schlecht ausfallen, daß vielfach geändert werden muß und die Arbeiter für die Fehler der Zuschneider verantwortlich gemacht werden. Aus diesen Gründen herrscht ein fortwährender Wechsel mit den Arbeitern und alte Leute, deren Arbeit früher als Muster vorgelegt wurde, sind nicht mehr imstande, zufriedenstellende Arbeit zu liefern.

Der Vertreter der Ortsverwaltung führte aus, daß es ihm nach Lage der Sache nicht angezeigt erscheine, mit der Firma wegen dieser Klagen in Verbindung zu treten, da nach den Erfahrungen bei den letzten Verhandlungen nicht anzunehmen sei, daß die Geschäftsleitung der Arbeiterschaft den Angestellten gegenüber zu ihrem Rechte verhelfen werde. Schon bei einigen Verhandlungen und insbesondere nach beendigtem Streik habe sich gezeigt, daß die Geschäftsleitung ohne weiteres auf die Seite der Angestellten trete und deren Maßnahmen in vollem Umfange decke. Es müsse daher in den Kreisen der Kollegenschaft auf die derzeitigen Vorkommnisse aufmerksam gemacht werden und sei dann anzunehmen, daß sich andere Kollegen hüten, bei der Firma Peek u. Cloppenburg in Arbeit zu treten.

In der äußerst lebhaften Diskussion wurde sowohl von den Werkstatt- als Heimarbeitern ganz allgemein betont, daß die Firma darauf bedacht sei, die Arbeiter auf diese Weise aus ihren Organisationen hinauszugraulen; sie werde damit kein Glück haben, da die Arbeiterschaft zufrieden sei, mit Hilfe der Organisation die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Berliner Herrenkonfektion ordnen zu können.

Es wurde dann folgende Resolution angenommen:

> Die Versammlung der Konfektions-Heim- und Werkstattarbeiter und Arbeiterinnen der Firma Peek u. Cloppenburg protestiert gegen die ungerechtfertigten Entlassungen der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen und das Verhalten des Meisters Raabe gegenüber der Kommission der Arbeiter. Die Versammlung ersucht die Organisation, geeignete Schritte zu unternehmen, damit diese Mißstände beseitigt werden. Des weiteren sollen in Gemeinschaft mit den beteiligten Arbeitern und Arbeiterinnen geeignete Schritte unternommen werden, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Hosen- und Westenabteilung tariflich zu ordnen.

Schwarzer Terrorismus.

In der Abteilung Kugelfabrik der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik Wittenau ist ein Ingenieur Hahnsis angestellt. Dieser Herr betreibt, wie in einer Betriebsversammlung der Arbeiter bekannt gegeben wurde, eine rege Agitation für einen katholischen Arbeiterverein, eine Tätigkeit, die ja wohl eigentlich mit der Herstellung von Kugeln nichts zu tun hat. Der Herr scheint sich aber im Betrieb nicht recht auszukennen, sonst würde er dem Vertrauensmann des Deutschen Metallarbeiterverbandes nicht angeboten haben, zum katholischen Arbeiterverein überzutreten. Als der Vertrauensmann dieses Ansinnen zurückwies, scheint man die Absicht gehabt zu haben, gegen ihn „christlich“ vorzugehen; denn bald nach diesem Vorfall sollte er auf einen bei den Haaren herbeigezogenen Grund entlassen werden. Die Entlassung selbst wurde allerdings durch Eingreifen der Betriebskommission verhindert, aber immerhin ist der betreffende Vertrauensmann in eine andere Abteilung versetzt. Ein anderer Arbeiter ist seit 9 Jahren Dissident, und ausgerechnet an ihn wurde zunächst das Ansinnen gestellt, dem katholischen Arbeiterverein beizutreten. Er wurde vom Ingenieur Hahnsis gefragt, ob er sich nicht wieder taufen lassen und zum katholischen Glauben übertreten wolle; er könne ja dann auch wieder zur Beichte gehen. Der Herr, der sich so sehr um das Seelenheil der Arbeiter in der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik bemüht, kam auch hier an die falsche Adresse. Schließlich ist es auch nicht Sache eines Betriebsingenieurs, sich um das Seelenheil der ihm unterstellten Arbeiter zu kümmern.

Dieser Herr scheint seine Stellung im Betrieb noch nicht recht verstanden zu haben, sonst würde er sich nicht erlauben, sich in die Privatverhältnisse der Arbeiter einzumischen. Was würde er wohl sagen und welche Entrüstung würde sich bei ihm zeigen, wenn Arbeiter sich in seine Privatverhältnisse einmischen würden. Die Betriebskommission wurde beauftragt, Schritte zu unternehmen, die ein derartiges ungebetenes und unbefugtes Einmischen der Vorgesetzten in die Privatverhältnisse der Arbeiter in Zukunft verhüten.

Deutsches Reich.

Immer noch Differenzen im Malergewerbe.

Drei Wochen nach Annahme der Schiedssprüche durch die beiden Organisationen im Malergewerbe ist es dem Unternehmerverband, der während der Aussperrung fälschlich so viel mit der Disziplin seiner Mitglieder renommierte, noch nicht gelungen, seinen Abmachungen im eigenen Lager allgemeine Anerkennung zu verschaffen. Noch immer treibt der Gau Rheinland-Westfalen des Unternehmerverbandes offene Obstruktion, operiert mit einem tarifwidrigen Revers und mit schwarzen Listen. Er gab bekannt, daß seine Mitglieder am 11. Juni über die Schiedssprüche abstimmen werden. Bis dahin würde es sich jeder Meister reiflich überlegen können, wie er zu stimmen habe. Dieses disziplinwidrige Verhalten der Unternehmer durch einen seiner Unterverbände muß sich der Unternehmerverband ruhig gefallen lassen. Eilfertig aber hatte er, einen Tag nach Annahme der Schiedssprüche, gegen die Arbeiterorganisationen bei den Unparteiischen den Vorwurf erhoben, sie bereiteten den Tarifabschlüssen massenhafte Schwierigkeiten. Es geschah dies, wie jetzt feststeht, ohne daß die Beschwerde irgendeine Grundlage hatte, nur zu dem Zwecke, nach außen die Seitensprünge im eigenen Lager zu verdecken und mit dem Schreiben der Unparteiischen ausgerüstet, die örtlichen Verhandlungen zu erschweren.

Auch die Unternehmer Hamburgs treiben ihr scharfmacherisches Spiel weiter. Sie sind nicht gewillt, ihre Provokationen gegen die Gehilfen rückgängig zu machen und sie lehnten Verhandlungen unter Vorsitz eines Unparteiischen rundweg ab. Jetzt suchen sie offen und versteckt in allen möglichen Zeitungen Gehilfen nach Hamburg, doch werden wohl wenige Lust haben, den Hamburger Herren bei ihrem organisations- und tariffeindlichen Bestreben behilflich zu sein. Auch der Hamburger Unternehmerverband ist seinen renitenten Mitgliedern gegenüber völlig machtlos.

Im übrigen Deutschland sind die Differenzen mit wenig Ausnahmen erledigt. Vielfach aber versuchen sich die Unternehmer um ihre Verpflichtungen zu drücken, doch haben hier die Gehilfen zumeist durch energisches Eingreifen den Herren die nötige Verpflichtung beigebracht. Teilweis wurden auch Maßregelungen versucht und mehrfach obstruieren die Unternehmer bei den örtlichen Verhandlungen oder versuchen um den Abschluß eines Tarifes herumzukommen. Erschwerend wirkt, daß selbst der Unternehmerverband von oben herab, um seine durch den Mißerfolg erlittene Blamage seinen Mitgliedern gegenüber zu verschleiern, diese durch allgemeine Instruktionen zu direkten Tarifumgehungen und unberechtigtem Widerstand gegen berechtigte Ansprüche der Gehilfen anreizt. Viel Glück hat er freilich mit diesem Beginnen nicht; er schmiedet vielmehr die in dem ihr aufgezwungen gewesenen Kampfe erprobten Arbeiter des Malergewerbes in ihrer Organisation nur noch fester zusammen. Wahrscheinlich werden sich in Kürze die Zentralinstanzen noch mit den schwebenden Differenzen zu beschäftigen haben.

Den Boykott über die Zichorien der Firma J. G. Weiß in Frauendorf bei Stettin verhängte am Mittwoch das Stettiner Gewerkschaftskartell durch einstimmigen Beschluß. Seit dem 3. April streiken dort die Arbeiter und Arbeiterinnen um eine geringfügige Verbesserung ihrer miserablen Tagelöhne. Und trotzdem im Verlauf dieses Streiks jetzt der Arbeiter Kühl unter dem Messer eines arbeitswilligen Mordbuben verblutete und es zum blutigen Kampfe zwischen der Polizeimacht des Klassenstaates und einer erregten Volksmenge kam, zeigt sich Herr Weiß noch nicht zum Nachgeben bereit. Er wird wohl auch nichts dagegen haben, daß nur die Gesinnungsgenossen des „nützlichen Elements“ Brandenburg seine Zichorienbrühe trinken.

Kleines Feuilleton.

Das „humane“ Kriegsgeschoß. Zu bemerkenswerten Darlegungen über die Barbarei der modernen Kriegsführung und speziell die Schädlichkeit der neuesten deutschen Geschoßmodelle kam es dieser Tage auf der vom russischen Roten Kreuz einberufenen Aerzteversammlung in Petersburg, die auf Grund der Berichte der Kriegsteilnehmer die Lehren des Balkankrieges erörterte. Eingeleitet wurde die Versammlung durch eine Ansprache des früheren Hauptchirurgen der Garnison von Port Arthur, Dr. W. Hübenett, der auf Grund der Mitteilungen der Fachpresse feststellte, daß das in der türkischen Armee eingeführte Spitzgeschoß deutschen Modells die Zahl der Verwundungen bedeutend erhöht habe. Allerdings, bemerkte er, verlaufe die Heilung der Wunden im allgemeinen günstiger als bei den Verwundungen durch die alten Geschosse, und deshalb sei es zu begrüßen, daß das Spitzgeschoß in fast sämtlichen europäischen Heeren eingeführt sei.

Die Berichterstatter, die die Wirkung der neuen Geschosse mit eigenen Augen beobachtet hatten, wandten sich indessen sehr energisch gegen diese Verherrlichung des „humanen“ deutschen Geschosses. Dr. N. Kotschetow, der allein bei Kirk-Kilisse 980 Verwundete, darunter 576, die durch Spitzgeschosse verwundet waren, behandelt hatte, erklärte, die Verwundeten, die in die Hospitäler eingeliefert wurden, seien allerdings mit verhältnismäßig leichten Verletzungen davongekommen, und 80—90 Proz. von ihnen seien geheilt entlassen worden. Aber die Mehrzahl der Schwerverletzten sei infolge der tödlichen Wirkung der modernen Geschosse bereits auf dem Schlachtfelde verendet! Besonders schwer seien die Verletzungen, wenn die Knochenteile durch das Spitzgeschoß getroffen würden. Ferner habe er beobachtet, daß das Spitzgeschoß sich im Fluge überschlage und die Körperteile mit dem stumpfen Ende treffe, was häufig gerissene Wunden herbeiführe. Auch der zweite Berichterstatter Dr. Stromberg, der bei Adrianopel gearbeitet hatte, verhielt sich dem neuen Geschoß gegenüber äußerst kritisch. Auch er wies darauf hin, daß die Sterblichkeit infolge der Verwundungen nicht auf Grund der Kranken in den Hospitälern beurteilt werden könne. Eine bedeutende Anzahl der Verwundeten gelange nicht nur nicht in die Hospitäler, sondern nicht einmal bis zu den Verbandsstellen in den vorderen Positionen. Infolge des ungeheuren Blutverlustes, der entsetzlichen Knochenbrüche und der Verletzung der inneren Organe stürben die meisten Verwundeten bereits auf dem Schlachtfelde. Das angeblich „humane“ Spitzgeschoß zeige sich auf diese Weise als weit verderblicher als die alten Geschosse.

Der Wettersturz. Der im Juni bei uns selten ausbleibende Kälterückfall hat sich auch in diesem Jahre mit beinahe mathematischer Pünktlichkeit eingestellt. Nach einer längeren Periode warmen und sommerlichen Wetters ist im Laufe der Woche ein sehr empfindlicher Rückschlag eingetreten, der uns kühles, regnerisches und stürmisches Wetter gebracht hat. Während in der Vorwoche die Temperaturen täglich 25 Grad Wärme überschritten, vielfach sogar 30 Grad Celsius erreichten, sind in den letzten Tagen die Wärmeverhältnisse erheblich unter den normalen Werten geblieben. Donnerstag mittag überstieg das Quecksilber in weiten Teilen Norddeutschlands kaum 10 Grad, blieb zum Teil sogar noch darunter. Dabei wehten im größten Teil des Landes, vor allem in Norddeutschland sowie im Küstengebiet der Nord- und Ostsee, stürmische Winde, zunächst aus südwestlicher, dann aus westlicher und nordwestlicher Richtung, unter deren Einfluß die Temperaturen weiter zu sinken scheinen. Lediglich im Südwesten waren bisher die Wärmeverhältnisse ungefähr normal; in Oesterreich-Ungarn war es sogar bis Mittwoch noch recht warm. An der Nordsee herrschte Sturm der Stärke VIII, an der mittleren Ostsee zeitweilig sogar der Stärke IX. der zwölfteiligen Skala. Die im ganzen Lande niedergegangenen Regenfälle fielen zum Teil in Form starker Schauer. Den Anlaß des Wettersturzes hat der Vorbeigang zweier tiefer Depressionen gegeben, von denen die erste bereits wieder nach dem Nordosten abgezogen ist, während die zweite auf ihrem Zuge durch das Nord- und Ostseegebiet der vorangegangenen langsam folgt. Dieses zweite Minimum wies zeitweilig im südlichen Norwegen einen niedrigsten Druck von 735 Millimeter auf, war also für die gegenwärtige Jahreszeit recht tief. Das Maximum von 770 Millimeter Höhe hat sich, wie immer bei dieser Wetterlage, nach dem Atlantik zurückgezogen und bringt nun mit feuchtkühlen Seewinden hinter dem abziehenden Wirbel wieder nach dem Kontinent vor. Da aber südwestlich von Island schon eine weitere Depression erschienen ist, so ist es recht fraglich, ob die unfreundliche Witterung sobald schon ihr Ende erreicht.

Fabelhafte Preise für Bilder. Die 800 000 M., die bei der Versteigerung der berühmten Steengracht-Galerie in Paris für Rembrandts „Bathseba“ gezahlt wurden, stellen den größten Preis dar, der bisher für ein Bild auf einer öffentlichen Auktion angelegt wurde. Dieser Rekord ist ein neuer Beweis für die ungeheuren Preissteigerungen, die der Kunstmarkt in der letzten Zeit erfahren hat. Ein ähnlicher Rekordpreis war es, als vor etwas über einem Jahre in Paris für Mantegnas „Heilige Familie“ fast 600 000 M. gezahlt wurden. Zu gleicher Zeit erzielte beim Verkauf der Sammlung Borden in New York Rembrandts „Lucrezia“ einen Preis von 520 000 M. In der Auktion Doucet zahlte Henri von Rothschild 480 000 M. für ein Pastell von Latour; bei der Versteigerung Levaigneur brachte Rembrandts „Frau mit dem Huhn“ 380 000 M. und beim Verkauf der Sammlung Rouart brachte Durand-Ruel ein Gemälde von Degas für die Summe von 340 000 M. in seinen Besitz. Einen Rekord stellte auch der Preis von 468 000 M. dar, der 1911 bei Christie für einen Raeburn angelegt wurde. Das alles sind Preise aus den letzten zwei Jahren.

Für die „Sudeleien“ von Frans Hals zahlte man im 18. Jahrhundert kaum ein paar Mark. Auf einer Leydener Auktion brachte 1772 das Porträt des „Peter van der Mersch“ 25 M., 1786 der „Johannes Acronius“ in Berlin 5 M. Ein Porträt, das 1870 in Paris 15 000 Frank brachte, wurde dann nicht ganz 30 Jahre später von Pierpont Morgan für 650 000 Frank gekauft. In allerjüngster Zeit ist von einem Amerikaner für ein Gruppenbildnis von Hals eine Million Mark angelegt worden. Rubens, der schon bei Lebzeiten Preise von 100—1200 Gulden pro Bild erhielt, hat auch riesige Preissteigerungen durchgemacht. Seine großen Altarbilder in Antwerpen, die 1776 mit 12—14 000 Florin geschätzt wurden, würden heute ebenso viele Millionen bringen, wie damals Tausende. Zwei kleinere Arbeiten von ihm wurden aus der Blenheim-Sammlung in London für eine Million Mark verkauft.

Notizen.

— Das Lessingtheater wird unter der neuen Direktion Barnowskis mit Ibsens Peer Gynt eröffnet werden (mit der Musik von Grieg).

— Die Qualität der Refusierten. Zwei von den refusierten Künstlern der Sezession sind soeben ausgezeichnet worden. Der Bildhauer A. Oppler erhielt von der internationalen Kunstausstellung in München die große goldene Medaille. Hersteins Gemälde „Ziegen“ wurde für die Gemäldegalerie in Stuttgart angekauft.

— 58 Theaterdirektoren auf der schwarzen Liste. Die Liste der finanziell unzuverlässigen Direktoren, die von der Deutschen Bühnengenossenschaft allwöchentlich veröffentlicht wird, hat jetzt die stattliche Höhe von 58 Namen erreicht. In der Mehrzahl handelt es sich dabei um die Leiter von Tourneen und um Direktoren, die in kleineren Orten vergebens gegen das Kino ankämpfen. Doch finden sich auch solche Namen, die in Berlin früher gut angeschrieben waren.

— Gustav Freytag über den neuen Herrn. Der Briefwechsel Gustav Freytags mit Albrecht von Stosch, der soeben veröffentlich wird, bringt mancherlei Streiflichter und Glossen, die wieder einmal zeigen, wie loyale Leute unter sich ziemlich illoyal reden und denken. Freytag schreibt z. B. am 15. April 1889:

> ... An dem jungen Herrn bekümmert mich, daß er bei seinem Regiment so sehr den Schneider zu Hilfe nimmt. Auch das Bedürfnis dieser Art von Wirkungen gehört zu den Schatten, welche das neue Kaisertum in die Seelen der Hohenzollern wirft. Die Einzelheiten sind an sich wenig, aber zusammen werden sie allmählich ein Strick, der abwärts zieht. Und es ist wunderlich zu beobachten, wie sich beim Großvater, Vater, Sohn die Schauspielerei anders nuanciert, aber immer bedenklicher zeigt.

— Die Proteste gegen Hauptmanns Festspiel werden von den Patrioten systematisch weiter ausgebaut. Jetzt hat eine Korona von schlesischen Junkern, Offizieren, Beamten — also lauter „führende Persönlichkeiten“ — eine Erklärung dagegen losgelassen. Sie finden: „das Festspiel erweckt mehr den Eindruck einer Verherrlichung Napoleons als der Freiheitskriege und ihrer Helden.“

Na, den seligen Friedrich Wilhelm, den man mit Gewalt zum Befreier machen mußte, und ähnliche Nummern konnte Hauptmann nicht gut zu Helden umwandeln.

Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 12. Juni 1913, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Michelet eröffnet die Sitzung nach 5½ Uhr.

Die Deputation für die Gaswerke wird verstärkt durch den Stadtv. Fischer (Soz.); für den verstorbenen Stadtv. Bracke (N. L.) soll in der nächsten Sitzung Ersatz gewählt werden.

Für die Ausschmückung der Plätze anläßlich des Regierungsjubiläums des Kaisers verlangt der Magistrat die Hergabe von 70 000 M. aus städtischen Mitteln. Der unter Mitwirkung der Berliner Künstlerschaft durch ein Komitee aufgestellte Ausschmückungsplan erstreckt sich auf die Straße Unter den Linden, die Friedrich-, Leipziger und Königgrätzer Straße sowie den Lustgarten, die Schloßbrücke, den Franz-Joseph-Platz, den Pariser und Potsdamer Platz sowie den Platz vor dem Brandenburger Tor. Für die Straßen haben die Anwohner 124 000 M. zusammengebracht, der städtische Beitrag soll die Ausschmückung der Plätze ermöglichen.

Stadtv. **Heimann** (Soz.): Seit Monaten gehen durch die Zeitungen Nachrichten über die Ausschmückung von Straßen und Plätzen zum Regierungsjubiläum des Königs; seit 10 bis 12 Tagen wird überall angestrengt gearbeitet, die sogenannte Ausschmückung ist fast fix und fertig, und endlich werden jetzt auch die Stadtverordneten, die dafür Gelder bewilligen sollen, damit befaßt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch neulich haben wir über eine Geldbewilligung beraten, als die Veranstaltungen für die Wagnerfeiern, wofür die Gelder bestimmt waren, schon fast vorbei waren. Was soll man zu solchen Uebergriffen des Magistrats in der Verwendung nicht bewilligter Gelder sagen? Die einzig richtige Antwort wäre die glatte Ablehnung solcher Anträge! Wie die Dinge hier liegen, ist daran nicht zu denken; jedenfalls aber erheben wir den schärfsten Protest gegen die den Stadtverordneten auf diese Weise gezeigte Mißachtung und nehmen an, daß auch die bürgerlichen Parteien sich diesem Protest anschließen. Der Magistrat scheint überhaupt unser Geldbewilligungsrecht, unser vornehmstes Recht, geflissentlich beiseite zu schieben. Der Kaisertochter hat die Stadt zur Hochzeit einen kostbaren Teppich verehrt; bis auf den heutigen Tag ist uns darüber amtlich nichts bekannt geworden. (Hört! hört!) Entweder ist das Geld von privater Seite aufgebracht, dann wäre aber nicht zu begreifen, wie der Oberbürgermeister bei der Ueberreichung von einem Geschenk der Stadt Berlin reden konnte, oder es sind städtische Mittel verwendet worden. (Rufe: Auf Abzahlung! Heiterkeit.) Das möchte ich einstweilen nicht glauben. Vielleicht ist das Geld aus dem Titel „Zu repräsentativen Zwecken" entnommen worden, der 15 000 M. enthält. Träfe dies zu, dann brauchte der Magistrat zwar keine Genehmigung der Versammlung, er hätte aber dem Titel geradezu Gewalt angetan. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Für ein Hochzeitsgeschenk, über dessen Auswahl man wahrscheinlich wochenlang beliberiert hat, aus diesem Titel eine Summe zu entnehmen, die allein mehr als ein Drittel des genannten Titels ausmacht, das kann doch von uns nicht gutgeheißen werden, wenn wir nicht zugeben wollen, daß wir mit der Beseitigung des Geldbewilligungsrechtes einverstanden sind. Eventuell würden wir beantragen müssen, bei der nächsten Etatsberatung diesen Titel um ein Drittel zu kürzen und die Zweckbestimmung genau zu begrenzen. Die Begründung der heutigen Vorlage trägt einen merkwürdigen, zwiespältigen Charakter. Teils will sie dem Kaiser eine Huldigung bringen, teils stellt sie sich in den Dienst von Hotelbesitzern und Hoflieferanten. Objektiv, wie wir Sozialdemokraten nun einmal sind, könnten wir uns vorstellen, daß der Magistrat als streng monarchische Körperschaft die Mittel für die Huldigung von uns erbittet; aber sich ins Schlepptau dieser Geschäftsleute nehmen zu lassen und ihnen einen Teil der Reklamekosten abzunehmen, das scheint mir der Würde der Stadt nicht entsprechend. Im „Berliner Tageblatt" war jüngst zu lesen, daß die Stadt Berlin demnächst darum angegangen werden solle, ein gewisses Reklamebudget alljährlich in den Etat einzustellen. Das läßt erkennen, daß der Weg, auf den der Magistrat mit dieser Vorlage tritt, sehr abschüssig ist. Der Magistrat hätte bessere und vornehmere Formen finden können, wie die 70 000 M. auszugeben wären. Soziale Möglichkeiten stehen dazu in den Zeiten der beginnenden Arbeitslosigkeit zu Dutzenden offen. Vom Standpunkt der Leute freilich, die die Huldigung als Mittel zu dem Zweck benutzen, Geld in ihre Tasche zu leiten, kann man verstehen, daß sie sich für die Ausschmückung von Straßen entschieden haben, um von dem großen Fremdenzufluß Vorteil zu ziehen. Daß aber der Magistrat Berlins glaubt, ein solcher Aufbau von angepinselten Brettern und Pappe für 2 bis 3 Tage sei ein würdiges Objekt, 70 000 M. dafür auszugeben, ist bedauerlich. Diese Erwägungen haben sich wohl mehr oder minder jedem beim Lesen der Begründung aufgedrängt. Uns bestimmen zur Ablehnung nicht solche mehr äußerlichen Bedenken, sondern Gründe ganz anderer Art. Schon bei Gelegenheit der Museumsvorlage habe ich gesagt, daß wir es ablehnen, uns an irgendwelchen Huldigungen, dynastischen Veranstaltungen, Schenkungen usw. zu beteiligen; Sie gehen von Ihrem monarchischen Standpunkte an solche Vorlagen heran, wir können uns also auf diesem Wege niemals treffen. Wir haben keine Veranlassung, dem Träger der monarchischen Gewalt zu huldigen und Gaben darzubringen; das ist so klar, daß darüber nichts weiter zu sagen ist. Was dann weiter die Stellung des Deutschen Kaisers zu unserer Partei in Reden und Kundgebungen betrifft, so sind die Reden des Kaisers im Buchhandel erschienen; schlagen Sie sie auf, wo Sie wollen, Sie werden finden, daß meine Partei kaum je so angegriffen worden ist, wie es in diesen Kundgebungen geschieht: „Vaterlandsfeinde", „Rotte, nicht wert, den Namen Deutscher zu tragen", „Leute, die aufs Rücksichtsloseste terrorisieren und knechten". (Ruf in der Mehrheit: Tun Sie auch! Rufe bei den Sozialdemokraten: Pfui!) Der Deutsche Kaiser hat wiederholt den Wunsch ausgesprochen, es müsse

ein jeder, der zum Streik anreizt, mit Zuchthaus bestraft werden;

in einer Rede an Soldaten hat der Kaiser davon gesprochen, der Soldat habe unter Umständen

auf Vater und Mutter zu schießen,

der Soldat müsse an seinen Eid denken, der Soldat sei in erster Linie dazu berufen, den Kaiser gegen den äußeren und inneren Feind zu schützen. Wir müßten also nicht Menschen von Fleisch und Blut sein, wenn wir bei solchen Vorlagen uns mit Ihnen vereinigen und Huldigungen und Geschenke darbringen wollten. Wir lehnen die Vorlage ab und wissen uns dabei eins mit den weiten Schichten der Bevölkerung, die wir vertreten, und die in den 25 Jahren keine Erweiterung ihrer politischen Rechte, keine Sicherung ihrer Lebensstellung, wohl aber Verfolgung und Drangsal aller Art erfahren mußten. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Zischen bei der Mehrheit.)

Stadtv. **Cassel** (N. L.): Kollege Heimann hat selbst hervorgehoben, daß unser grundsätzlicher Standpunkt so verschieden ist, daß wir uns nicht treffen werden. Das ist richtig. Wir gehen allerdings von der Ueberzeugung aus, daß das Regierungsjubiläum des Kaisers und Königs Anlaß gibt, daß die Teilnahme der Stadt auch bei dieser Feier in die äußere Erscheinung tritt. Wir haben es hier nicht mit den erwähnten Aeußerungen und Reden zu tun, sondern mit dem Gefühl der Teilnahme für die Geschichte des kaiserlichen Hauses, das auch hier zu sichtlichem Ausdruck kommen soll. (Beifall bei der Mehrheit.) — Im übrigen haben wir alle gegen diese Vorlage die allerschwersten Bedenken und teilen in gewissem Sinne die vom Kollegen Heimann vorgetragenen Bedenken durchaus. Was unser Geschenk an die Tochter des Kaisers betrifft, so mag der Magistrat sich darüber erklären, wie die Gelder dafür zur Verrechnung kommen werden; im übrigen zweifeln wir nicht, daß, wenn der Magistrat beantragt hätte, der in Berlin aufgewachsenen Tochter des Kaisers eine angemessene Gabe zu ihrer Hochzeit zu gewähren, das von uns durchaus genehmigt worden wäre. (Beifall; Zuruf: das glauben wir!) Bei dieser jetzigen Vorlage aber ist eine Ausschaltung der Selbstverwaltung erfolgt, wogegen wir uns durchaus wehren müssen, zumal anscheinend selbst der Magistrat von dieser Vorlage überrascht worden ist. (Lebhaftes Hört! hört!) Wenn Vereine u. dergl. solche Ausschmückungen planen, dann mögen sie so freundlich sein, sich auch die Gelder dafür zu beschaffen; wenn sie glauben, sie könnten die nötigen Mittel nicht aufbringen, dann mögen sie sich so rechtzeitig an die Stadt wenden, daß wir nicht bloß die Gelder zu bewilligen haben, sondern uns auch ein Urteil über die Art der Ausführung erlauben dürfen. Die Schönheit des Unternehmens wird sicherlich alsbald stark kritisiert werden. Auch sehr kunstverständige Kreise tadeln diese Gelegenheitsarbeiten aus Holz und Pappe, die unsere Gebäude verdecken, statt sie angemessen auszuschmücken. Wir können die Sache freilich jetzt nicht ablehnen. (Ruf bei den Sozialdemokraten: Warum nicht?) Weil wir nicht wollen, daß ein greller Mißton in die Festesfreude hineinklingt. Wir bedauern es aber, daß wir in eine solche Zwangslage gebracht sind. Bei kommenden Gelegenheiten werden wir die Konsequenzen ziehen müssen (Lachen bei den Sozialdemokraten); wir dürfen nicht dulden, daß die Versammlung zu einer bloßen Geldbewilligungsmaschine herabsinkt.

Bürgermeister Dr. **Reicke**: Das Berechtigte in den Ausführungen der beiden Vorredner ist nicht zu verkennen; Sie wollen aber bedenken, daß man bei solchen Dingen nicht immer Herr der Lage ist. Die Ausschmückung, die jetzt erfolgt, wird nicht von der Stadt Berlin gemacht; Sie werden Geld für eine von anderer Seite ausgeführte Ausschmückung zu geben gebeten. Aus den Kreisen der Bürgerschaft trat die Anregung an den Magistrat heran; der Magistrat ist keineswegs überrascht worden, sondern alle hier in Betracht kommenden Beschlüsse hat der Magistrat gefaßt. Der „Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs" und der „Verband der Berliner Spezialgeschäfte" haben die Anregung gegeben. (Stadtv. Hoffmann: Und wir sollen das Geld dazu geben!) Die Wünsche der Bürgerschaft gingen zunächst ins ganz Große; sie hätten beinahe eine halbe Million erfordert. Dieser Gedanke wurde bald begraben; nach Wochen kam das Projekt auf einer besseren, weil durchführbaren Basis zustande. Nun wurde der Magistrat um seine Unterstützung für die Sammlungen gebeten; er sagte das zu, und daraus entstand bei einem Teil der Bürgerschaft die Auffassung, daß die Stadt für die Kosten aufkommen würde. 124 000 Mark scheinen die Grenze dessen vorzustellen, was die Sammlungen ergeben. Für künftige Fälle werden wir uns jedenfalls bemühen, etwas vorsichtiger zu sein.

Oberbürgermeister **Wermuth**: Rückständig geblieben ist die Frage, aus welchem Fonds die Gabe bestritten ist, welche seitens der Repräsentanten der Stadt der Kaisertochter zu ihrer Hochzeit dargebracht worden ist. Ich nehme keinen Anstand, zu erklären, daß ich von der Auffassung ausging, diese Kosten könnten und müßten aus dem Repräsentationsfonds bestritten werden. Dieser sehr gering bemessene Fonds reicht allerdings nur für ganz ausnahmsweise Fälle aus. Seit Menschengedenken, jedenfalls seit Magistratsgedenken, sind derartige Ausschmückungen, wie die heute in Rede stehende, bisher immer, von ganz vereinzelten Ausnahmefällen abgesehen, von seiten der Stadt bestritten worden und mit sehr großen Kosten. Wenn in diesem Fall die private Opferwilligkeit in den Vordergrund trat, so wäre es doch von unserer Seite nicht ganz richtig gewesen, von vornherein uns einem Zusammenwirken mit solchen Anregungen zu entziehen. Der Magistrat hat aber in diesen Verhandlungen temperierend gewirkt und hat sich durchaus bemüht, sie so zu lenken, daß sie zugunsten der städtischen Finanzen liefen.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten werden die 70 000 Mark bewilligt.

Von den Stadtvv. Dr. Arons u. Gen. (Soz.) liegt der Antrag vor: „Den Magistrat zu ersuchen, die **Benutzung der städtischen Turnhallen** den Jugendabteilungen des **Turnvereins „Fichte"** auch fernerhin zu überlassen oder dem Turnverein „Fichte" Räume zur Verfügung zu stellen, auf deren Benutzung dem Provinzialschulkollegium eine Einwirkung nicht zusteht."

Stadtv. **Stadthagen** (Soz.): Der Oberbürgermeister hat an den Turnverein „Fichte" eine Verfügung erlassen, wonach nach einem Reichsgerichtserkenntnis die Erteilung von Privatturnunterricht der Genehmigung der Schulaufsichtsbehörden untersteht und der Nachweis der Erteilung der Turnunterrichtserlaubnis von den Turnwarten verlangt wird, widrigenfalls die Erlaubnis der Benutzung der städtischen Turnhallen entzogen werden soll. Die gestellte Frist ist neuerdings bis zum 1. Oktober d. J. verlängert worden. — Es wird damit also städtisches Eigentum dem Gebrauch der Allgemeinheit entzogen. Von 1872 an ist seitens der Stadt in ständiger Uebung erklärt worden, daß man bei der Hergabe der Räumlichkeiten mit größter Liberalität verfahren müsse und daß dabei Rücksicht auf politische und religiöse Anschauungen nicht genommen werden dürfe. In liberalster Weise ist der Magistrat seitdem auch verfahren. Im Jahre 1904 versuchte die Schulaufsichtsbehörde in die Selbstverwaltung der Gemeinde einzugreifen, indem sie die Entziehung der Turnhallen verlangte, soweit sozialdemokratische und polnische Turnvereine in Frage kämen. Damals hat der Magistrat sich aufs entschiedenste dagegen gewendet. Das Provinzialschulkollegium suchte dann über den Kopf der Stadtverwaltung hinweg den Rektoren Anweisung zu geben, diese Vereine nicht zuzulassen. Der leider verstorbene Oberbürgermeister Kirschner hat auch hiergegen mit aller Entschiedenheit Front gemacht, und die Versammlung hat einstimmig ihm und dem Magistrat volle Anerkennung gezollt. Ganz unzweifelhaft war das Vorgehen des Provinzialschulkollegiums ungesetzlich und verfassungswidrig. Damals hat der Kampf also zugunsten der Stadt geendet. Dann ist leider das Schulunterhaltungsgesetz von 1906 ergangen, aus dem das Provinzialschulkollegium das Recht herleitet, über Schulen, die ihm nicht gehören, verfügen zu dürfen, wie es will. Das ist zurückzuführen auf einen Geheimerlaß des Kultusministers Holle vom 7. August 1907, der die Behörden anweist, auf die Kabinettsorder von 1834 und auf eine Ministerialinstruktion von 1839 zurückzugreifen und den Erlaubnisschein zu verlangen, ihn aber zu verweigern, wenn feststehe, daß der Antragsteller zur Sozialdemokratie gehört, da ihm dann die „sittliche Befähigung" fehle. Selbst denjenigen, die einen solchen Erlaubnisschein hatten, ist verboten worden, im Turnverein „Fichte" Unterricht zu erteilen! Auch dieses Vorgehen war ungesetzlich, wie wir es seinerzeit dargelegt haben; das Reichsgericht ist zu derselben Auffassung gekommen, nachdem der „Vorwärts" ausdrücklich zum Ungehorsam gegen solche ungesetzlichen Verfügungen der Behörde aufgefordert hatte. Das Reichsgericht sprach den „Vorwärts" Ende Juni 1910 frei und sprach die Ungesetzlichkeit und Verfassungswidrigkeit jener Verfügung aus. Daraufhin räumte der Magistrat dem Turnverein „Fichte" die Turnhallen wieder ein. Inzwischen wurde gegen dieses vernünftige Reichsgerichtserkenntnis Sturm gelaufen, und die vereinigten Strafsenate haben nun am 7. Dezember 1912 eine entgegengesetzte Entscheidung getroffen, die aber nur eine von den vielen hier einschlagenden Fragen löst; es wird nämlich erklärt, zur „Jugend" gehörten sämtliche Persönlichkeiten, welche „des Schutzes bedürftig" sind. Aber auch dieser Beschluß kann nicht auf Turnunterricht und Turnübungen bezogen werden. Die vereinigten Senate meinen nämlich, die Kabinettsorder müsse ausgelegt werden im Sinne der damaligen Zeit; die Privatlehrer müßten also überwacht werden auch in religiöser und politischer Beziehung, und politisch Verdächtige könnten keinen Erlaubnisschein bekommen. Verdächtig war in jener Zeit Friedrich Ludwig Jahn, der sich des Hochverrats schuldig gemacht hatte, „weil er die höchst gefährliche Lehre von der Einheit Deutschlands aufgebracht hat". Damals durfte also doch ein Schulerlaubnisschein auch allen denen, die auf dem Boden der deutschen Verfassung stehen, nicht erteilt werden. Zu solchen wunderbaren Konsequenzen führt diese Entscheidung! 1834 war in Preußen das Turnen verboten; es wurde erst 1842 wieder als Unterrichtsgegenstand zugelassen. Daraus ergibt sich, daß sich das Provinzialschulkollegium auf diese Entscheidung auch heute nicht berufen kann; auch heute wird, wenn zu Ungehorsam dagegen öffentlich aufgefordert werden sollte, das Reichsgericht zur Freisprechung kommen. Das Statut des Turnvereins „Fichte" ergibt nun aber auch, daß da gar nicht „unterrichtet" wird; nirgends ist von „Unterricht" die Rede, es handelt sich um Uebungen. Der Verein hat sich nun nochmals um die Erteilung der Scheine für seine Turnwarte an das Provinzialschulkollegium gewendet. Der Bescheid geht dahin, die Betreffenden seien zwar fähig, den Unterricht zu erteilen, es werde ihnen aber, auch denen, die einen Erlaubnisschein besitzen, die Erteilung des Unterrichts in diesem Verein verboten. Das Provinzialschulkollegium will offenbar nicht frei und offen bekennen, daß es wegen der politischen Gesinnung die Erlaubnis zu erteilen ablehnt; unter dem Vorwand, seiner Aufsichtspflicht zu genügen, versagt es die Erlaubnis. Das ist aber eine Scheinerklärung, der gegenüber die wirkliche Willenserklärung die richtige ist, und diese letztere besteht in der Anerkennung, daß die Betreffenden Turnunterricht zu erteilen fähig sind. Aber, wie gesagt, es wird in dem Verein gar kein Unterricht erteilt. Keine Behörde hat nun das Recht, zu verlangen, daß eine nachgeordnete Behörde gegen die Verfassung verstößt, denn damit verlangt sie einen Meineid. Wenn also eine sog. „vorgesetzte" Behörde von den städtischen Behörden verlangt, die Verfassung zu brechen, so muß sich die städtische Behörde, wie es z. B. Oberbürgermeister Kirschner getan hat, mit aller Entschiedenheit dagegen auflehnen. Die Stadt kann es ja darauf ankommen lassen, ob Zwangsmaßregeln ergriffen werden; dann geht die Sache an den ordentlichen Richter. Würde der Magistrat von der letzten Instanz gezwungen werden, die Turnhallen zu verweigern, dann muß er eben den Turnern Räume zur Verfügung stellen, wo das Provinzialschulkollegium nichts zu sagen hat. Möge die Turnhalle in der Prinzenstraße hergegeben oder mögen neue Räume eingerichtet werden! Ich kann mir nicht denken, daß der Magistrat in wenigen Jahren völlig umgefallen sein sollte; ich habe die Zuversicht, daß er noch ebenso denkt wie die Versammlung und auch weiter gleiches Recht gegenüber allen Bürgern der Stadt walten lassen wird. Der Geheimerlaß des Kultusministers Holle läßt an Hinterlistigkeit nichts zu wünschen übrig. (Vorsteher Michelet erklärt, diesen Ausdruck nicht dulden zu können.) Es ist ein Geheimerlaß, also müssen Gründe vorgelegen haben, ihn geheim zu halten, und die liegen in der Anweisung, daß Vorwände gebraucht werden sollen, daß die Behörden nicht aufrichtig sein sollen. Die Gerichtserkenntnisse lassen darüber auch gar keinen Zweifel. Aus allen diesen Gründen möchte ich Sie dringend bitten, unserem Antrage zuzustimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Von den Stadtvv. Cassel, Mommsen und Rosenow ist Ausschußberatung beantragt.

Stadtrat **Seibert** sucht unter Bezugnahme auf das Schulunterhaltungsgesetz und das Reichsgerichtserkenntnis vom Dezember 1912 darzulegen, daß der Magistrat nicht anders habe verfahren können. Die bezügliche Anweisung des Ministers sei dem Magistrat schon zugegangen, ehe dieser noch das Erkenntnis sich habe verschaffen können. Der Magistrat sei dem Turnverein „Fichte" stets mit dem größten Wohlwollen begegnet.

Stadtv. **Cassel**: Ueber die juristischen Ausführungen des Kollegen Stadthagen kann die Versammlung unmöglich sofort entscheiden. Es wird auf die Verhandlungen von 1904 zurückzugehen und zu prüfen sein, inwiefern sie noch heute zutreffend sind. Deshalb wünschen wir Ausschußberatung.

Stadtv. **Zubeil** (Soz.): Es ist doch gar nicht zu bestreiten, daß gerade unser heutiges Leben die höchsten Anforderungen an die körperliche Ausbildung der Arbeitersöhne stellt. Für die höheren Schulen besitzt Berlin die Turnhalle in der Prinzenstraße, die unserer Ansicht nach dem Provinzialschulkollegium und seiner Aufsicht nicht untersteht. Die Situation erscheint mir durchaus danach angetan, daß die Stadt, meiner Anregung vom vorigen Donnerstag folgend, sich herbeiläßt, auch für die Arbeiterjugend ähnlich zu sorgen. Sie können nicht verlangen, daß sich die Arbeiterjugend in den „Jung-Deutschlandbund" hineinzwingen läßt. Man kann der Arbeiterjugend nicht verbieten, ihren eigenen Turnverein zu haben; der Turnverein „Fichte" ist ein sehr großer Verein, der mit politischen Dingen sich nicht befaßt. (Widerspruch bei der Mehrheit.) Die Pflege der körperlichen Ausbildung ist gerade für die Arbeiterkinder am allernotwendigsten; und wenn ein Turnverein wie der „Fichte" sich diese Aufgabe gestellt hat, so müßte es eine Hauptaufgabe auch der Versammlung und des Magistrats sein, ihn in jeder Beziehung zu unterstützen. Traurig genug, daß die große Stadt Berlin bis heute noch keine solche Turnhalle für die Arbeiterjugend erbaut hat. Schon hat man in diesem Jahre 100 000 Mark für die Festausschmückung und dergl. gegeben, aber für die Arbeiterjugend wird auch nicht eine einzige Turnhalle errichtet, wo sie ungestört sich dem Turnen hingeben kann. Mit dem Antrag auf Ausschußberatung sind wir einverstanden.

Die Einsetzung eines Ausschusses für den Antrag Arons wird beschlossen.

Der Magistrat legt den Vorentwurf zum Neubau einer Gemeindedoppelschule und eines Wohnhauses mit Schulküche an der Strahe 4a (nahe der Behmstraße) vor. Der Kostenüberschlag stellt sich auf 925 000 M.

Auch die Vorentwürfe zum Neubau eines Gebäudes für das nach dem Schönhauser-Thor-Viertel verlegte Luisenstädtische Gymnasium und zum Neubau einer Gemeindedoppelschule mit Abteilung für Nebenklassen und Räumen für eine Gasrevierinspektion sind der Versammlung zugegangen. Die Kosten sind überschläglich auf 910 000 bezw. 1 060 000 M. angegeben.

Alle diese Vorentwürfe werden ohne Debatte genehmigt.

Für die Einrichtung und die spätere Leitung des Betriebes des Osthafens, der im Herbst d. J. eröffnet wird, soll ein Hafendirektor bestellt werden. Das Anfangsgehalt ist mit 8000 M. vorgeschlagen; es soll nach 2, 4, 6, 8 Jahren um je 500 M. bis auf 10 000 M. steigen.

Die Versammlung stimmt den Magistratsanträgen zu.

Schluß ½8 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Sinkende Unternehmungslust in der Montanindustrie. Die deutsche Montanindustrie, die mehrere Jahre überaus kräftiger Expansion hinter sich hat, erweitert ihren Produktionsapparat gegenwärtig in einem etwas langsameren Tempo. Die allgemeine Geldknappheit und die daraus für die Unterbringung neuer Emissionen resultierenden Schwierigkeiten sowie die Ungewißheit über die Weiterentwickelung der gewerblichen Konjunktur haben naturgemäß die Unternehmungslust merklich gedämpft. Auch die Konzentrationsbewegung scheint gegenwärtig zu einem gewissen Stillstand gekommen zu sein, so daß auch die bei Fusionen gewöhnlich notwendigen Kapitalserhöhungen auf ein relativ bescheidenes Maß zurückgegangen sind. Die Summe der Neuinvestierungen in der Montanindustrie stellte sich in den ersten fünf Monaten dieses Jahres auf 17,17 Millionen Mark. Das bedeutet im Vergleich zur entsprechenden Periode des Vorjahres eine Verminderung um 45,17 Millionen Mark. Von den diesjährigen Neuinvestierungen entfallen auf Neugründungen 8,71 Millionen Mark und auf Kapitalserhöhungen 8,46 Millionen Mark. Für die ersten fünf Monate der Jahre 1907 bis 1913 ergibt sich folgende Entwickelung der Unternehmungslust:

Januar-Mai	Neugründungen	Kapitalserhöhungen	Summe d. Neuinvestierungen
	in Millionen Mark		
1907	20,20	57,00	77,00
1908	16,79	34,17	50,96
1909	40,05	44,54	84,59
1910	3,47	43,53	47,00
1911	4,34	32,54	36,88
1912	9,89	52,45	62,34
1913	8,71	8,46	17,17

Da die Montanindustrie sozusagen selbst ihr bester Abnehmer ist, bedeutet die Einschränkung von Neuanlagen und Betriebserweiterungen naturgemäß auch wieder eine Verminderung der Arbeitsgelegenheit für gewisse Zweige der Schwerindustrie.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

In Werder a. H. steht nur das Lokal „Schwarzer Adler“ (Inh. Karl Steiner), Fischerstr. 18, der organisierten Arbeiterschaft zur Erledigung ihrer gewerkschaftlichen und politischen Angelegenheiten zur Verfügung.

Auf wiederholte Anfragen erklären wir, daß das Lokal von August Räde, Restaurant „Glück auf“ nebst dem Ausschank in der Bismarckhalle in Rauen, Rauener Berge, streng zu meiden sind.

In Lychen steht uns das Lokal von Moritz Kähne, Berliner Straße, zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

Folgende Lokale haben den Besitzer gewechselt; die jetzigen Inhaber stellen ihre Lokale nach wie vor zur Verfügung:

In Charlottenburg das Lokal „Paradiesgarten“, Tegeler Weg 63 (Inh. A. Konrad).

Am Spandauer Schiffahrtskanal: „Kastanienwäldchen“ (Inh. Karl Hennig); „Gasthof zum Deutschen Kaiser“ (Inh. Aug. Kozner); „Deutscher Kronprinz“ (Inh. Rich. Dyl); Restaurant „Zur Blechbude“ (Inh. M. Regenberg); Lokal „Zum Jungfernsteg“ (Inh. Joh. Baron).

Wir bitten die Lokalliste genau zu beachten!

Die Lokalkommission.

Vierter Wahlkreis. Am Sonntag, den 15. Juni, findet von der 41. Abteilung ein Ausflug nach der Jungfernheide statt. Abfahrt mittags 12 Uhr von der Kniprodestraße, Ecke Elbinger Straße. Nachzügler treffen sich bis 3½ Uhr im Lokal „Deutscher Kronprinz“ am Spandauer Schiffahrtskanal, nahe der Charlottenburger Brücke. Fahrverbindung: Städtische Straßenbahn bis Virchow-Krankenhaus, Linie 17 Greifswalder Straße, Ringbahnhof Landsberger Allee bis Putlitzstraße.

5. Wahlkreis, I. Abteilung. Freitag, den 13. d. Mts., Abteilungsversammlung abends 8½ Uhr in den „Unions-Sälen“, Greifswalder Straße 222. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Dupont.

Lichtenberg. Heute Freitag, abends 7 Uhr: Wichtige Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Die Genossen zur Landagitation treffen sich morgen Sonnabend, abends 8½ Uhr pünktlich, im Lokal von Albert Metzger, Gürtelstr. 40.

Friedrichsfelde. Heute Freitagabend von den bekannten Stellen aus: Wichtige Flugblattverbreitung.

Reinickendorf-Ost. Heute, abends von 7 Uhr ab von den bekannten Stellen aus: Flugblattverbreitung.

Ober-Schöneweide. Am Sonntag, den 15. Juni, findet ein Ausflug nach Ahrensfelde statt. Abfahrt 2 Uhr 10 Minuten vom Marktplatz an der Edisonstraße bis Friedrichsfelde (Kirche).

Treptow-Baumschulenweg. Heute, Freitagabend 7½ Uhr: wichtige Parteiarbeit von den Bezirkslokalen aus.

Lichtenrade. Sonnabend, den 14. Juni, abends 8½ Uhr: Zahlabend in den bekannten Bezirkslokalen.

Mühlenbeck (Bezirk Nieder-Schönhausen). Sonntag, den 15. Juni nachmittags 4 Uhr: Wahlvereinsversammlung im Lokal von Witwe Metzer, Buchhorst. Tagesordnung: 1. Bericht aus der Kreis-Generalversammlung. 2. Bericht des Gemeindevertreters. 3. Neuwahlen. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Rosenthal. Freitag, abends 8½ Uhr: Wichtige Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus.

Bruchmühle. Sonnabend, den 14. d. Mts., abends 8½ Uhr, Zahlabend bei Kutzner.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordnetenversammlung.

hatte sich gestern mit einer Huldigungsvorlage und mit einem Protestantrag zu beschäftigen. Beide stehen nach ihrer Tendenz in schroffem Gegensatz zu einander. Aber beide haben es zu tun mit den Beziehungen der Stadtgemeinde zu den Stellen, die man durch das Wort „oben“ zu bezeichnen pflegt. Die Regierung greift, wo sie nur kann, rücksichtslos in die Selbstverwaltung der Stadtgemeinde ein. Und die Gemeindebehörden bekunden, wo irgend eine Gelegenheit sich bietet, immer wieder dem Träger der Krone ihre Ergebenheit.

Die Huldigungsvorlage gilt dem Kaiserjubiläum, dem der Magistrat durch eine Straßenausschmückung eine besondere Weihe zu geben wünscht. Mehr noch als der Magistrat wünschen das die Geschäftsleute, die den Fremdenzustrom nach Möglichkeit steigern möchten, um aus dem Jubiläumsrausch möglichst hohen Profit herauszuschlagen. Da sie die Straßenausschmückung nicht vollständig aus eigener Tasche zahlen wollen, so will der Magistrat in den für solche Zwecke stets bereitwilligst geöffneten Stadtsäckel greifen. Er ersuchte die Stadtverordneten um ihre Zustimmung. Unser Genosse Heimann erklärte namens der sozialdemokratischen Fraktion, daß sie gegenüber diesen Plan nur ein kaltes Nein haben kann. Zugleich rügte er scharf das hierbei und öfter vom Magistrat befolgte Verfahren, eigenmächtig im voraus über die Mittel der Stadt zu verfügen und hinterher sich auf das Geldbewilligungsrecht der Stadverordnetenversammlung zu besinnen. Stadverordneter Cassel, der für die drei freisinnigen Fraktionen sprach, hatte gleichfalls Worte des Tadels für dieses Verfahren. Er und die Seinen ließen sich aber dadurch nicht die Lust nehmen, ihrer Ergebenheit gegenüber dem Träger der Krone wieder mal einen „sichtbaren Ausdruck“ zu geben. Nach einigen Verlegenheitsphrasen des Bürgermeisters Reicke und des Oberbürgermeisters Wermuth bewilligte die freisinnige Mehrheit die geforderten 70 000 Mark.

Der Protestantrag, eingebracht von der sozialdemokratischen Fraktion, richtet sich gegen die Drangsalierung des Arbeiter-Turnvereins „Fichte“. Er will nicht nur ein Ausdruck der Entrüstung über das Vorgehen der Regierung sein, sondern ruft die Gemeindebehörden auch dazu auf, den neuesten Streich durch tatkräftigen Widerstand, nötigenfalls durch Bereitstellung besonderer Turnhallen, abzuwehren. Genosse Stadthagen geißelte die Eingriffe der Regierung in die Selbstverwaltung der Stadt, die gesetzwidrige Rechtlosmachung bestimmter Kreise der Bürgerschaft, denen die Benutzung städtischen Eigentums, der Schulturnhallen, verwehrt wird. Mit scharfen Worten, die der Vorsteher mißbilligen zu sollen meinte, kennzeichnete unser Redner das ausgesprochenermaßen nur gegen die Sozialdemokratie sich richtende Vorgehen der Regierungsorgane. Die drei freisinnigen Fraktionen wünschten Ueberweisung an einen Ausschuß, der nach Herrn Cassels Versicherung die Angelegenheit „ernsthaft prüfen“ werde. Stadtrat Selberg gab eine nichtssagende Erklärung ab. Nachdem noch Genosse Zubeil auf die Notwendigkeit der Förderung des Arbeiterturnens und auf dessen Bedeutung für die körperliche Tüchtigkeit der Arbeiterjugend hingewiesen hatte, wurde Ausschußberatung beschlossen.

Vom Schillerhain.

Gleich dem Märchenbrunnen im Friedrichshain hat auch der Schillerhain eine Vergangenheit. Im Dezember 1898 beantragte der Stadtverordnete Wilhelm Gericke (Moabit) mit Unterstützung der Kollegen Dinse, Alex. Meyer, Wallach, Fasquel, Spinola, Singer, die alle schon der grüne Rasen deckt, die Wurzelberge zu einem Volkspark umzugestalten. Der Antrag wurde angenommen und 2½ Millionen Mark in den Etat für diesen Zweck eingestellt. Die Wurzelberge auf dem Wedding waren durch den Roman: „Der einarmige Kugelsucher“ in aller Munde. Der Park sollte den Namen „Nordpark“ erhalten. Die Wurzelberge waren früher bewaldet mit niedrigen Kiefern, die ein Brand vernichtete und bis Flugsand, der sogenannte „Berliner Schnee“ den uralten Heideboden bedeckte. Der Name Rehberge umfaßte die Wurzelberge und die übrigen von der Jungfernheide bis nach Schönholz. Erst im Mittelalter, als die großen Wallfahrten nach dem „Heiligen Blut“ zu Wilsnack aufkamen, wurden die Rehberge an der Müllerstraße durchbrochen. Der „Berliner Schnee“ wanderte als Streu- und Scheuersand nach Berlin. Die Bebauung blieb zurück. Das „Lange Fenn“, eine Abdeckerei, die dortigen Reinickendorfer Sümpfe und Wiesen, sowie der Schäferiee waren hinderlich, am meisten der Flugsand, der im Sommer als „Berliner Schnee“ in Verbindung mit den Gerüchen der Abdeckerei den Aufenthalt in der Seestraße oft unerträglich machte. Nicht selten waren ganze Straßen von dem Berliner Schnee bedeckt. Vor 60 Jahren waren die Wurzelberge erheblich höher als der jetzige „Schillerhain“. Sie waren ursprünglich als Bestandteile der großen Berliner Stadtheide, die Moabit, den Tiergarten, Teile des Grunewaldes, die Jungfernheide usw. umfaßte, Eigentum der Stadt Berlin. Als die Stadtheide in Erbpacht aufgeteilt wurde, sollten die Bauern die Rehberge weiter aufforsten. Dieser Verpflichtung, die grundbuchlich eingetragen wurde, scheinen aber die Bauern, die in Hungerjahren auch noch von Berlin kräftig unterstützt wurden, nicht nachgekommen zu sein. — Der verstorbene Gartenbaudirektor Mächtig arbeitete das erste großzügige Projekt für den Hain aus und legte es 1899 vor. Es umfaßte annähernd 300 Morgen mit dem Schäfersee. Daraus wurde nichts. Der Schillerhain in seiner jetzigen Größe umfaßte 72 Morgen auf Berliner Gebiet. Zur Ausgestaltung mußten umfangreiche Ankäufe von Grundstücken vorgenommen werden. Rund 2 Millionen Mark mußten darum hierfür durch Anleihen flüssig gemacht werden. Dazu kommen rund 1 Million Mark Anlagekosten, so daß der Hain über 3 Millionen Mark kostet. Auch der dortige Bebauungsplan mußte vollständig geändert werden. Am Geburtstage von Schiller 1905 erhielt die großartige Anlage den Namen „Schillerhain“, der Name „Nordpark“ verschwand. Bei dem späteren Preisausschreiben für eine moderne Parkanlage erhielt der Gartendirektor Friedrich Bauer am 31. Mai 1908 den ersten Preis in Höhe von 5000 M. Dieser Entwurf, als ein vollendetes Produkt höchster Gartenkunst, ist zur Ausführung gekommen. Am 2. Juni 1910 konnte die erste offizielle Besichtigung durch den Oberbürgermeister Kirschner und zahlreiche Mitglieder der Gemeindebehörden stattfinden. Dem Andenken Schillers ist eine Eiche geweiht, die am 9. Mai 1909 gepflanzt wurde. Die Terrassen wurden 1911/12 angelegt. Von der oberen hat man einen schönen Rundblick und die untere mit ihrem Blick auf die Rosen- und Staudenpflanzungen hat den Vorzug gärtnerischer Reize. Die Spielwiesen und Planschwiesen lassen sich bequem übersehen. Turner, Schüler und Kinder aus der Nachbarschaft tummeln sich dort in großer Zahl, wo früher die „Rehberger“ in knietiefem Sande Räuber und Gendarmen oft in naturwüchsiger Weise spielten, wenn die Garde-Artillerie abgezogen war. Wo damals der „Berliner Schnee“ von dem Winde zu hohen Dünen zusammengeweht wurde, sind heute Fernsichten von Hecken und Bäumen umgeben, Felsgrotten, Wiesen und Haine, Kastanienalleen usw. entstanden unter der Leitung des Obergärtners Weiß und anderer Gartenbaukünstler. Der Schillerhain kann sich neben dem Humboldt- und Friedrichshain, dem Viktoria- und dem Treptower Park, dem Tiergarten, dem Botanischen Garten und anderen öffentlichen Anlagen sehen lassen.

Jubiläumsvorbereitungen.

Das ganze offizielle Berlin schwelgt in Wonne. In der nächsten Woche wird mit altpreußischer Sparsamkeit das Regierungsjubiläum Wilhelms II. begangen. Eine nie wiederkehrende Gelegenheit für die Patrioten aller Schattierungen, sich in Loyalitätskundgebungen zu überbieten. Während die Kriegervereinspatrioten ein paar Nickel opfern, ihren etwas fadenscheinigen Bratenrock mit buntfarbigen Vivatbändern und Jubiläumsmedaillen zu schmücken, müssen die Hoflieferanten und die es werden wollen — wenn bloß das Opferjahr erst vorüber wäre! — schon etwas tiefer in den Säckel greifen, ihren Patriotismus zu bekunden. Sie tragen in einigen Feststraßen durch Geldspenden für eine würdige Ausschmückung bei. Besonders sinnig ist die Idee der Ausschmückung des Pariser Platzes. Dort sollen Triumphbogen errichtet werden, auf denen an großen Wappenschildern charakteristische Aussprüche Wilhelms II. zu lesen sind.

An derartigen charakteristischen Aussprüchen ist ja erfreulicherweise kein Mangel, denn Wilhelm II. hat während der 25 Jahre seiner Regierungstätigkeit viele, ach wieviele Reden gehalten. Als Dichter, Maler, Musiker, Bildhauer, überhaupt als Kunstkenner, als Politiker, Prediger, Feldherr, Admiral, als Fürst von Gottes Gnaden, Jäger, Sportsmann, Familienvater und Mensch hat er zu allen ihn bewegenden Fragen geredet. Natürlich ist er auch nicht achtlos vorübergegangen an der bedeutendsten Bewegung aller Zeiten, am Sozialismus. Von der romantischen Auffassung, daß man die Sozialdemokraten nur ihm überlassen solle, bis zu dem freilich nicht offiziell betätigten Bekenntnis: „Meine Sozialdemokraten sind gar nicht so schlimm!“ ist eine solche Fülle charakteristischer Kernsprüche zu verzeichnen, daß das Ausschmückungskomitee wirklich die Qual der Wahl hat. Sollten die Herren daher — was leicht möglich ist — über die Hohenzollern-Kernsprüche noch keine Einigung erzielt haben, so stellen wir ihnen folgende kleine Blütenlese zur Verfügung:

„Die Lehren der Sozialdemokratie widersprechen nicht nur den göttlichen Geboten und der christlichen Sittenlehre, sondern sind in Wirklichkeit unausführbar.“

Kabinettsorder vom 1. 5. 1889.

•

„Für mich ist jeder Sozialdemokrat gleichbedeutend mit Reichs- und Vaterlandsfeind. Merke ich daher, daß sich sozialdemokratische Tendenzen in die Bewegung mischen und zu ungesetzlichem Widerstande anreizen, so würde ich mit unnachsichtlicher Strenge einschreiten und die volle Gewalt, die mir zusteht — und die ist eine große — zur Anwendung bringen.“

Rede an die Kaiserdelegierten am 14. 5. 1889.

Die Sozialdemokratie vereinigte bei den Reichstagswahlen im Jahre 1890 1 427 298 Stimmen auf ihre Kandidaten.

•

„Der Soldat und die Armee, nicht Parlamentsmajoritäten und -Beschlüsse, haben das Deutsche Reich zusammengeschmiedet. Mein Vertrauen beruht auf der Armee.“

Ansprache bei der Fahnennagelung am 18. 4. 1891.

•

„Ihr habt mir Treue geschworen, das — Kinder meiner Garde — heißt, Ihr seid jetzt meine Soldaten, Ihr habt Euch jetzt mir mit Leib und Seele ergeben; es gibt für Euch nur einen Feind, und das ist mein Feind. Mehr denn je erhebt der Unglaube und Mißmut sein Haupt im Vaterlande, und es kann vorkommen, daß Ihr Eure eigenen Verwandten oder Brüder niederschießen oder -stechen müßt. Dann besiegelt die Treue mit Aufopferung Eures Herzblutes und nun geht nach Hause und erfüllet Eure Pflichten.“

Rede bei der Rekrutenvereidigung in Potsdam am 25. 11. 1891.

•

„Es ist ja leider jetzt Sitte geworden, an allem, was seitens der Regierung geschieht, herumzumäkeln ... Doch wäre es dann nicht besser, daß die mißvergnügten Nörgler lieber den deutschen Staub von ihren Pantoffeln schütteln und sich unseren elenden und jammervollen Zuständen auf das schleunigste entzögen? ihnen wäre ja dann geholfen und uns täten sie einen großen Gefallen damit ... Nein im Gegenteil, Brandenburger, zu Großem sind wir noch bestimmt, und herrlichen Tagen führe ich Euch noch entgegen.“

Rede auf dem Brandenburgischen Provinzial-Landtag am 24. 2. 1892.

Die Sozialdemokratie erhielt bei der Wahl im Jahre 1893 1 786 738 Stimmen.

•

„Nun, meine Herren, an Sie ergeht jetzt mein Ruf: Auf zum Kampf für Religion, für Sitte und Ordnung, gegen die Parteien des Umsturzes“!

Tischrede in Königsberg am 6. 9. 1894.

•

„Doch in die hohe, große Festfreude schlägt ein Ton hinein, der wahrlich nicht dazu gehört: Eine Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutscher zu tragen, wagt es, das deutsche Volk zu schmähen. ...“

Trinkspruch auf die Garden am 2. 8. 1895.

•

„Diejenige Partei, die es wagt, die staatlichen Grundlagen anzugreifen, die gegen die Religion sich erhebt, und selbst nicht vor der Person des allerhöchsten Herrn Halt macht, muß überwunden werden.“

Rede auf dem Festmahl des Brandenburgischen Provinzial-Landtages am 26. 2. 1897.

Bei der Wahl im Jahre 1898 überschritt die Sozialdemokratie mit 2 107 096 für sie abgegebenen Stimmen die zweite Million Wähler.

•

„Das Gesetz naht seiner Vollendung und wird den Volksvertretern noch in diesem Jahre zugehen, worin jeder — er möge sein, wer er will und heißen wie er will — der einen deutschen Arbeiter, der willig ist, seine Arbeit zu vollführen, daran zu hindern versucht, oder gar zu einem Streik anreizt, mit Zuchthaus bestraft werden soll.“

Rede bei der Galatafel in Oynhausen am 6. 9. 1898.

•

„... Wie eine feste Burg ragt Eure neue Kaserne in der nächsten Nähe des Schlosses auf, das Ihr in erster Linie zu schützen bereit sein werdet. Das Kaiser-Alexander-Regiment ist berufen, gewissermaßen als Leibwache Tag und Nacht bereit zu sein, um für den König und sein Haus, wenn's gilt, Leben und Blut in die Schanze zu schlagen, und wenn jemals wieder in dieser Stadt eine Zeit wie 1848 kommen sollte, eine Zeit der Auflehnung gegen den König, dann, davon bin ich überzeugt, wird das Regiment Alexander mit dem Bajonette die Ungehörigkeit des Volks gegen seinen König zurückweisen.“

Rede bei der Einweihung der mit Schießscharten versehenen Alexanderkaserne am 28. 3. 1901.

•

„Sendet uns Eure Freunde und Kameraden aus Eurer Mitte, den einfachen schlichten Mann aus der Werkstatt, der Euer Vertrauen besitzt, in die Volksvertretung.“

Ansprache an Breslauer Arbeiter am 6. 12. 1902.

Bei der Reichstagswahl im Jahre 1903 erhielt die Sozialdemokratie 3 010 771 Stimmen.

„Meine Regierung wird Ihre Bemühungen, den sich verbreitenden Umsturzgelüsten durch eine erweiterte und vertiefte Bildung der Jugend in den christlichen Glaubenswahrheiten zu begegnen, gern unterstützen.“

Handschreiben an Erzbischof von Stablewski am 27. 11. 1905.

„Den Lebenden gehört die Welt und der Lebende hat recht. Schwarzseher dulde ich nicht, und wer sich zur Arbeit nicht eignet, der scheide aus, und wenn er will, so suche er sich ein besseres Land.“

Rede in Breslau am 8. September 1906.

•

Bei den Reichstagswahlen im Jahre 1907 erhielt die Sozialdemokratie 3 259 029 Stimmen.

„Es ist mein Wille, daß die auf ihrer Grundlage erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwickelung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwickelung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erstarkung staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entspricht. Ich erblicke darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart.“

Aus der Thronrede vom 20. Oktober 1908

•

„... Und hier setzte sich mein Großvater wiederum aus eigenem Recht die preußische Königskrone aufs Haupt, noch einmal bestimmt hervorhebend, daß sie durch Gottes Gnade allein ihm verliehen sei und nicht von Parlamenten, Volksversammlungen und Volksbeschlüssen, und daß er sich so als auserwähltes Instrument des Himmels ansehe und als solches seine Regenten- und Herrscherpflichten versehe. —

... Und ebenso wird für mich der Weg dieses hohen Verblichenen vorbildlich sein, wie er meinem Großvater vorbildlich war, als Instrument des Herrn mich betrachtend; ohne Rücksichten auf Tagesansichten und Meinungen gehe ich meinen Weg ...“

Rede in Königsberg am 25. August 1910.

Die Reichstagswahlen des Jahres 1912 scharten um das Banner der Sozialdemokratie 4 250 400 Wähler.

Jubiläumsfeiern in der Schule.

Die Schulfeiern in sämtlichen Schulen und Bildungsanstalten sind durch eine Rundverfügung des Ministers der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten, die jetzt auch durch das Provinzialschulkollegium den Berliner Rektoren zugestellt worden ist, geregelt worden. Die Verfügung hat folgenden Wortlaut:

„Aus Anlaß des 25jährigen Regierungsjubiläums Sr. Majestät des Kaisers und Königs ist am 16. Juni d. J. in allen mir unterstellten Schulen sowie Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten eine Feier zu veranstalten, in welcher auf die segensreiche Wirksamkeit des Kaisers während seiner Regierungszeit hingewiesen wird. Der Unterricht fällt an diesem Tage aus. Es ist Wert darauf zu legen, daß der Gedenktag in besonders würdiger Weise begangen wird. Wie die Feier im einzelnen auszugestalten ist, bleibt den Schulen und Anstalten überlassen. Es wird empfohlen, dort wo die örtlichen Verhältnisse es erlauben, die Feier mit gemeinsamen Ausflügen ins Freie zu verbinden und dabei auch turnerische Vorführungen und Wettspiele zu veranstalten.

Wegen der Ueberweisung von Bücherprämien bleibt die Verfügung vorbehalten.

Aus Anlaß dieser Schulfeiern ist aus unserem Leserkreise die Frage aufgeworfen worden, ob die Eltern verpflichtet sind, ihre Kinder an den Schulfeiern am 16. Juni teilnehmen zu lassen. Soweit es sich um Feiern der Schule handelt, so muß diese Frage bejaht werden. Diese Feier wird, wie auch die Feier zu Kaisersgeburtstag als ein Teil des Schulunterrichts betrachtet. Anders steht es mit Veranstaltungen, die keine der Schule sind, wie das in einigen Vororten der Fall ist, wo die Kinder am Nachmittag bei besonderen Vereins- oder Gemeindeveranstaltungen mitwirken sollen.

In diesen Fällen kann ein Zwang zur Teilnahme nicht ausgeübt werden.

Das Volk soll am 16. Juni feiern.

Eine Korrespondenz teilt mit: Der Minister der öffentlichen Arbeiten und Chef des Reichsamts für die Verwaltung der Reichseisenbahnen hat angeordnet, daß zur Feier des Regierungsjubiläums am 16. Juni d. J. auf den preußisch-hessischen Staatseisenbahnen und den Reichseisenbahnen Sonntagskarten auszugeben sind.

Man soll dem Volke nur Zeit und Geld geben; es würde schon mit den Sonntagskarten in die freie Natur hinaus fahren, aber nicht dem König zu liebe, sondern der eigenen Gesundheit wegen.

Die Mütterkonferenzen sind aus dem Rathause nach dem Lehrervereinshaus am Alexanderplatz verlegt worden. Am Mittwoch wurde von dem Berliner Stadtsekretär Schmidtke, der unentwegt „leitete", wieder jedes Recht auf den Kopf gestellt. Personen, die ihren Mitgliedsbeitrag von 8 M. bezahlt, also das unbedingte Recht zur Teilnahme an der Versammlung hatten, wurden nur deshalb hinausgewiesen, weil sie nicht zur Partei des Stadtsekretärs schwören. Ein Arzt gab die Erklärung ab, daß alle Aerzte, die sich bisher für die Mütterkonferenzen interessierten, nunmehr jede Verbindung mit dem Mütterbund abbrechen, weil die Verwendung der einkommenden Gelder nicht einwandfrei sei. Der Leiter setzte sich demgegenüber natürlich auf sein höchstes Roß und erklärte, die Satzungen sollen demnächst auf einen ordnungsmäßigen Boden gestellt werden, womit er endlich zugibt, daß der bisherige Satzungsboden nicht ordnungsmäßig war. Zu diesem Zwecke solle eine Mitgliederversammlung einberufen werden. Wird dann Herr Schmidtke noch weiter den sich über alles Recht hinwegsetzenden Rausschmeißer spielen wollen? Man muß doch geradezu staunen, daß diese Leutchen, die einen so auffälligen Mangel an Selbsterkenntnis und Selbsterziehung verraten, sich einbilden, über Kindererziehungsfragen diskutieren und die Welt verbessern zu können. Wie wir hören, sind Bestrebungen im Gange, um Herrn Schmidtke alle jene gedankenlosen Frauen zu überlassen, die ihn weiter anschwärmen wollen, und auf erfreulicherer Grundlage einen ganz neuen Verein „Erziehungskonferenzen" zu bilden. Zu diesem Verein sollen auch in weitestem Umfange Männer, die doch wohl ebenfalls in Erziehungsfragen ein gewichtiges Wörtchen mitzureden haben, zugelassen werden.

Die Obsternte in Werder a. H. Von sachverständiger Seite wird uns aus Werder geschrieben: Die Obsternte in der märkischen Obstkammer hat vor einigen Tagen begonnen und die Befürchtungen hinsichtlich des Ernteausfalls haben sich glücklicherweise nicht bestätigt, denn es ist immer noch so viel vom Frostschaden verschont geblieben, daß man von einer Mittelernte sprechen kann. Ungefähr 20 Proz. des vom Frost nicht mitgenommenen Blütenansatzes sind zur Reife gekommen und das bedeutet für hiesige Verhältnisse noch immer ein befriedigendes Resultat, wenn man bedenkt, daß die Witterungsverhältnisse einen großen Strich durch die ganze Rechnung zu machen drohten. Geerntet werden jetzt Kirschen und Erdbeeren. Die Kirschen sind sehr schön und vollsaftig geraten und erfreuen sich infolge ihres Aromas eines guten Rufes bei den Engroshändlern. Der Auslandsexport nähert sich den Ziffern des Vorjahres und dank der diesjährigen vorzüglichen Qualität bleibt die importierte Ware hinter der heimischen Produktion zurück, deren Angebot die Nachfrage nicht voll decken kann.

Die Berliner Schuhmacherinnung und das Regierungsjubiläum.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, wollen die Berliner Innungen dem Kaiser einen Huldigungsfestzug bringen. Daran sollen sich auch die Schuhmacher mit 400 Teilnehmern beteiligen. Das könnte den Anschein erwecken, als wären die Schuhmacher in ihrer Gesamtheit huldigungslustig. Dem ist aber nicht so. Als im Hauptausschuß der Innung die Beteiligung am Festzug aufder Tagesordnung stand, wurde von einer Seite beantragt, den Punkt nicht zu verhandeln und von der Tagesordnung abzusetzen; der Herr Obermeister kam dem nicht nach und so wurde in die Verhandlung eingetreten. Bei der Abstimmung ergab sich Stimmengleichheit (11 zu 11). Der Herr Obermeister erklärte, daß der Vorstand nun den Ausschlag gebe und für die Beteiligung stimme.

Nach § 36 des Innungsstatuts steht dem Vorstand im Hauptausschuß kein Stimmrecht zu; somit wäre von den Vertretern der Schuhmacher-Zwangsinnung die Beteiligung an dem höfischen Festzug abgelehnt.

Ferner sei noch mitgeteilt, daß gestern dem Herrn Obermeister an 400 Unterschriften überreicht wurden mit dem Antrag: Aufhebung der Schuhmacher-Zwangsinnung.

Wir ersehen hieraus, daß sich bei den selbständigen Schuhmachern immerhin noch Mitglieder befinden, die sich nicht zu allem mißbrauchen lassen.

Die Schlachtzeit auf dem Schlachthofe.

Die unglaublich lange und in ganz Deutschland wohl einzig dastehende Schlachtzeit auf einem städtischen Schlachthof kam in der letzten Kuratoriumssitzung zur Sprache. Anlaß dazu gab — wenn auch unfreiwillig — ein Gesuch der Tierärzte, am 16. d. M. und an den sogenannten „Heiligen Abenden" die Schlachtungen früher zu beendigen. Für den erstgenannten Tag wurde sogar gänzliche Schließung gewünscht. Die Vertreter unserer Partei führten aus, daß eigentlich gar keine Veranlassung vorliege, für den 16. etwas besonderes zu beschließen, da doch nicht anzunehmen sei, daß an diesem Tage die Tierärzte anderweitig nötiger gebraucht würden; wir würden aber auch nichts dagegen haben, wenn man die Feier des Tages dadurch glaube würdiger zu gestalten, daß man an diesem Tage jedes Blutvergießen einstellen wolle; ganz energisch müsse man sich aber dagegen wenden, an Stelle des Montag, den 16., wie von anderer Seite vorgeschlagen würde, an dem vorhergehenden Sonntag die Schlachtungen vorzunehmen.

Weit wichtiger scheine nicht nur die Frage der Abkürzung der Schlachtzeit an den Tagen vor den großen Festen, sondern die Abkürzung derselben überhaupt. Es sei jetzt festgestellt, daß tatsächlich an Wochentagen Schlachtungen bis 11 Uhr nachts vorkämen, das sei unerhört und bedürfe dringend der Abhilfe. Es wurde weiter festgestellt, daß beispielsweise in Mainz unter Leitung eines jetzigen Berliner Statrates der Schluß der Schlachtungen im Winter um 4 Uhr und im Sommer um 5 Uhr festgesetzt wurde und daß gerade diejenigen, welche über diese Einrichtung am meisten geschimpft hätten, den Stadtrat bei seinem Abschied für diese Einführung gedankt hätten. Auch Hamburg habe eine bedeutend kürzere Schlachtzeit. Es wurde schließlich beschlossen, durch eine Umfrage bei den übrigen deutschen Schlachthäusern die Schlachtzeiten festzustellen und alsdann der Verkürzung der Arbeitszeit näherzutreten. Für den 16. Juni beschloß die Mehrheit den Schluß der Abgabe des Brühwassers um 2 Uhr, des übrigen Schlachthauses mit Ausnahme der Abholer um 8 Uhr eintreten zu lassen.

Die Gaswerke der Stadt Berlin und die englische Gasgesellschaft.

In dem Uebereinkommen, welches zwischen den städtischen Gaswerken und der englischen Gasgesellschaft wegen Gewährung umfassender Rabatte an die Gasabnehmer zustande gekommen ist, sind auch zugleich Bestimmungen getroffen, wonach nicht mehr beide Gaswerke nach einem Grundstück Gas liefern dürfen. Durch das Vorhandensein von Gasanlagen zweier Lieferanten in einem Hause hatten sich für die Gasabnehmer, insbesondere für die Hauseigentümer, mannigfache Unzuträglichkeiten ergeben. Dadurch, daß nunmehr die bisher gemeinschaftlich versorgten Grundstücke von einem oder dem anderen Gaswerk zur alleinigen Versorgung übernommen werden, kommen die Mißstände in Fortfall. Irgendwelche Kosten entstehen hierdurch den Gasabnehmern nicht. Die Gaspreise der städtischen Gaswerke und die der englischen Gasgesellschaft sind die gleichen.

Die verkohlte Kindesleiche.

Ein Kindesmord wurde gestern in dem Hause Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 5 entdeckt. Dort diente seit dem 1. Februar d. J. eine 30 Jahre alte Hedwig Schmidt. Diese zeigte, als vor drei Wochen die Dienstherrschaft von einem Besuch in Spandau zurückkehrte, ein verändertes Wesen und war sehr blaß und niedergeschlagen. Auf die Mahnung der Hausfrau, zum Arzt zu gehen, erwiderte sie, daß ihr nichts fehle. Nach einiger Zeit roch es in der Kinderstube andauernd sehr unangenehm. Das Mädchen erhielt den Auftrag, einmal gründlich, besonders im Ofen, nachzusehen, ob die Kinder nicht vielleicht irgendwo etwas versteckt hätten. Es berichtete bald darauf, daß der Ofen Schmutz und altes Papier enthalten, und daß es alles gesäubert habe. Jetzt hörte hier auch der Geruch auf. Am vergangenen Montag aber trat er in der Küche auf. Als er hier nicht weichen wollte, sah der Hausherr gestern in der Maschine gründlich nach und fand nun im Bratofen die halb verkohlte Leiche eines neugeborenen Kindes, die in ein Hemd eingewickelt war. Angesichts dieser Entdeckung gestand die Dienstmagd, versucht zu haben, die Leiche des vor drei Wochen geborenen Kindes zu verbrennen. Sie behauptet, daß das Kind bei der Geburt tot gewesen sei. Es besteht aber der dringende Verdacht, daß sie es gleich nach der Geburt umgebracht hat, und sie wurde deshalb auf der Stelle verhaftet.

Vier Wochen tot in seiner Wohnung gehangen hat der 67 Jahre alte Kriegsinvalide Theodor Ratzow, der von seiner Frau seit zwei Jahren getrennt lebte und seit einem halben Jahre in der Metzer Straße 25 im Erdgeschoß des Quergebäudes für sich allein in einer Küche hauste. Ratzow hatte die Feldzüge von 1866 und 70/71 mitgemacht. Seit dem 14. Mai sah und hörte man von dem alten Manne nichts mehr. Bekannte, die ihn besuchen wollten, und der Hausverwalter klopften immer vergeblich an, dachten sich aber dabei weiter nichts, weil er oft nicht zu Hause war. Gestern sollten nun in der Behausung Klempnerarbeiten gemacht werden. Jetzt ließ der Verwalter öffnen und fand Ratzow tot an der Türklinke hängen. Die Leiche war schon bis zur Unkenntlichkeit verwest. Sie wurde nach dem Schauhause gebracht.

Wer ist die Tote?

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 6. d. Mts., morgens 1.20 Uhr, wurde in einem Abteil des Personenzuges von Stettin auf dem Stettiner Bahnhof ein Mädchen, anscheinend Dienstmädchen, in hilflosem Zustande aufgefunden, welches zur k. Charité gebracht wurde und in der darauffolgenden Nacht verstarb. Bei ihrer Einlieferung gab sie an, Berta Krause zu heißen und am 18. Dezember 1890 zu Bromberg geboren zu sein, außerdem wollte sie zuletzt in Stettin, Klosterstr. 9, in Stellung gewesen sein. Diese Angaben haben sich später alle als falsch herausgestellt. Die unbekannte Tote ist anscheinend 23 Jahre alt, 1,55 Meter groß, von kräftiger Gestalt, hat dunkelblondes Haar, hohe Stirn, blaue Augen, blonde Augenbrauen, Nase, Ohren und Mund sind gewöhnlich, Zähne vollständig bis auf den linken oberen Eckzahn. Als besondere Kennzeichen dürfte eine Warze an der linken Halsseite, in Größe einer Brustwarze dienen; außerdem lassen sich deutlich sogenannte Schwangerschaftsnarben erkennen. Ein Zeichen, daß die Tote bereits Mutter gewesen ist. Bekleidet war die Tote mit einem blauen modernen Strohhut, mit Kornblumen und hellbrauner Schleife garniert, dunkelblauem Kostüm, mit links garnierten schwarzen Knöpfen, schwarzer Satinbluse mit Spachteleinsatz und Kragen, schwarzen Schnürstiefeln und schwarzen baumwollenen Strümpfen, hellblauem Unterrock, weißem Hemd und Beinkleid ohne Zeichen, hellbraunem Korsett mit weißen Spitzen, schwarzem Samtgürtel mit Stahlschloß. Sie war außerdem im Besitze einer lilafarbenen Ledertasche mit goldfarbigem, eckigem Bügel, enthaltend ein Taschentuch, gezeichnet H. A. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die unbekannte Tote vor etwa 2 Jahren bereits in Berlin in Stellung gewesen ist. Mutmaßungen, daß sie als Dienstmädchen in der Nähe der Kochhannstraße in Stellung gewesen ist, sind vorhanden. Mitteilungen über die Persönlichkeit der Toten nimmt die Kriminalpolizei und jedes Polizeirevier zu 2140 IV 27. 18. entgegen.

Vorort-Nachrichten.

Kreistag Niederbarnim.

Zu einer neuen sechsjährigen Tagungsperiode wurden die Mitglieder des Kreistages am Dienstag vormittag 11 Uhr zusammenberufen. Diesem, bisher fast sozialistenreinem Parlament, gehören auch unsere Genossen Milbrodt-Rosenthal, Muth-Oberschöneweide und Schlemminger-Weißensee an. Von den wenig mehr als 60 Vertretern waren 58 erschienen. Bei der Prüfung der Mandate wurde die Wahl des Gemeindevorstehers Müller-Lübars zum Kreistagsabgeordneten für ungültig erklärt, da derselbe gemäß § 106 der Kreisordnung noch nicht ein volles Jahr im Kreise ansässig ist.

Bei Punkt 2 der Tagesordnung handelte es sich um die Festsetzung einer neuen Besoldungsordnung für die Beamten des Kreises Niederbarnim. Begründet wurde die Notwendigkeit der Gehaltserhöhung mit der herrschenden Teuerung. Die Diskussion gab unserem Genossen Muth Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß auch hier wieder die höheren Beamten mit Mehrbezügen bis zu 1000 M. bedacht sind, während die Unterbeamten und Arbeiter nach zwölfjähriger Dienstzeit glücklich 100 M. mehr erhalten sollen. Redner forderte, daß die neue Besoldungsordnung, die nach dem Antrage des Kreisausschusses erst am 1. Oktober 1913 in Kraft treten soll, bereits rückwirkend vom 1. April cr. zur Einführung gelangt. Letzterer Forderung schlossen sich fast alle bürgerlichen Vertreter an, die aber sofort wieder umfielen, als der Landrat erklärte, daß dann eine Erhöhung der Kreissteuern Platz greifen müsse. In namentlicher Abstimmung wurde mit 32 gegen 26 Stimmen beschlossen, dem Antrag des Kreisausschusses beizutreten. Längere Erörterungen brachte eine Vorlage betreffend die Beteiligung des Kreises an der Vereinigung: Gaswerk Niederbarnim-West, G. m. b. H. Die zirka 13 000 Einwohner zählende Stadt Oranienburg entbehrte bisher vollständig der Gasversorgung, da sie sich durch einen alten Vertrag mit dem dortigen Elektrizitätswerk gebunden hatte, wonach ohne Zustimmung dieser Gesellschaft überhaupt kein Gas in Oranienburg eingeführt werden durfte. Nach langen Verhandlungen ist es dem Kreise endlich gelungen, das Märkische Elektrizitätswerk zu bestimmen, die Einfuhr von Leucht-, Heiz- und Kochgas in Oranienburg für eine vom Kreise zu bildende Interessengemeinschaft bedingungslos freizugeben. Diese Gesellschaft soll nun ihren Sitz in Oranienburg haben; die in Frage kommenden Gemeinden haben sich gegenseitig für das neue Unternehmen Steuerfreiheit zugesichert. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 300 000 M. Es zahlen ein: 1. der Kreis Niederbarnim 100 000 M.; 2. Stadt Oranienburg 100 000 M.; 3. Landgemeinde Birkenwerder 70 000 M.; 4. Landgemeinde Sachsenhausen 30 000 M. Die Gemeinde Birkenwerder bringt als Einlage die von ihr betriebene Gasanstalt ein, deren Betrieb am 1. Juli 1913 auf die Gesellschaft übergeht. Da dieses Werk aber nicht in der Lage ist die gesamte notwendige Gasmenge zu produzieren, wird noch das einem Herrn Hengstenberg gehörende Gaswerk Sachsenhausen für 250 000 M. gekauft. Dieses soll so ausgebaut werden, daß der Betrieb in Birkenwerder mit der Zeit stillgelegt werden kann, während das Werk Sachsenhausen Zentrale wird. Mit steigendem Gasverbrauch soll dann später ein großes modernes Werk in Oranienburg erstehen. Der Einheitspreis für das Kubikmeter Gas soll 16 Pf. betragen, und nach den vorgelegten Rentabilitätsberechnungen einen guten Gewinn sichern. Der Ueberschuß ist bestimmt, leistungsschwachen Gemeinden des Kreises die Versorgung mit Gas zu ermöglichen. Der Kreistag bewilligte die notwendigen 100 000 M. zur Einzahlung des Stammkapitals. Außerdem wird der Kreisausschuß ermächtigt, der Gesellschaft nach Bedarf für die Erweiterung des Gaswerks Sachsenhausen und für Anlage und Erweiterung von Rohrnetzen Darlehen bis zur Höhe von 300 000 M. zu gewähren. Alsdann wurde einem Antrage zugestimmt, wonach der Gemeinde Rüdersdorf eine weitere einmalige Kreishilfe von 9000 M. für den Bau einer Brücke über den Kalkgraben gewährt wurde. Der Bau der Brücke war mit 81 000 M. veranschlagt. Dieser Betrag ist aber infolge des schlechten Baugundes um 18 500 M. überschritten worden, so daß die Gesamtkosten 99 500 M. betragen. 85 000 M. hatte der Kreis bereits zugeschossen, so daß die Beihilfe, mit den jetzt bewilligten 9000 M., im ganzen 44 000 M. beträgt. Punkt 5 brachte eine Erhöhung der Kreisumsatzsteuer. Diese beträgt gemäß § 2 der Umsatzsteuerordnung ½ vom Hundert. Der Antrag des Kreisausschusses ging dahin, diese Steuer bei einem Objekt von 5 Millionen auf ein volles Prozent zu erhöhen. Der Kreistag ging über diesen Antrag hinaus und beschloß die Erhöhung der Steuer bereits bei einem Objekt von 1 Million Mark eintreten zu lassen. In den Gemeinden Oberschöneweide und Tegel sollen Nebenkassen der Kreissparkasse errichtet werden. Ein Antrag, der die Errichtung von der Zustimmung der beteiligten Gemeinden abhängig machen wollte, wurde abgelehnt. Die Fassung einer Satzung der allgemeinen Ortskrankenkasse für den Bezirk des Versicherungsamtes Niederbarnim (§ 320 der R.-V.-O.) mußte vertagt werden, da die Vertreter der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer zuvor noch zu hören sind. Fünf weitere Punkte betrafen Verwaltungsangelegenheiten, die des öffentlichen Interesses entbehren. Alsdann folgten die bürgerlichen Abgeordneten einer Einladung des Landrats zu einem im Monopolhotel stattfindenden gemeinschaftlichen Essen.

Charlottenburg.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm zunächst davon Kenntnis, daß das von ihr genehmigte Darlehen bei der Reichsversicherungsanstalt in Höhe von 10 Millionen Mark von dieser wegen der großen an sie gestellten Anforderungen nur in Höhe von 5 Millionen Mark bewilligt worden ist. Das Gehalt für den Ersten Bürgermeister schlug der Ausschuß entsprechend dem letzten Magistratsbeschluß vor, auf 27 000 M. festzusetzen. Die Versammlung trat mit großer Mehrheit dem Beschluß bei. (Das Resultat der Wahl haben wir bereits gemeldet.) Eine Vorlage des Magistrats verlangte die Uebernahme der Unfallversicherung der Arbeiter des Hoch- und Tiefbauamtes in eine städtische Eigenversicherung. Hierbei würden bedeutende Ersparnisse erzielt werden, weil die in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter ein bedeutend geringeres Unfallrisiko haben, als es in der Mehrzahl der privaten Betriebe der Fall ist, die mit den städtischen in einer Berufsgenossenschaft vereinigt sind. Stadtverordneter Neumann (Alte Fraktion) widersprach dieser Vorlage. Nach seiner Ansicht dürfe die Stadt ein solches Risiko nicht übernehmen. Stadtverordneter Vogel (Soz.) und Meyer (Lib.) befürworteten die Vorlage, die dann angenommen wurde. Gemeinsam wurden zwei Vorlagen über das Deutsche Opernhaus beraten. Die eine wünscht eine andere Preisfestsetzung, die Orchestersitze sollen um 50 Pf., der dritte Rang und die Galerie um 10 Pf. erhöht werden, das zweite Parkett soll um 80 Pf. ermäßigt werden und gleichzeitig die vier letzten Reihen des ersten Parketts erhalten. Der erste Rang soll in drei Stufen geteilt werden und die Preise für die zweite Stufe um 50 Pf., die für die dritte um 1,80 M. ermäßigt werden. Durch diese Preisfestsetzung soll der im ersten Rang und im zweiten Parkett noch mangelhafte Besuch des Theaters gehoben werden. Außerdem wird vorgeschlagen, die Kassenpreise, nicht die Abonnementspreise, bis zum zweiten Range für die Wagneropern zu erhöhen.

Die zweite Vorlage will dem Magistrat einen stärkeren Einfluß auf die Gesellschaft sichern, indem er ein Vetorecht gegen die Wahl von Vorstandsmitgliedern und ein Widerspruchsrecht gegen Satzungsänderungen, die den städtischen Interessen zuwiderlaufen, erhalten soll; auch die Bestimmung, daß der Posten als Aufsichtsrat nur ehrenamtlich auszuüben ist, soll nicht ohne Zustimmung des Magistrats geändert werden dürfen. Als Gegenleistung erhält die Gesellschaft einige Erleichterungen bei der von ihr zu stellenden Kaution in Höhe von 500 000 M. In der Debatte wurde von verschiedenen Seiten der gute Erfolg des Opernhauses in künstlerischer und finanzieller Hinsicht hervorgehoben. Das letztere bezeichnete Genosse Dr. Borchardt als verfrüht, man müsse abwarten, ob die Pachtsumme voll eingehen werde. Beide Vorlagen wurden angenommen. Die Vorlage über die Schustehrusstiftung, für die ein Kapital von 50 000 M. bereitgestellt werden soll, dessen Zinsen für die Hinterbliebenen von städtischen Privatdienstverpflichteten zu verwenden sind, wurde in der Fassung des Ausschusses angenommen, wonach auch die Jubiläumsstiftung vom Jahre 1905, die für die Hinterbliebenen von städtischen Arbeitern bestimmt ist, auf die Höhe von 50 000 M. gebracht werden soll. Die Vorlage über die neue 29 Millionen-Anleihe wurde einem Ausschuß überwiesen. In geheimer Sitzung wurde dann ein Gaslieferungsvertrag mit den Siemenswerken angenommen. Nach diesem Vertrage wird den Siemenswerken, die einen Gaskonsum von über 2 Millionen Kubikmetern haben, für das, was sie über 400 000 Kubikmeter verbrauchen, ein Preis von 10 Pf. statt 18 Pf. berechnet.

Neukölln.

Ein Portemonnaie mit 52,86 M. ist am Mittwoch, den 11. Juni, auf dem Wege vom Weigandufer 37 bis zur Weserstraße 25, verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe bei J. Hübner, Neukölln, Weserstraße 25, Hof III, abzugeben.

Lichtenberg.

Rentable Fischzucht. Das der Stadtgemeinde Lichtenberg gehörende Rittergut Tasdorf beherbergt auch eine Anlage für Fisch-

zucht. Die Verwaltung des Gutes legt nun für das Jahr 1911 einen Bericht vor, aus dem zu entnehmen ist, daß sich die Fischzucht glänzend rentiert. Im Bericht heißt es darüber: Die Fische brachten eine Einnahme von 2600,57 M. gegen 1500 M. im Voranschlag. Die Anschaffungskosten betrugen 677,50 M., auf Fütterung, Arbeitslohn und Auspumpen des großen Teiches entfallen zirka 450 M., so daß ein Reingewinn von 1482,07 bleibt. Die größte Zunahme zeigten die Karpfen in dem großen Teich auf dem Rieselfelde, in welchem das Drainagewasser einmündet. Von den im Jahre 1909 versuchsweise eingesetzten 2 Zentner Karpfen (zirka 280 Stück) wurden im Jahre 1911 nach Auspumpen des Teiches an 14 Zentner Karpfen herausgenommen, während zirka 2 Zentner als Bestand im Teiche verblieben . . ." Schließlich wird noch hervorgehoben, daß bei einer Möglichkeit, den Teich abzulassen, anstatt ihn auszupumpen, die Unkosten noch geringer sein würden. Aber auch so genügt es. Der Wert der Anschaffung ist geblieben, es kämen also nur die übrigen Unkosten in Höhe von 450 M. in Betracht. Diesen steht als Gewinn das Sümmchen von 1482 M. gegenüber. Selbst wenn man eine hohe Verzinsung des Anschaffungswertes der Fische sowie eine hohe Verzinsung für den auf den Teich entfallenden Grundstückspreis einsetzt, ergibt sich immer noch eine außerordentlich glänzende Rentabilität. Man könnte daher wohl die Frage aufwerfen, warum wird der Fischzucht nicht allgemein mehr Aufmerksamkeit geschenkt?

Kalkberge-Rüdersdorf.

Aus der Gemeindevertretersitzung. Die Jahresrechnung der Gemeinde- und Schulverwaltung schließt in Einnahme mit 130 726,94 M. und in Ausgabe mit 114 877,74 M. ab. Mithin verbleibt ein Bestand von 15 849,20 M. Die Rechnung des Elektrizitätswerkes weist in der Einnahme 89 014, 88 M. auf, in der Ausgabe 84 781,17 M. Obwohl aus dem Reservefonds des Werkes 10 000 M. zur Schuldentilgung der Gemeinde (Brückenbau) entnommen worden sind, bleibt also noch aus dem neuen Rechnungsjahre ein Ueberschuß von 4233,66 M. Die Einnahmen für den Brückenbau betragen 14 976,62 Mark (4976,62 M. Bestand aus dem Vorjahre, 10 000 M. aus dem Reservefonds des Elektrizitätswerkes). Die Kosten für den Brückenbau belaufen sich auf 13 980,94 M. Das Reinvermögen der Gemeinde beträgt 78 110,56 M. In das Kuratorium für die gewerbliche Fortbildungsschule wurden gewählt: als Gemeindeverordnete die Herren Koepisch und Dr. Zimmermann, als Arbeitgeber die Herren Klinger und Ertelb, als Arbeitnehmer die Herren Seelisch und Bredereck. — Die Baukommission wurde mit der Vergebung verschiedener kleiner Bauarbeiten beauftragt. — Für den patriotischen Klimbim anläßlich des Regierungsjubiläums wurden 100 M. ausgeworfen.

Gerichts-Zeitung.

Im Kampf gegen die freie Jugendbewegung

leistet die Berliner Polizei das Menschenmögliche in Versuchen zur Ausnutzung des Vereinsgesetzes.

Als zum 28. Februar 1913 in Berlin mehrere **Versammlungen für Jugendliche** geplant waren, witterte das Polizeipräsidium in dem Thema **„Die falschen und die wahren Freunde der Jugend"** im voraus etwas „Politisches". Durch die zur Ueberwachung entsandten Beamten wurden einige dieser Versammlungen verhindert, einige andere aber durften in Gegenwart der Beamten abgehalten werden. In dem Versammlungslokal der Jasmunder Straße, wo die Versammlung nicht stattfinden durfte, unterhielten sich die Erschienenen in **geselligem Beisammensein.** Weil ein paar der dabei vorgetragenen Gedichte dem überwachenden Polizeileutnant „politisch" schienen, wurden verschiedene jugendliche Teilnehmer zur Wache geführt. Es gab dann **Strafmandate** wegen vermeintlicher Uebertretung des Vereinsgesetzes, das die **Teilnahme von noch nicht 18 jährigen Personen an politischen Versammlungen** untersagt.

Vierundzwanzig Jugendliche, die Widerspruch gegen die ihnen aufgepackten Strafmandate erhoben hatten, standen gestern als Angeklagte vor dem **Jugendgericht Berlin-Mitte.** Um diese ganze Schar samt den als Beistand geladenen Eltern unterbringen zu können, hatte man für die Verhandlung einen größeren Saal gewählt.

Die Vernehmung der **Angeklagten** ergab, daß sie teils durch ein in den Straßen verteiltes oder an Häusern und Zäunen angeklebtes Flugblatt, teils durch Freunde und Arbeitskollegen auf die Versammlungen aufmerksam gemacht worden waren. Das **Flugblatt**, das über „die falschen und die wahren Freunde der Jugend" schon einiges vorausschickte, ließ der Polizei die angekündigten Versammlungen von vornherein verdächtig erscheinen. Die Behauptung, daß in dem Lokal der Jasmunder Straße auch bei dem geselligen Zusammensein „Politik" getrieben worden sei, stützte sich auf die Auffassung des **Polizeileutnants Walter**, der die Unterhaltung der jungen Leute als „Versammlung" angesehen hatte und zu ihrer „Ueberwachung" da geblieben war. Vor Gericht erzählte er, die politische Abteilung des Polizeipräsidiums habe die zur Ueberwachung der Versammlungen ausersehenen Beamten **im voraus angewiesen, die Versammlungen als politische zu betrachten.** Es sei ihnen auch ein Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichtes mitgeteilt worden, aus dem sie sich hierüber informieren sollten. So präpariert, war Leutnant Walter in das Versammlungslokal gegangen, und so präpariert, „überwachte" er, **nachdem er das Zustandekommen** der „politischen" Versammlung wegen der Anwesenheit Jugendlicher verhindert hatte, das gesellige Beisammensein. Er blieb in dem Lokal und hörte sich das Klavierspiel mit an, den Gesang, die Deklamationen usw. „Ich wollte," so bekundete der Zeuge, „womöglich den Nachweis für den politischen Charakter erbringen. Es wurden da Gedichte vorgetragen, die den Klassengegensatz zum Ausdruck brachten und die Achtung vor den Behörden und Beamten herabsetzen wollten. Ich merkte: **das war der Zweck** der Gedichte. **Man wollte** den jungen Leuten durch diese Gedichte einen Widerwillen und Groll gegen die Behörden beibringen, man **wollte** (der Zeuge betonte immer wieder dieses Wort) sie veranlassen, **der Arbeiter-Jugendbewegung beizutreten und nicht der vom Staat geförderten und unterstützten Jugendbewegung.**" Dieser Herzenserguß des Polizeileutnants hörte sich an, wie wenn hier nicht ein Zeuge seine Aussage zu machen hatte, sondern ein Staatsanwalt seine Anklagerede vortrug. Der **Verteidiger**, Rechtsanwalt **Kurt Rosenfeld**, fragte, warum denn fünf jener Versammlungen, die das Polizeipräsidium im voraus zu „politischen" gestempelt hatte, unter Aufsicht der Polizeibeamten **ungehindert abgehalten werden** durften. Das sei nachträglich **vom Polizeipräsidium nicht gebilligt** worden, erwiderte Zeuge Walter. Als weiteres „Beweismaterial" lag dem Gericht ein **Liederbuch** vor, das die Polizei eingereicht hatte, weil darin einige der vorgetragenen Lieder zu finden seien. **Der Verteidiger** stellte fest, daß das Buch in England gedruckt ist, und bezweifelte, daß ein Exemplar **dieses Buches** bei dem geselligen Beisammensein benutzt worden sei. Das Gericht verzichtete dann auf Verlesung der von der Polizei als „politisch" empfundenen Gedichte, so daß neben dem **Flugblatt nur die Empfindung des Leutnants Walter als** „Beweismaterial" **übrig blieb.**

Dem **Amtsanwalt** genügte das. Er hielt daran fest, daß eine **Versammlung** stattgefunden habe, wenn auch der angekündigte Vortrag unterblieben sei. Die Versammlung sei **politisch** gewesen. **Mit dem Thema** „Die falschen und die wahren Freunde der **Jugend**" (über das gar nicht gesprochen wurde, weil eben die Versammlung gar nicht zustande kam!) könnten doch nur Bestrebungen **gemeint sein, die im öffentlichen Leben eine Rolle spielen. Er beantragte, gegen alle Angeklagten auf je 10 Mark Geldstrafe zu** erkennen. **Der Verteidiger**, Rechtsanwalt **Rosenfeld**, forderte **Freisprechung.** Eine Versammlung sei beabsichtigt gewesen, aber nicht zustande gekommen. Selbst wenn sie zustande gekommen wäre, würde sie **nicht politischen Charakter** gehabt haben. Das sei gerade aus dem vom Gericht als Beweis herangezogenen Flugblatt zu folgern, das ja mit keinem Wort die Absicht einer Einwirkung auf Gesetzgebung oder Verwaltung erkennen lasse. Die Beschäftigung mit den darin als falsche Freunde der Jugend bezeichneten **Jugendvereinigungen der bürgerlichen Klasse** könne doch nicht als politische Betätigung hingestellt werden. Diese seien **doch**, so sehr sie auch von staatlichen Organen unterstützt würden, nicht selber staatliche Organe. Wolle etwa das Gericht das gesellige Beisammensein als „Versammlung" ansehen, so werde diese nicht durch den Vortrag von Gedichten über den Klassengegensatz usw. zu einer „politischen". Auf eine Aeußerung des **Verteidigers** über die Höhe der vom Amtsanwalt beantragten **Strafe** erklärte der **Amtsanwalt**: „Hier kommen doch auch **öffentliche Interessen** in Frage. Es ist ein harter Kampf, der da in dem Flugblatt geführt wird. **Daraus** läßt sich wohl diese Strafe begründen." Der **Verteidiger** erwiderte, **es** widerstrette jeder Gerechtigkeit, bei der Strafzumessung den scharfen Ton des Flugblattes zu berücksichtigen, das nicht von den Angeklagten verfaßt worden sei, sondern sie nur zu der Versammlung eingeladen habe.

Das Gericht kam nach ganz kurzer Beratung zu dem **Urteil**, die Angeklagten seien **freizusprechen, auch seien mit den Kosten des Verfahrens diejenigen für die Verteidigung** (wie der Verteidiger beantragt hatte) **auf die Staatskasse zu übernehmen.** Der **Vorsitzende**, Amtsgerichtsrat **Köhne**, pflichtete in der Urteilsbegründung den juristischen Ausführungen des **Verteidigers** bei. Die vom Staat unterstützten Jugendvereinigungen seien keine staatlichen Organe, die **Ausführungen des Flugblattes** gegen sie könne man nicht als Erörterung politischer Angelegenheiten ansehen, auch die Versammlungen seien dadurch **nicht zu politischen** geworden. In dem vorliegenden Fall habe **es** sich überhaupt nicht um eine Versammlung, sondern um ein **geselliges** Beisammensein gehandelt. Für die dabei **vorgetragenen** Gedichte seien die Zuhörer **nicht verantwortlich zu machen.**

Amtsgerichtsrat Köhne fügte, wie er **das** als Jugendrichter zu tun pflegt, auch einige **„moralische" Betrachtungen** an. Er bezeichnete es als **„im staatlichen Interesse außerordentlich bedauerlich"**, daß ein solches Flugblatt „den jungen Leuten serviert werden darf". Wünscht er vielleicht, daß der freien Jugendbewegung ihr Kampf gegen ihre Feinde durch Gesetz unmöglich gemacht wird? Von einem Jugendrichter, der die Rechte der Jugend wahrnehmen will, hätte man moralische Erörterungen, wenn solche überhaupt gegeben werden sollten, gegenüber den **Anklagebeamten**, nicht aber gegenüber den freigesprochenen Jugendlichen erwarten sollen.

Spiel und Sport.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität" (Ortsgruppe Berlin). Touren zum Sonntag, den 15. Juni: 1. Abt.: 7 und 1 Uhr: Wandlitz (Gesellschaftshaus). Start: Bülowstr. 58. — 2. Abt.: 4½ Uhr: Stöckitzsee (Abkoch- und Badetour). 1 Uhr: Hirschgarten (Wilhelmshof). Start: Fontanepromenade 18. Achtung! Von jetzt ab jeden 1. und 3. Mittwoch: Sitzung im Restaurant Leuchtturm, Fontanepromenade 18. — 3. Abt.: Am 14., abends 8½ Uhr: Buckow (Märkische Schweiz). Am 15. 12 Uhr: Petershagen (Zum alten Dessauer, (Badetour.) Start: Lausitzer Platz 12. 4. Abt.: 4½ Uhr: Kloster Chorin. 12 Uhr: Gorinsee. Start: Küstriner Platz. — 5. Abt.: 6 Uhr: Malz am Grabowsee. 2 Uhr: Stralau (Bez.-Fest). Start: Elysium. — 6. Abt.: Am 14., abends 9 Uhr: Wörlitz. Am 15. 8 und 12 Uhr: Wandlitz (Badetour). Start: Oderberger Str. 28. — 7. Abt.: 6 Uhr: Rüdersdorf-Kalkberge. 1 Uhr: Hirschgarten, Wilhelmshof. Start: Schulstr. 29. — 8. Abt.: 5 Uhr: Ferch. 1 Uhr: Stralau. (Bez.-Fest bei Schonert. Start: Levetzowstraße. — 9. Abt.: (Zum Bez.-Fest Stralau bei Schonert). Start: Schillingstr. 22. — 10. Abt.: 1 Uhr: Bez.-Fest (Stralau bei Schonert). Start: Gr. Frankfurter Str. 30. — 11. Abt.: Am 18. Juni. 9 Uhr: Wandlitzsee. Start: Große Hamburger Str. 18/19. — Ortsgruppe Neukölln: 1 Uhr: Bezirksfest des 2. Bezirks. Start: Idealpassage. Blumendekoration wird gewünscht. — Ortsgruppe Charlottenburg: 12 Uhr: Stralau. Bez.-Fest (Wm. Schonert). Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität". 2. Bezirk, Kreis Teltow. Sonntag, den 15. Juni, nachmittags 2 Uhr: Start zur polizeilich genehmigten Korsofahrt, mit Musik und geschmückten Rädern zum 10. Bezirksfest bei Scholz, Markgrafendamm 34. Der Festzug bewegt sich durch die Gohler-, Bödiker-, Persius-, Bosse-, Goßler-, Hohenlohestraße, Rudolfplatz, Beyme-, Rother-, Ehrenbergstraße, Stralauer Allee, Annastraße nach dem Etablissement Neu-Seeland". — Pünktliches Erscheinen aller Ortsgruppen dringend notwendig. Abfahrt 3 Uhr. — An allen Touren und Veranstaltungen sind Gäste willkommen.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität" (Ortsgruppe Reinickendorf). Am Sonntag, den 15. Juni: Badetour nach Wannsee; von dort nach Potsdam. Start früh 7 Uhr bei Lüning, Schillingstraße.

Sportkartell Ober- und Nieder-Schöneweide. Sonntag, den 15. Juni: Ahrensfelde: Schneider. Sammelpunkt des Vereins nachmittags 3 Uhr am Bahnhof Ahrensfelde.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde". Sitz Berlin. Am Sonntag, den 22. Juni, findet eine Gesellschaftsfahrt nach Dessau statt. Teilnehmerkarten und ausführliche Programme sind bei Heyse, Bovenstr. 19, Horsch, Engelufer 15 und Zepmeisel, Neukölln, Hermannstr. 176, zu haben.

Sonntag, den 15. Juni. I. Trebnitz—Alt-Friedland—Dahmsdorf—Müncheberg (Nachttour). Abfahrt Sonnabendabends 12⁰⁰ Uhr. Schlesischer Bahnhof. — II. Biesenthal—Schwärzesee—Nonnenfließ—Melchow (Nachttour). Abfahrt Stettiner Fernbahnhof Sonnabend abend 11⁰⁰ Uhr. — III. Neuruppin—Binenbach—Kunsterspringmühle—Fh. Steinberge (Nachttour). Abfahrt Stettiner Fernbahnhof Sonnabendabend 12⁰⁴ Uhr. — IV. Tiefensee—Gamengrund—Falkenberg. Abfahrt Schlesischer Bahnhof (Wriezener Bahnsteig) 5⁰⁰ Uhr vormittags. — V. Erkner—Löcknitz—Störitzsee—Erkner. Abfahrt Schlesischer Bahnhof 5⁰⁰ Uhr vormittags. — VI. Zepernick—Liepnitzsee—Bernau. Abfahrt Stettiner Vorortbahnhof 6⁰⁰ Uhr vormittags. — VII. Hennigsdorf—Nieder-Neuendorf—Schwanenkrug—Spandau. Abfahrt Stettiner Vorortbahnhof 12⁰⁰ Uhr nachmittags. — VIII. Wanderung für Schüler über zehn Jahre. Stolpe—Havel—Neubrück—Tegel. Abfahrt Stettiner Vorortbahnhof 7⁰⁰ Uhr vormittags. — IX. Bade- und Spieltour für Kinder. Tegel—Baumwerder—Fürstenbrunn. Treffpunkt Bahnhof Wedding (Eingang Nettelbeckplatz) 8 Uhr vormittags. Schlesischer Bahnhof (Ecke Frucht- und Madaistraße) 8 Uhr vormittags.

Ortsgruppe Spandau. Nüdnitz—Hellsee—Prenden—Melchow. Abfahrt 5⁰⁰ morgens. Gäste zu allen Touren willkommen.

Arbeiter-Wanderverein Berlin. Sonnabend, den 14. Juni: 1. Wanderfahrt nach Werftpfuhl—Beiersdorf—Grünthal—Melchow. Abfahrt Sonnabendabend 8⁰⁰ vom Wriezener Bahnhof. — 2. Sonntag, den 15. Juni: Wanderfahrt nach Melchow—Nonnenfließ—Spechthausen—Schwärze—Samithsee—Gr. Buckensee—Biesenthal. Abfahrt 5⁰⁰ Stettiner Hauptbahnhof. — Gäste willkommen.

Die 11. Lehrlingsabteilung des Turnvereins Fichte unternimmt am **14. und 15. Juni** eine **Nachtturnfahrt** mit anschließendem Baden und Abkochen nach dem Bätzer Vorder See. Treffpunkt: 14. abends 9 Uhr in der Turnhalle Bergmannstr. 28/29.

„Freie Turnerschaft" Reinickendorf. Am Sonntag, den 15. Juni, Vereinspartie nach Nowawes—Drewitz. Daselbst Wettspiele. Treffpunkt 7½ Uhr vormittags Schannweber- Ecke Antonienstraße.

Der Arbeiter-Schwimmverein „Berlin" veranstaltet am kommenden Sonntag eine Agitationstour nach Freibad Friedrichshagen. Treffpunkt sämtlicher Mitglieder um 9 Uhr am Bahnhof Friedrichshagen. Freunde und Gönner dieses gesunden Sports sind herzlich willkommen.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 15. Juni, Wanderungen: 1. Gr. Schönebeck, Werbellinsee, Klandorf. Abfahrt nach Gr. Schönebeck Stettiner Bahnhof Sonnabendabend 11⁰⁰ (Reinickendorf-Rosenthal umsteigen). Sonntagsfahrkarte. — 2. Fürstenwalde, Rauensche Berge, Scharmützelsee, Storkow. Abfahrt nach Fürstenwalde Schlesischer Bahnhof 6⁰⁰ (Eilzug III. Klasse). Gäste stets willkommen.

Märkische Spielvereinigung. Nachdem am 1. Juni in der Vorrunde um die Meisterschaft der Märkischen Spielvereinigung der Luckenwalder Ballspielverein gegenüber Weißensee mit 8 : 2 Sieger geblieben ist, hat er am kommenden Sonntag, den 15. Juni, mit Forst Abt. II im Entscheidungsspiel sich zu messen. Es ist dies das erste Mal, daß die Feststellung der bestspielenden Mannschaft vom 1. Kreis des Arbeiter-Turnerbundes erfolgt. Das Spiel findet auf dem neuangelegten Platz der M. S.-V. in Weißensee, Rennbahnstraße (Rennbahngelände), statt und beginnt um 5 Uhr. Von 3 Uhr ab leichtathletische und turnerische Vorführungen: 600 Meter Stafettenlauf, 10 Läufer à 60 Meter, Fußballweitstoßen, Stabhochspringen, Faustball mit 2 Bällen, Raffball. Die ganze Veranstaltung gilt als Einweihungsfest des neuen Sportplatzes des Bezirks Groß-Berlin der M. S.-V. Da die Arbeiterschaft Berlins am vergangenen Sonntag zum Sportfest in Weißensee durch ihren Massenbesuch bewiesen hat, daß sie gewillt ist, Turnen, Spiel und Sport zu pflegen und zu unterstützen, wird mit recht starkem Besuch gerechnet. Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintritt von 20 Pf. erhoben. Kinder sowie Jug.-Mitglieder unserer Vereine zahlen 10 Pf.

Arbeiter-Samariterbund. Kreis Brandenburg.

Am Sonntag, den 15. Juni, vormittags 10 Uhr, findet in Nowawes, Friedrichstraße, Ecke Wilhelmstraße, Restaurant Schmidt, ein Kreistag statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über medizinischen Aberglauben. 2. Kreisangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Anschließend an den Kreistag ist nachmittags 2 Uhr im selben Lokal eine Kreisübung. Jede Kolonne muß vertreten sein. — Die Berliner Genossen treffen sich um 12½ Uhr am Bahnhof Neubabelsberg und marschieren gemeinsam nach dem Uebungslokal.

Lehrabend haben in dieser Woche (Beginn 8½ Uhr):

Berlin. 2. Abt. Am Montag, 16. 6., im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 42.

Berlin. 3. Abt. Am Donnerstag, 22. 6., Schöneberg, Vorbergstr. 9, Restaurant Haendel.

Berlin, 5. Abt. Neukölln. Freitag, den 20. Juni, Weichselstr. 8, Idealkasino.

Berlin, 6. Abt. Am Montag, 16. 6., bei Schulz, Königsgraben 2.

Ober-Schöneweide. Am Montag, 16. 6., bei Schulz, Siemensstraße 12.

Nowawes. Am Dienstag, 17. 6., in der Fortbildungsschule.

Mariendorf. Am Montag, 16. 6., Chausseestr. 27.

Spandau. Am Mittwoch, 18. 6., bei Bezilles, Pichelsdorfer Str. 5.

Die Arbeiter-Samariterkolonne Wilhelmsruh und Umgegend veranstaltet am kommenden Sonntag 3 Uhr nachmittags eine Samariterübung im Lokal Gust. Milbrodt, Rosenthal I, Waldersestr. 5. Die Leitung hat der Kolonnenarzt Herr Dr. Müller, Reinickendorf. Zweck der Uebung ist, der breiten Oeffentlichkeit zu zeigen, daß die Arbeiter-Samariter in der Lage sind, bei allen Unglücksfällen helfend einzugreifen. Folgende Idee ist der Uebung zugrunde gelegt: „Während einer Veranstaltung im obigen Lokal ist die Saaldecke eingestürzt und zwar infolge einer Gasexplosion im Dachgeschoß des Saales. Die Arbeiter-Samariter leisten die erste Hilfe."

Entree wird nicht erhoben. Alle Freunde der Samaritersache sind hierzu eingeladen. Bei ungünstigem Wetter wird sich die Uebung auf innere Räume beschränken.

Aus aller Welt.

Das Ende eines Grundstücksspekulanten.

Der am Donnerstag von der Kölner Strafkammer zu zwei Jahren acht Monaten Gefängnis verurteilte Justizrat Lehenbecker war angeklagt und geständig, in zwölf selbständigen Handlungen zuungunsten mehrerer Verwandter Hypothekengelder, Zinsen usw. von über 200 000 M. veruntreut zu haben. Der Angeklagte entstammt einer der angesehensten und reichsten Familien Kölns und hatte von seinen Eltern unter sieben Kindern 800 000 Mark geerbt. 80 000 M. hatte ihm die Frau in die Ehe gebracht. Als er vor längerer Zeit bei einer Grundstücksspekulation 40 000 M. Gewinn erzielte, bekam er Geschmack an dieser Art Geschäfte und kaufte große Baugelände in dem Vorort Sülz an, wo er innerhalb fünf bis sechs Jahren eineinviertel bis anderthalb Millionen zu verdienen hoffte. Er hatte sich aber verrechnet, und als zu einer neuen Bauordnung auch noch die derzeitige ungünstige Lage am Baumarkt kam, brach sein Spekulationsgebäude zusammen. Lehenbecker, der bei seinen Geschäften nicht die Gerissenheit eines spekulierenden Juristen zeigte, verbrauchte viel Geld mit Frauenspersonen, von denen ihn noch einige bei seiner Flucht ins Ausland begleiteten. Er hielt sich infolge der Lotterwirtschaft seiner Buchführung noch bis zum Ende des vorigen Jahres für einen reichen Mann. Bis zum Tage seiner Flucht im Januar d. J. galt er in Köln als mehrfacher Millionär. Der Angeklagte ist von England ausgeliefert worden und wird nun im Alter von 57 Jahren das Leben eines hochangesehenen Millionärs mit dem eines Sträflings vertauschen.

Ein bewährter Gaunertrick.

Am Mittwoch erschien in einem Bremer Juweliergeschäfte ein Unbekannter mit der Erklärung, Juwelen kaufen zu wollen. Nachdem er sich Schmuckgegenstände im Werte von insgesamt 28 000 M. ausgesucht hatte, entfernte er sich mit der Bitte, man möchte ihm die Sachen nach einem hiesigen Hotel bringen. In dem Hotel, wohin ihm die Sachen von zwei Angestellten des Geschäfts gebracht wurden, erklärte er, die Sachen in Paris wohnenden Angehörigen zeigen zu müssen, und legte sie in Gegenwart der Ueberbringer in ein zu diesem Zweck bereitgehaltenes Kästchen, das er versiegelte. Dann begab sich der Käufer in ein anderes Gemach. Als er nicht wiederkam, öffneten die beiden Angestellten das Kästchen; aber statt der Juwelen befanden sich darin nur Rasierbecher und Watte. In der Zwischenzeit war der Schwindler verschwunden.

Das Treiben der echt-russischen Leute.

Wie ein Telegramm aus Petersburg meldet, richtete eine Versammlung reaktionärer Dumaabgeordneter, an der mehrere hohe Justizbeamte und Mitglieder der höchsten Gesellschaft teilnahmen, eine Petition an den Justizminister, den Beilisprozeß ohne Geschworene zu Ende zu führen und eine andere an den Minister des Innern, der Presse Darstellungen über den Ritualmord und jede Kritik an dem Untersuchungsverfahren zu untersagen und außerdem während der Verhandlungen eine eigene Preßzensur und Berichtsberichterstattung einzuführen.

Mit derartigen Maßnahmen kann man dann das Märchen der Ritualmorde aufrechterhalten und die Juden gehörig schröpfen.

Kleine Notizen.

Schweres Automobilunglück. Am Mittwochnachmittag verunglückte das mit drei Personen besetzte Automobil des Frankfurter Verkaufsbureaus der Aachener Mannesmannwerke beim Dorfe Malmeneich, indem es in einer Kurve gegen einen Baum fuhr. Das Automobil wurde vollständig zertrümmert. Der Führer des Wagens, ein Oberingenieur aus Frankfurt, erlitt einen Schädelbruch und wurde in hoffnungslosem Zustande in das Limburger Vincenzhospital gebracht. Die beiden anderen Insassen kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Ein Mord von Kindern verübt. In Bassonville bei Chartres wurde in der vergangenen Nacht das greise Ehepaar Gouin ermordet. Die Mörder, ein 15jähriger und ein 18jähriger Bursche, die vor kurzem aus einer Besserungsanstalt entwichen waren, wurden verhaftet.

700 000 Frank unterschlagen. Nach Unterschlagung von 700 000 Frank ist der Buchhalter einer großen Firma in Laon, ein Deutscher namens Albert Dagbert, der lange Zeit in einer Frankfurter Firma tätig war, flüchtig geworden. Hinter Dagbert, der viel an der Börse gespielt haben soll und dort wahrscheinlich große Verluste erlitten hat, ist ein Steckbrief erlassen worden.

Strandung eines spanischen Kanonenbootes. Das Kanonenboot General Concha strandete am Mittwoch bei Alhucemas in Spanisch-Marokko. Die Besatzung und die Geschütze konnten gerettet werden. Das Schiff selbst gilt als verloren.

Jugendveranstaltungen.

Neukölln. Sonntag: Wanderung nach Königs-Wusterhausen—Nehrdorf. Fahrgeld 90 Pf. Abfahrt Görlitzer Bahnhof 6⁰⁰ Uhr.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „**Neuen Zeit**“ ist soeben das 37. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: **Das Ergebnis** der preußischen Landtagswahlen. Von Paul Hirsch. — Die neue Balkangefahr. Von Janko Sakasoff (Sofia). — Ein Buch über Zentralafrika. — Von K. K. — Das armenische Problem vor dem Forum der Großmächte. Von einem Armenier. — Zur Frage des Geburtenrückganges. Von Ernst Meyer.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von **3,25 M.** pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet **25 Pf.**

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „**Gleichheit**“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 19 des 23. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Aufreizende Zahlen. — Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde. II. Von Anna Blos. — Eine Revolte bulgarischer Frauen gegen den Krieg. — Die Volksfürsorge. Von g. soh. — Vom gesetzlichen Kinderschutz in Preußen. Von Wilhelm Häusgen. — Eine Frauendemonstration vor dem preußischen Abgeordnetenhaus. Von Rud. Breitscheid.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Vom „**Wahren Jacob**“ ist soeben die 13. Nummer des 30. Jahrganges 16 Seiten stark erschienen.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteuren zu beziehen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. V. a. G. Hamburg. (Filiale Berlin 11.) Sonntag, den 15. Juni, vormittags 10 Uhr: Mitgliederversammlung bei Kitzle, Dennewitzstr. 13: Bericht von der Generalversammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung. — Filiale Lichtenberg I. Sonnabend, den 14. Juni 1913, abends 8½ Uhr, im Lokal von Joh. Blum, Frankfurter Chaussee 116, findet die Generalversammlung statt. Neuwahl der Ortsverwaltung. — Filiale Baumschulenweg. Den Mitgliedern, welche in Treptow, wohnen zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 14. Juni, abends von 8½—10 Uhr, im Lokal von Jul. Schmidt, Kiefholzstr. 22, kassiert wird.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Nr. 96. A. B. Darüber ist noch nichts bekannt. — **B. T. 1.** Fordern Sie brieflich Aenderung innerhalb einer Frist von etwa einer Woche. Verstreicht die Frist erfolglos und können Sie Unbrauchbarkeit nachweisen, so hat die Klage auf Rückzahlung des Arbeitslohnes und Ersatz des Stoffes Aussicht auf Erfolg. — **K. 111.** Soweit Ihre Darstellung erkennen läßt, handelt es sich um die Tätigkeit einer Handlungsgehilfin. Die Kündigung ist nur zum Kalenderquartal mit sechswöchentlicher Frist zulässig. — **G. L. 3.** Sie sind noch nachträglich zur Zahlung verpflichtet. Die Pfändung ist zulässig. — **W. L. 30.** Ja. — **100 K. W.** 1. Ja. 2. Für die Zeit bis einschließlich Dezember 1914. — **O. H. 103.** Wiederholen Sie Ihre Anfrage und geben Sie noch an, wann die Eltern die Ehe geschlossen haben, wo der erste Ehewohnsitz gewesen ist, ferner ob ein Ehevertrag geschlossen ist und welchen Inhalt derselbe hat. — **E. R.** 10000 M.

Witterungsübersicht vom 12. Juni 1913.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.
Swinemde.	754	WNW	4	wolkig	10	Haparanda	744	NW	4	wolkig	10
Hamburg	757	SW	3	Regen	9	Petersburg	—	—		—	—
Berlin	756	W	4	bedeckt	11	Scilly	764	W	5	Nebel	12
Frankf. a.M.	762	SW	2	bedeckt	12	Aberdeen	760	WNW	3	wolkenl	11
München	761	W	6	bedeckt	16	Paris	766	WSW	2	bedeckt	12
Wien	761	NW	1	Regen	14						

Wetterprognose für Freitag, den 13. Juni 1913.

Kühl und veränderlich, vorherrschend wolkig mit leichten Regenfällen und ziemlich frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Marktpreise von Berlin am 11. Juni 1913, nach Ermittelungen des königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,16 bis 20,20, mittel 20,08—20,12, geringe 20,00—20,04. Roggen, gute Sorte 00,00—16,30, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,20—16,70, mittel 15,70—16,10, geringe 15,20—15,60. Hafer, gute Sorte 17,40—19,1., mittel 16,20—17,30 (frei Wagen und ab Bahn). Mais (mixed), gute Sorte 15,10—15,40. Mais (runder), gute Sorte 15,00—15,80. Richtstroh 4,80—0,00. Heu alt 6,50—8,00, neu 0,00.

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße 30,00—60,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 5,00—8,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 3,00—4,80. 1 Kilogramm Karpfen 1,40—2,40. Aale 1,40—3,20. Zander 1,40—3,60. Hechte 1,60—3,00. Barsche 1,00—2,40. Schleie 1,60—3,50, Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 3,00—60,00.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Bezirk 671.

Am Dienstag, den 10. Juni, verstarb unser Genosse, der Schlosser

Hermann Rogge,

Flemmingstraße 11.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. Juni, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt. 228/8

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bierfahrer

Karl Buchwald

am 9. Juni im Alter von 27 Jahren plötzlich verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

65/16 **Die Bezirksverwaltung.**

Deutscher Bauarbeiterverband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Putzer.

Unseren sowie den Mitgliedern des Gesangvereins der Putzer hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied

August Kämmereit

(Bezirk Lichtenberg) verstorben ist.

Die Beerdigung findet **heute** Freitag, den 13. Juni, nachmittags 4 Uhr, auf dem Lichtenberger Friedhofe in Marzahn statt. Fahrgelegenheit mit der Wriezener Bahn. 143/10

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker

Ernst Pitschel

Seelower Str. 20, am 10. d. M. an Herzleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. Juni, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen-Nordend aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker

Hermann Schmidt

gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

119/16 **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands.

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Bezirk 5.

Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser langjähriges und treues Mitglied

Hermann Pagst

am 9. d. Mts. im Alter von 86 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet **heute** Freitag, den 13. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, auf dem städtischen Friedhof in Buch statt.

Um rege Beteiligung ersucht

254/6 **Der Vorstand.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Begräbnis meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Schwieger- und Großmutter

Marie Richter

sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Herrn Manasse für die guten und trostreichen Worte, und dem Wahlverein und Bezirk für die schönen Kranzspenden unseren herzlichsten Dank.

93A **Otto Richter nebst Kindern.**

Allen Freunden, Bekannten die traurige Mitteilung, daß am 11. Juni mein lieber Mann, unser guter Vater, der Tapeziermeister 1177b

Heinrich Klotz

nach langem schweren Leiden verstorben ist.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. Juni, nachmittags 4½ Uhr, auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde statt.

Sage hiermit allen Freunden und Bekannten, sowie den Kollegen der Firma Berger, der Schmiedekasse und dem Berliner Sparverein für die Teilnahme bei der Beerdigung meinen herzlichsten Dank. 1176b

Wwe. Anna Schmidt.

Reuters Werke

3 Bände 4 Mark

Buchhandlung Vorwärts

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter und Schwester 86A

Klara Baumgarten

geb. **Schwarz**

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, auch dem Gesangverein „Vorwärts“ unseren herzlichsten Dank.

Heinrich Baumgarten
nebst Kindern und Bruder.

268 000 Mark

Kirchengelder sind von 3½—4% an in größeren, auch kleineren Beträgen auf erste und gute nachstellige **Hypotheken auszuleihen.**

Anträge sind unter **C. 2** an die Expedition dieses Blattes einzureichen. Rückporto beizufügen. 206/6

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! **35**

Kein Laden

Sie sparen Geld! Wenn Sie

Möbel direkt in der **Möbelfabrik**

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. **35** kein Laden Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf **nur** im **Fabrikgebäude** — eigene Tischlerei und Polsterei. — Auf Wunsch Teilzahlung.

Kein Kaufzwang!

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. **35**

Kopfläuse

mit Brut vernichtet radikal **Rademachers Goldgeist**, ges. gesch. Nr. 75198. Geruch- u. farblos. Reinigt die Kopfhaut v. Schuppen, beförd. d. Haarwuchs, verhüt. Zuzug von Parasiten. – Wichtig für Schulkinder. Tausende v. Anerkennungen. Fl. à 0,50 u. 1,00 M. In Apotheken und Drogerien. Man weise Nachahmungen zurück u. achte genau auf d. Namen:

Goldgeist!

CONDOR-SCHUHE

Knopfschuhe sehr fesch

f. Chromleder 7,90

Lack 8,90

braun Chevreau 8,75

Herren-Knopfstiefel

braun Kalbleder, schwarz Chevreau, Lack mit Mode-Einsätzen

12,50

MARKE CONDOR

Für die Reise!

Aussergewöhnlich preiswert!

		für Damen	und Herren
Bergsteiger	Boxkalf, mit Doppelsohle, Original Goodyear-Welt	14,50	12,50
Weiss	Damen-Schnürschuhe 3,90	Damen-Knopfschuhe	4,50
Leinen-	Tennisschuhe, Chromledersohle	Damen 3,25	Herren 3,75
Kinder-Turnschuhe grau und braun		25—29 1,85	30—35 2,25

Sandalen (Naturform)

25—26	27—28	29—30	31—33	34—35	36—42	43—46
2,00	2,30	2,60	2,90	3,20	3,50	4,25

FORDER... REISLISTE!

1.. Verkaufsstellung nach Reiche; 21 Berlin und Umgebung:

C, Spittelmarkt 15
C, Rosenthaler Strasse 1..
W, Potsdamer Strasse 50
W, Schillerstrasse 16
NW, Turmstrasse 41
NW, Wilsnacker Str. 22
NW, Beusselstrasse 29
N, Friedrichstrasse 127
N, Müllerstrasse 3
N, Reinickendorfer Str. 2..
N, Brunnenstr. nur 37
N, Danziger Strasse 1
O, Andreasstrasse 50
O, Frankfurter Allee 125
SO, Oranienstrasse 2a
SO, Oranienstrasse 32
O, Wrangelstrasse 49
.., Friedrichstr. 240-241
..tenburg: nur Wil...rfer Str. 122—123
...
...strasse 30—31
Potsdam
Brandenburger Str. 54

Knopfschuhe sehr fesch

braun Chevreau 7,50

hell Kalbleder, mit Stoffeinsatz 10,50

schwarz Chevreau 8,75

Ideal bequem

Unser Condor-Patent-

Herren-Schnürstiefel

ohne zu schnüren!

CONRAD TACK & CIE
AKTIENGES. BURG b. MGDBG.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.